DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

341 30. JAHRGANG Februar 2013 4,50 €

AUS DEM INHALT:

DORFLADEN
Drei frühere Schlecker-Mitarbeiterinnen eröffneten in Erdmannhausen, nördlich von Stuttgart, den ersten Drehpunkt-Laden. Das Konzept eines konzernunabhängigen Drogeriemarkts wurde von ver.di mit initiiert. Seite 2

REKOMMUNALISIERUNG
Das Land Berlin ist und bleibt Schlusslicht der Energiewende. Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt noch immer nicht voran, wie es kürzlich die Leitsternstudie der Agentur für Erneuerbare Energien dokumentierte. Die Klimaschutzziele rücken mit dem Weiterbetrieb des Braunkohlekraftwerkes in weite Ferne und der Senat beschränkt sich weiterhin auf unverbindliche Ankündigungen. Dies zu ändern hat sich der Berliner Energietisch zum Ziel gesetzt. Das Volksbegehren »Neue Energie Berlin« geht in die zweite Stufe. Seite 3

ANTIMILITARISMUS
Seit 2010 findet im Kölner Stadtteil Mülheim jährlich ein selbstorganisiertes Friedensfestival statt. Einige wenige AktivistInnen organisieren ohne Honorar ein kommerzfreies Kultur-Event. 2012 wurde ein anspruchsvolles Acht-Stunden-Programm auf die Beine gestellt. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff sprach darüber mit dem Geiger und Yogalehrer Alexander Meyen. Seite 4

ANDALUSIEN
Bereits seit elf Monaten verteidigt die Bewegung um die Besetzung des Landgutes Somonte in Palma del Rio ihre Positionen und entwickelt sie weiter. Begonnen hatte alles am 4. März 2012, als LandarbeiterInnen die Finca pública samt 400 Hektar Land besetzten, um den Verkauf des Hofes zu verhindern und um ihn zu bewirtschaften. Seite 5

ZWANGSVERKAMMERUNG
Das ist wohl zumindest das Letzte, mit dem enthusiastische Gründerinnen und Gründer von alternativen Wirtschaftsbetrieben rechnen. Ob Genossenschaft, Kollektivbetrieb, ob alternative Energien oder Medien, ob Handwerk oder Gewerbe – stets klopft gleich nach der Gründung eine Kammer an die Tür und verlangt nach Mitgliedschaft und Obulus. Seite 6

FAIRNOPOLY
Passend zum Ausklang des »Internationalen Jahres der Genossenschaften« wurde im Dezember 2012 die Genossenschaft »Fairnopoly « gegründet. »Fairnopoly« basiert auf einem neuartigen, fairen Unternehmensmodell: Der Genossenschaft 2.0., eine Online-Handelsplattform. Seite 6

www.contraste.org

SELBSTVERWALTUNG IN FRANKREICH HEUTE UND GESTERN

Autogestion

In Frankreich hat das Konzept der Selbstverwaltung eine lange, und auch noch heute eine sehr lebendige Tradition: Begonnen hat alles mit der Pariser Commune von 1871, die sowohl Anarchisten als auch Marxisten in ihrer Vorstellung einer zukünftigen, staatslosen Gesellschaftsordnung beflügelte. Mittlerweile wird dieses historische Ereignis allerdings seines sozialrevolutionären Gehaltes beraubt und in der offiziellen Geschichtsschreibung als eine rein politisch-demokratische Bestrebung heruntergespielt, die man 2011 in Paris mit einer Reihe von Festakten wie Ausstellungen und Lesungen würdigte. Sogar im Pariser Rathaus, das durch die Kämpfe zwischen Kommunarden und Regierungstruppen in Brand geriet, wurde andächtig an die »Revolte von damals« erinnert. Bezeichnend ist auch, dass mittlerweile vor allen sozialistische Verbände die Erinnerungskultur der Commune am Leben erhalten. Die Anarchisten haben sich weitgehend aus diesen Festlichkeiten ausgeklinkt.

Susanne Götze, Maurice Schuhmann, Olaf Wilde (Paris) ● Soweit muss man aber gar nicht in die Geschichte zurückgehen, um Spuren der Selbstverwaltungskonzepte und Praktiken in Frankreich zu finden. In den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts war die Diskussion über die Formen und die Möglichkeiten der Selbstverwaltung unter Sozialisten der unterschiedlichsten Couleur weit verbreitet und reichten sogar weit in sozialistisch-etablierte Ränge von François Mitterrands »Parti Socialiste«. Die Forschung und Aufarbeitung von Selbstverwaltungspraxen ist auch heute weiter fortgeschritten als im deutschsprachigen Raum. Eine Reihe von wissenschaftlichen Studien und Materialsammlungen sowie Dokumentationen von Aktivisten wurden in den vergangenen Jahren in Frankreich publiziert und spiegeln das immer noch – im Vergleich zum deutschsprachigen Raum – große Interesse an der Thematik wider. Dabei wird sich nicht nur auf den französischen Sprachraum beschränkt, sondern auch der Blick über den Tellerrand in andere Regionen der Welt gewagt. Dem Austausch unter den aktuell bestehenden Projekten dient auch ein eigener Webblog.

Ein aktuelles Beispiel für gelebte Selbstverwaltung in Frankreich ist das seit 2007 besetzte Gelände in Notre Dames des Landes, wo ein neuer Großflughafen entstehen soll. Der auf dem 2.000 Hektar großen Gebiet gelebte Widerstand hat nicht nur in Frankreich für aufgeregte Schlagzeilen gesorgt. Susanne Götze hat jenes Projekt besucht und schildert in ihrer Reportage »Platz für Experimente« ihre Eindrücke von dem ehemals größten besetzten Gelände in Europa, auf dem zumindest im kleinen Rahmen zeitweilig konkrete Utopien gelebt wurden.

Neben jenem schlagzeilenträchtigen »Großprojekt« existiert aber auch eine sehr aktive Szene von kleineren Alternativbetrieben und Projekten, bei denen die Selbstverwaltung nicht nur ein nettes Schlagwort ist, sondern schon gängige Realität. Einige davon hat Olaf Wilde besucht: die anarchistische Ökobäckerei »La Conquête du Pain« in einem Pariser Vorort, eine als Verein organisierte Fahrradwerkstatt »Dynamo« in Nancy sowie die von einem ökologischen Grundgedanken getragene Bastlervereinigung »NYBI«, für die Do-it-yourself und Umweltbewusstsein eng miteinander verknüpft sind. Diese Projekte stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus der vielfältigen Szene in Frankreich dar – doch die Projekte sind in ihrer jeweiligen Ausrichtung beispielhaft. Neben den ökonomischen und ökologischen Projekten sind auch die Organisationsansätze der »Sans-Papiers« von großem Interesse. Trotz eines – nicht weniger als in anderen europäischen Staaten vorherrschenden – Rassismus bietet die französische Bürokratie gewisse Räume, in denen sich die »Sans Papiers« einrichten können. In ihren Gruppen werden ohne explizitem ideologischem Anspruch Formen der Selbstverwaltung erprobt. Ein diesbezüglich geplanter Beitrag musste leider verschoben werden.

Spuren der Selbstverwaltung finden sich aber auch im ansonsten sehr streng hierarchischen französischen Schulbetrieb wieder – sei es in Form des Lycée autogéré de Paris (LAP), einem seit 1982 bestehenden, selbstverwalteten Gymnasium mit dem Anspruch einer libertären Pädagogik als auch im Lycée du Temps Choisi (LDTC). In dem zuletzt genannten wird Schülern mit Unterbrechung in der Schullaufbahn die Möglichkeit gegeben, ihren Abschluss in einem etwas offeneren Rahmen zu machen. Maurice Schuhmann, der selbst als Deutschlehrer am LDTC tätig ist, beschreibt in seinem Beitrag »LAP und LDTC – Schule mal etwas anders« beide Schulen, die in ihrer Gegensätzlichkeit die Bandbreite alternativer Pädagogikansätze in Frankreich abbilden.●

Webseite: www.autogestion.coop

SCHWERPUNKTTHEMA

LAP und LDTC – Schule mal etwas anders
Pädagogische Selbstverwaltung – zwischen »reiner« Pädagogik und politischem Anspruch Seite 7

»La Conquête du Pain«, Paris
Die Eroberung des Brotes durch eine selbstverwaltete Bäckerei Seite 8

Vive le vélo!
Fahrradwerkstatt »Dynamo« in Nancy Seite 8

Nancy bastelt
Sich die geistigen und materiellen Produktionsmittel zurückerobern Seite 9

»Platz für Experimente«, Notre Dames des Landes Seite 10

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 10

D 8008

Anzeige

GEMEINNÜTZIGKEIT BEDROHT

Hände weg vom Frauenverband Courage!

Das Finanzamt Wuppertal-Elberfeld hat am 14. Dezember dem Frauenverband Courage e.V. mitgeteilt, dass es ihm die Gemeinnützigkeit entziehen will – und dies sogar rückwirkend ab dem Jahr 2010. Wir dokumentieren die Petition an das Finanzamt, die einige Hintergründe zum skandalösen Entscheid aufzeigt und die die Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit verlangt.

Red. Stuttgart ● Der Entscheid bedeutet: Wegfall von Spendenbescheinigungen und Steuervergünstigungen. Stattdessen finanzielle Nachforderungen an die Verbandskasse. Die Begründung des Finanzamts lautet: »Der Verein wurde im Verfassungsschutzbericht 2010 als Vereinigung erwähnt, bei der es belegbare Hinweise für eine Einstufung als extremistische Vereinigung gibt.« Der Bundesvorstand hat Einspruch dagegen eingelegt. Die angeblichen Hinweise sind nichts anderes als die – nicht belegbare, weil unwahre – Behauptung, Courage sei »Vorfeldorganisation« bzw. »Frauenverband der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands)«.

Ganz klar belegt ist hingegen:

• Courage ist überparteilich, demokratisch, antifaschistisch und finanziell unabhängig und steht für den breiten Zusammenschluss der Frauenbewegung ohne antikommunistische Ausgrenzung. Bei uns steht der Einsatz für die Befreiung der Frau im Mittelpunkt, nicht irgendein Parteibuch. Auf dieser Grundlage schließen wir uns im Verband und darüber hinaus zusammen. Wir werden uns von einem Finanzamt nicht vorschreiben lassen, mit wem wir zusammenarbeiten dürfen! Das verstehen wir unter echter Demokratie.

• Courage ist gemeinnützig. Unser Programm und unser Engagement berühren brennende Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Seit mehr als 20 Jahren engagieren sich im Frauenverband Courage ehrenamtlich und uneigennützig Frauen und Mädchen für die gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen, gegen Frauendiskriminierung, gegen jede Form der Gewalt an Frauen – weltweit. Dazu gehört eine kämpferische Interessensvertretung, die mehr will als nur eine formale Gleichstellung auf dem Papier, sondern eine gesellschaftliche Zukunft, in der der Mensch und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit.

Die ungeheuerliche Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit ist nicht aufgrund des Programms und der Tätigkeit von Courage getroffen, sondern durch den Bericht eines Organs, das ohne jede Beweispflicht Behauptungen und Diffamierungen in die Welt setzen kann und gleichzeitig seit Jahren faschistischen Umtrieben Spielraum gibt – bis hin zur Vertuschung der feigen NSU-Morde?!

Das ist extrem undemokratisch und auf keinen Fall zu akzeptieren!

Besonders empörend ist dieses Vorgehen, nachdem 2012 eine breite demokratische Öffentlichkeit die »Verfassungsschutzklausel« im Jahressteuergesetz 2013 abwenden konnte, die eine Verschärfung des bereits bestehenden § 51 Absatz 3 der Abgabenordnung bedeutet hätte. Wieso betreibt ein Finanzamt in einem sozialdemokratisch regierten Bundesland solch eine frauenfeindliche Politik?

Wir rufen alle demokratischen, fortschrittlichen, antifaschistischen, gesellschaftskritischen Vereine und Einzelpersonen auf: Macht diesen Vorgang einer breiten Öffentlichkeit bekannt, protestiert beim Finanzamt Wuppertal. Schickt Protest- und Solidaritätserklärungen, Kopien bitte an den Bundesvorstand Courage an die Mail-Adresse: fv-courage-gemeinnuetzig@web.de.●

Petition unterzeichnen:
www.change.org/de/Petitionen/finanzamt-wuppertal-elberfeld-wiederherstellung-der-gemeinnützigkeit-des-frauenverbands-courage

INTERN

Zum Haare ausraufen...

... waren die Umstände, unter denen die Produktion unserer Januarausgabe lief. Vorbei war es mit der wie ein Uhrwerk laufenden Routine der bisherigen Produktionen. Leider ging die Zeitung nicht nur verspätet in den Druck. Die neue Druckerei hatte nicht bemerkt, dass die Adressierung der gesamten Auflage wegen Softwareinkompatibilität fehlerhaft war. Unsere anfängliche Hoffnung, dass es sich nur um ein paar wenige Anschriften handeln würde, war schnell zerschlagen. Erst nach vielen Reklamationen unserer AbonnentInnen per Telefon und E-Mail wurde der ganze Umfang des Desasters klar. Nach einer Woche entschloss sich unsere neue Druckerei dazu, noch einmal auf eigene Kosten zu drucken und, diesmal korrekt adressiert, auszuliefern.

Redaktion Heidelberg ● Wir danken Euch für Euer Verständnis und Eure Geduld und – trotz alledem: Schön war es, doch einmal zu erfahren, wie wichtig Euch das Erscheinen der CONTRASTE ist!

Nun haben wir nochmals die Druckerei gewechselt und sind von Pinneberg nach Freiburg umgezogen. Die Freiburger garantieren einen professionellen Vertrieb und hoffentlich kehrt bald die Routine bei den zukünftigen Produktionen zurück. Sicher ist aber leider auch, dass sich unsere Kostenstruktur nach oben bewegen wird. Bei den Druckkosten alleine werden dies voraussichtlich ca. 125 EUR monatlich sein. Auch beim Vertrieb werden sich die Kosten wahrscheinlich erhöhen. Mehr dazu in unserer nächsten Ausgabe.

Aboentwicklung

Im Monat Januar gab es fünf neue Abos und zwei befristete Geschenkabos. Leider aber auch drei Kündigungen und die Kündigung eine Fördermitgliedschaft über 77 EUR. Wir benötigen nun noch +106 Abos, um bei der bisherigen Kostenstruktur wirtschaftlich arbeiten zu können.

Auf unserem Spendenkonto gingen weitere 188 EUR ein. Nun fehlen uns noch 3.022 EUR.

Die Spenden:
- Axel Bretzke, Taunusstein (8 EUR)
- Erasmus Schöfer, Köln (30 EUR)
- Hermann J. Bischoff, Schwäbisch Hall (150 EUR)

Herzlichen Dank!

Rechnungen per Mail helfen auch

Um der sehr wahrscheinlichen Erhöhung unserer Kostenstruktur durch erhöhte Druck- und Vertriebskosten etwas entgegensetzen zu können, würden wir gerne Eure Abo- und Mitgliedsrechnungen per E-Mail verschicken. Falls Ihr Eure Post regelmäßig abrufen solltet, wäre es nett, wenn Ihr uns eine E-Mail mit dem Betreff: »Rechnung bitte per E-Mail« schicken würdet. Adresse: contraste@online.de.

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die ZustellerIn entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei einem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen!

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 EUR.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2013

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2013: 3.022 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 106+ Neuabos

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon unten auf dieser Seite).

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Unser Spendenkonto siehe Kasten auf dieser Seite (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Werbung

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.

Unsere Werbeflyer gibt es auch zum Herunterladen und Ausdrucken unter: www.contraste.org/werbeflyer.htm●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Hoffnungsfaktor?

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Ob es so gehen kann, wie John Holloway vorschlägt: »Die Welt verändern, ohne die Macht zu erringen!«? Lara Mallien schreibt im Editorial der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Oya, sie fühle sich angesichts der Probleme dieser Welt eigentlich nur entmutigt »wenn ich der Weltrettungs-Ideologie verfalle, dass sich das Ruder doch noch herumreißen ließe – und damit immer noch Opfer des Machbarkeitswahns bin, der das Schlamassel angerichtet hat.«

Ja schon, bloß nicht mit patriarchalem Dominanzgehabe oder mit der faschistoiden Idee des absoluten Willens auf die Welt losgehen, aber was dann?

Eingestehen, dass wir es nicht in der Hand haben, und trotzdem das Möglichste tun, die Welt zu ändern? Gratwanderung zwischen viel zu oft hilflosem Anprangern der herrschenden Verhältnisse (denn es einfach laufen zu lassen, fände ich zynisch) und gleichzeitig eigene Strukturen und geschützte Räume aufbauen, wo zumindest einige wenige Menschen schon heute anders leben und arbeiten können (ohne es sich in selbstgenügsamen Inseln allzu bequem zu machen)? Und dabei noch auf sich selbst achten, um nicht im Labyrinth der Sachzwänge unterzugehen?

Eine gesellschaftliche Transformation wird nicht vom Himmel fallen, es gilt immer noch: »Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!« (Die Internationale). Um Weihnachten herum war ich bei Sozialdemokraten eingeladen, und wir haben gesungen – nicht Weihnachts-, sondern Arbeiterlieder: männlich, teils martialisch (das streichelt die Hartz IV-geplagte Seele), und berührend.

Aber dieses »wir«: So oft missverstanden als »nur wir«, als Vorhut, als der vermeintlich bewusstere, dabei schlicht elitäre Teil einer Bewegung, diese »Wir sind die Guten«-Selbstgefälligkeit – dieses vielbeschworene »wir« wird nur wirksam werden, wenn es überall, an unendlich vielen Orten dieser Welt, gleichzeitig und gleichberechtigt stattfindet – jedenfalls hoffe ich darauf.

Luis Razeto, der Begründer des Begriffs »Solidarische Ökonomie«, sprach vom »Faktor C«, mit dem er sieben Begriffe meinte, die im Spanischen mit C beginnen und sich auf das »wir«, das Miteinander beziehen. Diesen Faktor identifizierte er als entscheidend für das Gelingen wirtschaftlicher Selbsthilfe, ganz im Sinne des Genossenschaftsgedankens. So wie die Commons-Forscherin Elinor Ostrom die Menschen mit den von ihnen selbst aufgestellten Regeln als HüterInnen der gemeinsam genutzten Ressourcen sah.

Es ist immer dieses Nadelöhr: Die Menschen und ihr Miteinander. Daran entscheidet sich das Scheitern oder Gelingen sozialer Bewegungen und ökonomischer Projekte. An der Fähigkeit oder Unfähigkeit, sich aufeinander zu beziehen, auch schwierige Situationen miteinander zu bewältigen, eine Kultur der Kooperation zu entwickeln.

Das Schöne und Hoffnungsvolle darin: Menschliches Miteinander ist nicht käuflich, nicht machbar, nicht beliebig reproduzierbar. Es kann nicht von den einen für die anderen oder an deren Stelle gemacht werden, sondern entsteht immer wieder neu in Momenten von Begegnung, im Guten wie im Schlechten, in geteilter Freude und geteiltem Leid. Das Miteinander, der Faktor C, die Kooperation als ebenso hochwirksamer wie verletzlicher Hoffnungsfaktor für gesellschaftliche Veränderung?●

BADEN-WÜRTTEMBERG: AUS SCHLECKER WIRD DREHPUNKT

Ver.di unterstützt Dorfladen-Konzept

Drei frühere Schlecker-Mitarbeiterinnen eröffneten in Erdmannhausen, nördlich von Stuttgart, den ersten Drehpunkt-Laden. Das Konzept eines konzernunabhängigen Drogeriemarkts wurde von ver.di mit initiiert und die neuen LadeninhaberInnen können sich über einen breiten UnterstützerInnenkreis freuen. Noch gilt es, einige Startschwierigkeiten zu überwinden, doch weitere Standorte sollen demnächst folgen.

Von Peter Streiff, Red. Stuttgart ● Am 17. November war es soweit: im ehemaligen Schleckerladen am Rathausplatz im 5.000-Seelen-Dorf Erdmannhausen eröffnete der erste Drehpunkt seine Tür. Karin Meinerz und ihre beiden Kolleginnen krempelten nach der Schlecker-Pleite ihre Ärmel hoch und realisierten mit tatkräftiger Unterstützung von ver.di ein neues Konzept für einen Drogeriemarkt, der vor allem der Nahversorgung dienen soll. Nicht nur viele KundInnen bestaunten den neu eingerichteten Laden, sondern auch mehrere Fernsehteams zeigten Interesse. Dem SWR war das Laden-Konzept und die Umsetzung bis zur Eröffnung sogar zwei halbstündige Reportagen wert.

Der Begriff Drehpunkt sei eine Anlehnung an den WM-Song von Herbert Grönemeyer: »Zeit, dass sich was dreht«, erklärt Christina Frank, ver.di-Sekretärin in Stuttgart, die Entstehung des Namens, denn beim Einkaufsverhalten müsse »ein Drehpunkt entstehen«. Sie ist überzeugt, dass das Modell des regional verankerten Drogeriemarkts funktionieren werde und vielen auf der Straße stehenden Schlecker-Frauen eine Perspektive bieten könne. Daher rackert sie für ihre Idee, knüpft Kontakte, sucht nach PartnerInnen, kümmert sich um Logistik und Organisation und schult die künftigen Kleinunternehmerinnen. In neun weiteren Gemeinden in Baden-Württemberg – allesamt ehemalige Schlecker-Top-Standorte mit Umsatzzahlen über 500.000 Euro pro Jahr – sollen in den nächsten Wochen weitere Läden nach dem Drehpunkt-Konzept eröffnet werden.

Mehrere Faktoren seien laut Christina Frank für ein gutes Gelingen erforderlich, wie das Beispiel in Erdmannhausen zeige:

- Für die KundInnen soll die »Nahversorgung als lebenswichtiges Gut« erhalten oder verbessert werden,
- Die Gemeinden können mit den Drogeriemärkten ihren sozial und wirtschaftlich lebendigen Ortskern erhalten.
- Die früheren Beschäftigten der Firma Schlecker haben eine Arbeitsplatz-Perspektive.
- VermieterInnen, die oft in das Gebäude investiert haben, können Leerstand vermeiden.

So weit, so gut. Wie das breite Medien-Interesse zeigte, stieß das Konzept auf Interesse. Am Tatendrang der Mitarbeiterinnen – alle drei ehemalige Schlecker-Betriebsrätinnen – fehlt es nicht, auch die Vermieterin war entgegenkommend und verlangte ihre Miete erst ab dem Eröffnungstag.

Doch es lohnt sich, das Projekt vor Ort etwas genauer zu betrachten. Sowohl in den ersten Ankündigungen von ver.di als auch in vielen Berichten der Lokalpresse wurde das Thema »Sicherung der Nahversorgung« ins Zentrum gestellt. Nicht gesagt wurde jedoch, dass die bereits bestehende Ladenvielfalt in Erdmannhausen außergewöhnlich groß ist: Ein gut sortierter Edeka-Markt, zwei Bäcker, Metzger, Apotheke, zwei Banken, je ein Laden für Haushaltswaren, Blumen und Papierwaren sowie ein Elektrofachgeschäft sind im unmittelbaren Umfeld zu finden. Der neue Drehpunkt ist also keineswegs eine Sicherung der Nahversorgung, »da sonst der Bäcker womöglich schließen müsste«, wie eine Lokalzeitung berichtete, sondern eher eine willkommene Ergänzung in einem lebendigen Dorfzentrum. Ein gewisser Grundstock an Umsatz scheint so bereits durch Laufkundschaft gesichert.

Auch hält sich hartnäckig das Gerücht, der Drehpunkt-Laden sei ein »genossenschaftliches Modell«. Es hätte ja durchaus einige Brisanz, wenn die Gewerkschaft ver.di offensiv die Gründungen von Genossenschaften vorantreiben würde. Aber die Fakten sehen auch hier anders aus: Karin Meinerz und ihre beiden Kolleginnen betreiben den Drehpunkt als Mini-GmbH. Und die Unterstützung der KundInnen vor Ort funktioniert rein monetär und ohne Mitsprache, wie dies bei einer Genossenschaft der Fall sein könnte. Wer in der Anfangsphase den Drehpunkt-Laden voranbringen wollte, konnte so genannte Stützlis im Wert von 50 oder 100 Euro kaufen, die jedoch erst im Jahr 2015 im Drehpunkt-Laden gegen Waren eingelöst werden können. Nichts anderes also als ein zinsloses Darlehen – und zwar gegenüber dem neu gegründeten »Institut für Nahversorgung«, einem Treuhandverein, der von Christina Frank zusammen mit dem Berater für Dorfläden, Wolfgang Gröll, ins Leben gerufen wurde.●

Informationen (bei Facebook):
www.drehpunkt-erdmannhausen.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

VOLKSBEGEHREN »NEUE ENERGIE FÜR BERLIN« GEHT IN DIE ZWEITE STUFE

Jetzt aktiv werden – für unser Stadtwerk und unser Netz

Das Land Berlin ist und bleibt Schlusslicht der Energiewende. Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt noch immer nicht voran, wie es kürzlich die Leitsternstudie der Agentur für Erneuerbare Energien dokumentierte. Die Klimaschutzziele rücken mit dem Weiterbetrieb des Braunkohlekraftwerkes in weite Ferne und der Senat beschränkt sich weiterhin auf unverbindliche Ankündigungen. Dies zu ändern hat sich der Berliner Energietisch zum Ziel gesetzt.

Foto: Berliner Energietisch

Energietisch Berlin ● Bereits 2010 fanden »Attac«, »Powershift«, und »BürgerBegehren Klimaschutz« zusammen, um sich über die Übernahme des Stromnetzes und die Errichtung eines Stadtwerkes auszutauschen. Diese Gespräche mündeten 2011 in der Gründung des Berliner Energietisches, einem offenen und parteiunabhängigen Bündnis, dem inzwischen fast 50 lokale Initiativen und Organisationen angehören, darunter die »GRÜNE LIGA Berlin«, »Attac« oder die »Volkssolidarität«. Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, die Berliner Energieversorgung ökologischer, sozialer aber vor allem auch demokratischer zu gestalten. Deswegen setzt es sich für die Rekommunalisierung der Stromnetze und die Gründung eines Stadtwerkes ein. Dazu wurde im März letzten Jahres das Volksbegehren »Neue Energie für Berlin« gestartet, welches nun ab dem 11. Februar in die zweite Stufe geht.

Im Juli 2012 hatte der Energietisch die erste Stufe des Volksbegehrens abgeschlossen. Über 30.000 BerlinerInnen unterschrieben für den Gesetzentwurf des Bündnisses und setzten damit ein deutliches Signal an den Berliner Senat für eine neu zu gestaltende Energieversorgung in Hand des Landes und somit auch der BürgerInnen. Die darauffolgende politische Diskussion hat jedoch keine nennenswerten Ergebnisse hervorgebracht.

Der Senat erklärte zwar im August letzten Jahres den eingereichten Gesetzentwurf für uneingeschränkt zulässig – keine Selbstverständlichkeit wie die früheren Volksbegehren des »Wassertisches« als auch der des »S-Bahntisches« zeigten –, lehnte ihn jedoch inhaltlich ab. Die in der Senatsstellungnahme dargelegten Gründe dafür sind jedoch zum Teil sachlich wie auch fachlich falsch. Seitdem hüllt sich der Senat nur noch in Schweigen. Jedoch hat das Volksbegehren des Berliner Energietisches die Koalitionsfraktion von SPD und CDU unter großen Handlungsdruck gesetzt.

Beide Fraktionen versuchten auf den Energietisch

Foto: Berliner Energietisch

zuzugehen. So erklärten sie, dass Berlin mit mindestens 51% am Stromnetz beteiligt werden muss und auch ein Stadtwerk solle gegründet werden. Kurz vor Ende des Jahres legten sie einen inhaltlich ungenügenden Gesetzentwurf vor.

Dieser wurde vom Energietisch jedoch als keine ausreichende Basis angesehen, um auf das Volksbegehren zu verzichten. Wesentliche Gründe für die Ablehnung liegen zum einen in den fehlenden sozialen Kriterien und den schwachen demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Zum anderen vermisst der Energietisch Aussagen zum Stromnetz sowie der finanziellen Ausstattung von Netzgesellschaft und Stadtwerk. Der Koalitionsvorschlag liefe auf ein Mini-Stadtwerk hinaus. Das Unternehmen soll lediglich selbstproduzierte Energie vertreiben dürfen, was gerade für die Startphase eines Energieunternehmens eine gravierende Einschränkung ist. Eine Nutzung bestehender Erzeugungskapazitäten wie z.B. des Müllheizkraftwerkes Ruhleben, ist ebenfalls nicht im Gesetz vorgesehen. Zudem fehlt der für eine ökologische Energiewende zentrale Bereich der Energieeffizienz und des Energiesparens.

Überrascht ist der Energietisch davon, dass der Gesetzentwurf der Koalition nur wenige Sätze enthält und viele zentrale Punkte offen lässt. Konkretisierungen finden sich lediglich in einem rechtlich unverbindlichen Entschließungsantrag. So ist es nicht verwunderlich, dass der Energietisch in die zweite Stufe geht. Vom 11. Februar bis zum 10. Juni 2013 müssen nun 200.000 Unterschriften gesammelt werden, um einen Volksentscheid zur Bundestagswahl zu ermöglichen.

Der Gesetzentwurf des Berliner Energietisches errichtet zwei neue öffentliche Unternehmen in der Rechtsform der Anstalt öffentlichen Rechts – die Berliner Stadtwerke sowie die Berliner Netzgesellschaft. Zwei rechtlich voneinander unabhängige Unternehmen sind notwendig, um den Entflechtungsbestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes Rechnung zu tragen.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Stadtwerkes, die nachfolgend erläutert werden, gehört der Aufbau von dezentralen erneuerbaren Erzeugungsanlagen, Energieeinsparpotenziale erschließen, Energiearmut entgegenwirken und eine echte Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Inhaltlich geht es dabei also nicht nur um die ökologischen, sondern auch um die sozialen und demokratischen Aspekte der Energieversorgung. Konkret bedeutet dies:

Ein neues Berliner Stadtwerk erzeugt und verkauft ausschließlich dezentral erzeugte erneuerbare Energie aus der Region Berlin-Brandenburg. Die Aufgaben der Stadtwerke liegen zuerst in Berlin. Hier gilt es erst einmal die Potentiale vollständig auszuschöpfen. Angesichts der begrenzten Flächen ist es jedoch sinnvoll, Anlagen für die Energieerzeugung auch außerhalb Berlins zu errichten, insbesondere in Brandenburg. Nur ausnahmsweise ist ein Engagement der Stadtwerke außerhalb der Region Berlin-Brandenburg und auch nur auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zulässig. Langfristiges Ziel ist es, Berlin mit 100 Prozent echtem Ökostrom zu versorgen. Dazu soll das Stadtwerk mit seinen Erzeugungsanlagen einen wesentlichen Beitrag leisten. Kohle- und Atomstrom werden generell ausgeschlossen. Auch jede Beteiligung an sowie die Zusammenarbeit mit Gesellschaften, die mit Kohle- oder Atomstromproduktion beteiligt sind, ist ausgeschlossen. Lediglich hocheffiziente dezentrale KWK-Anlagen dürfen zusätzlich während des Übergangszeitraumes eingesetzt werden. Diese Anlagen sollen zu einem größtmöglichen Anteil mit nachhaltig erzeugten, erneuerbaren Energieträgern betrieben werden. Des Weiteren versteht sich das Stadtwerk als Partner der BürgerInnen, der sich für dezentrale Erzeugung von erneuerbaren Energien auch aus Bürgerkraftwerken einsetzt. Damit bleibt der Gedanke des »Strom in Bürgerhand« auch weiterhin erhalten.

Der Energietisch fordert weiterhin eine sozialverträgliche Energiewende. Deshalb sollen einkommensschwache Haushalte gezielt beraten sowie die Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte gefördert werden. Das Stadtwerk gewährleistet zudem die Energieversorgung der Berliner Bevölkerung und soll einer stetig wachsenden Energiearmut entgegenwirken. Energiearmut ist hier der mangelnde Zugang zu bezahlbaren und zuverlässigen Energiedienstleistungen. Abklemmungen sollen somit verhindert werden. Zudem soll es für eine sozialverträgliche energetische Gebäudesanierung sorgen. Die dadurch erreichten Energieeinsparungen und die verbesserte Energieeffizienz leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das Stadtwerk kann dies gezielt unterstützen und sorgt so für eine niedrigere Energierechnung. Somit muss die Energiewende nicht zu Lasten der BürgerInnen gehen.

Aber auch die Stromnetze sind ein wichtiger Schlüssel der Energiewende. Sie genügen derzeit einer erneuerbaren Zukunft nicht. Die neue Berlin eigene Netzgesellschaft soll diesen Aufbau von intelligenten Netzen im Rahmen der Möglichkeiten schnellstmöglich vorantreiben. Der Energietisch sieht insbesondere in Vattenfall keinen geeigneten Partner für diese Aufgabe. In Sachen Energieerzeugung setzt Vattenfall auch weiterhin auf große, zentrale Anlagen. Dabei spielt die besonders klimaschädliche Stromgewinnung aus Braunkohle in der Lausitz eine wichtige Rolle, wofür auch in Zukunft ganze Dörfer den Profitinteressen Vattenfalls weichen sollen. Zudem verklagt der schwedische Energiekonzern, der in Deutschland am Kernkraftwerk Brokdorf beteiligt ist, die BRD aufgrund des Atomausstiegs vor der Weltbank. Und auch in Berlin hält er seine Klimaschutzzusagen nicht ein und lässt das Kohlekraftwerk Klingenberg weiter mit Braunkohle betreiben.

Der Energietisch hat sich jedoch in seinem Gesetzentwurf dazu entschlossen, sich der derzeit gängigen Praxis des Wettbewerbs um die Netze zu beugen und fordert keine direkte Rekommunalisierung. Dies hätte möglicherweise zu einer Unzulässigkeitserklärung geführt, wie es einem ähnlichen Bürgerbegehren in Stuttgart ergangen ist. Politisch fordert der Energietisch jedoch, dass der Kommune bei der Entscheidung über den Betrieb der Energieverteilnetze eine Systementscheidung eingeräumt werden muss, d.h. der Kommune muss es obliegen, sich für einen Netzbetrieb in eigener Regie oder für einen anderen Verteilnetzbetreiber (VNB) zu entscheiden. Erst wenn diese Entscheidung zugunsten eines anderen VNB gefallen ist, hat die Kommune ein diskriminierungsfreies, faires und transparentes Verfahren zur Vergabe der Verteilnetzkonzession durchzuführen. Eine solche grundsätzliche Entscheidung ist von Art. 28 Abs. 2 GG geschützt. Nicht nur Rechtswissenschaftler oder renommierte Gutachter sind zunehmend dieser Meinung, sondern auch das Verwaltungsgericht Oldenburg, welches dies in einem Urteil 2012 ähnlich sieht.

Die Beteiligung der Bürger ist eines der Kernanliegen des Berliner Energietisches. Sie sollen die Energieversorgung demokratisch mitgestalten. Daher sind sowohl die Direktwahl von Teilen des 15-köpfigen Verwaltungsrates als auch weitgehende Mitbestimmmungsrechte wie z.B. ein Initiativrecht vorgesehen. Außerdem wird eine Ombudsstelle eingerichtet, an die sich BürgerInnen mit Beschwerden wenden können. Durch regelmäßig stattfindende Versammlungen soll den Einwohnern Berlins die Möglichkeit gegeben werden, Angelegenheiten des Stadtwerks und der Netzgesellschaft zu erörtern. Durch diese Beteiligungsmöglichkeiten werden Entscheidungsfehler viel schneller durch den Bürger aufgegriffen und nicht endlos von den politischen Akteuren ignoriert.

Für Stadtwerk und Netzgesellschaft gelten des Weiteren klare Transparenzvorgaben in Bezug auf den Zugang und der Veröffentlichung von Dokumenten. Dabei soll über den Standard des Informationsfreiheitsgesetzes hinausgegangen werden, insbesondere durch die selbsttätige Veröffentlichung von Unterlagen. Das Motto lautet demnach: Transparenz statt Geheimverträge.

Auch all die Beschäftigten, die jetzt bei Vattenfall für das Berliner Stromnetz arbeiten, sollen bei der neuen Berliner Netzgesellschaft arbeiten. Alle Beschäftigungsverhältnisse sowie Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen sollen übernommen werden.

Das Berliner Stadtwerk und die Netzgesellschaft sollen sich an den Interessen der BürgerInnen und nicht an einer Profitmaximierung orientieren. So bleibt auch das erwirtschaftete Geld in Berlin. Auch durch den Rückkauf der Netze können langfristig Einnahmen gesichert werden. Dieses Geld soll natürlich sinnvoll im Sinne einer nachhaltigen und sozialen Energieversorgung reinvestiert werden.

Die vom Berliner Energietisch vorgeschlagenen Regelungen richten sich an zahlreichen erfolgreichen und praxisorientierten Beispielen kommunaler Energieversorger aus. Sie alle zeigen, wie man mit einem eigenen kommunalen Energieversorger die Energiepolitik vor Ort im besonderem Maße beeinflussen kann und somit zum globalen Klimaschutz beitragen kann.

Damit die Energieversorgung Berlins in diesem Sinne verändert wird, benötigt der Berliner Energietisch die Unterstützung aller BerlinerInnen. Ab dem 11. Februar können Unterschriftslisten von der Homepage des Energietisches heruntergeladen werden oder in den zahlreichen Materialstationen in ganz Berlin abgeholt werden. Die vollständig ausgefüllten Listen müssen dann bis spätestens 10. Juni in das Büro des Energietisches geschickt werden.

Alle Informationen zur Initiative und wie sie selbst unterschreiben oder als Sammler aktiv werden können, finden Sie unter www.berliner-energietisch.net.●

Wie kann ich mithelfen?

Die wichtigste (und einfachste) Hilfe wäre das Helfen beim Sammeln. Die Listen für Unterschriften zum selber ausdrucken stehen ab dem 11. Februar auf www.berlinerenergietisch.net zum Download bereit. Egal ob in der Uni, im Büro, bei FreundInnen oder auf der Straße – jede Unterschrift zählt!

Ausgefüllte Listen sollten schnellstmöglich zurück zur Initiative gebracht werden. Für Menschen, die nicht in Berlin leben, gibt es außerdem im Mai ein dreiwöchiges Sammelcamp. Menschen, die ein paar Tage nach Berlin kommen und mithelfen wollen, bekommen kostenlos eine Unterkunft und nach Absprache auch die Fahrkosten erstattet. Genauere Infos werden demnächst auf der Homepage des Energietisches zu finden sein. Oder tragt euch in den Newsletter ein und seid damit immer auf dem neuesten Stand.

INTERVIEW MIT ALEXANDER MEYEN, MITORGANISATOR DES SELBSTORGANISIERTEN FESTIVALS

FriedensArten

Seit 2010 findet im Kölner Stadtteil Mülheim jährlich ein selbstorganisiertes Friedensfestival statt. Einige wenige AktivistInnen organisieren ohne Honorar ein kommerzfreies Kultur-Event: Konzert, Ausstellung, Informationen und Kulinarisches. 2012 wurde ein anspruchsvolles Acht-Stunden-Programm auf die Beine gestellt. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff sprach darüber mit dem Geiger und Yogalehrer Alexander Meyen.

»FriedensArten« – was ist das?

Man kann schon vom Wort her und wie man es schreibt darauf kommen: Es geht zum einen um Frieden im weitesten Sinne, und »Arten« hat etwas zu tun mit Art, also Kunst und Künsten, auch im weitesten Sinne. Wir kreieren hier im »Kulturbunker« ein Festival aus eigener ehrenamtlicher Kraft gemeinsam mit KünstlerInnen aus dem Stadtteil und der Welt – von Köln-Mülheim bis Indien. Geplant ist es als Benefiz-Veranstaltung, wo versucht wird, über einen geringen Eintrittspreis auch einen Überschuss zu erwirtschaften, der dann an ausgewählte Projekte gehen soll.

Was hat das mit Frieden zu tun?

Wir glauben, dass über die kreative Beschäftigung mit vermittelnden kulturellen Beiträgen das soziale Miteinander der verschiedensten Menschen und Kulturen über alle Grenzen hinweg gefördert werden kann. Und das ist ja schon ein friedenspolitischer Ansatz.

Deine Mitorganisatorin Ilka Baum hatte mir gesagt, ihr wolltet nicht immer nur kritisieren und darstellen, wie schrecklich alles ist angesichts der laufenden Kriege, sondern dem etwas Positives entgegensetzen. Ist das auch dein Ansatz?

Es ist immer wichtig, dass man nicht nur in die Opposition geht, sondern auch Alternativen aufzeigt. Wir wollten einen schönen multikulturellen Abend feiern, ein alternatives Erntedankfest. Unser Leitthema war in diesem Jahr die Ernährung. Aber natürlich müssen wir weiter darauf hinweisen, dass es Bedrohungen gibt, Kriege gibt, Waffen und Rüstung. Das kann man mit so einem Friedensfestival natürlich nicht verhindern. Aber man kann durch Beiträge darauf hinweisen, dass es auch darum geht, dass die Menschen dazu Stellung beziehen und das auch verneinen.

Der Ort ist ja auch ein spezieller und hat mit Krieg und Frieden zu tun...

Ja, das ist so – es ist der »Kulturbunker«. Damals im Zweiten Weltkrieg als Kriegsbauwerk errichtet, bietet er jetzt unserem Friedensfest einen Rahmen. Es ist auch heute noch ein Bunker, also ein Denk-Mal. Er ist umgebaut worden zu einer Kulturstätte, und von daher passt das sehr gut zusammen, die FriedensArten in einem Bunker zu machen.

Wie seid Ihr darauf gekommen, so ein Festival zu veranstalten?

Mein Freund Ofer Golany aus Jerusalem ist sehr aktiv in der dortigen Bewegung für die Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern und setzt sich dafür ein, dass Israel einen Zivildienst einführt, den es bis jetzt nicht gibt. Er ist auch mit seiner Gitarre unterwegs als Friedenskämpfer. Wir haben 2010 hier in Köln gemeinsam ein paar Konzerte gegeben – ich mit meiner Fidel und er mit seinem Gesang. Dann fragten wir uns: Wo könnten wir noch auftreten? Ilka hatte die Idee, beim Kulturbunker anzufragen. Und Israel-Palästina war damals wie auch aktuell immer wieder ein Brandherd. So kam der Gedanke auf: Wir nehmen diesen Konflikt zum Anlass und arrangieren dort um das Ganze herum eine Art von Friedensfestival. Und das haben wir dann damals vor zwei Jahren auch gemacht.

Dieses Jahr also zum dritten Mal. Wie sah das Programm der FriedensArten 2012 aus?

Unser Leitthema war Ernährung, aber auch Subsistenz, also Selbstversorgung, darüber hinaus auch Tierrechte. Grundschulkinder haben ein tolles Theaterstück aufgeführt zum Thema Tierrechte. Wir hatten Beiträge zum Thema »Carot Mob«. Dabei wird eine Kampagne zugunsten eines bestimmten Bioladens gestartet, um ihn zu unterstützen. An einem festgelegten Tag wird massenhaft dort eingekauft. Bei den FriedensArten selbst hatten wir einen großen Brot- und Kuchen-Stand der Biobäckerei »Ährensache«. Zwei Leute haben dort vegan gekocht – sehr lecker. Das war Absicht, weil wir auch ein Bewusstsein schaffen wollen...

Frieden mit den Tieren?

Ganz genau. Frieden nicht nur mit den Menschen, sondern auch mit denen, die genauso Geschöpfe sind wie wir auch alle. Von daher fanden wir es sehr schön, dass dieses Mal entsprechende Diskussionsbeiträge da waren. Otmar Lattorf sprach zum Thema: »Was hat die Wirtschaftskrise mit dem Welthunger zu tun?«. Und die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) hatte einen großen Info-Stand mit der Völkerverständigungsmauer zum Palästina-Konflikt aufgebaut.

Im Mittelpunkt stand aber die Musik...

Ja, angefangen von der indischen Musikakademie Anubhab, die in Köln schon seit ein paar Jahren aktiv ist. Dann gab es zum Beispiel das Duo Yasemene und Deniz Ilhan – zwei in Österreich geborene Liedermacher türkischer Herkunft. Die Kölner Sängerin »Blue Flower« war dabei mit Friedensliedern u.a. über Hiroshima. »Kwaggawerk« konnten wir auch gewinnen – das ist ein bunter Zusammenhang von Laienmusikern mit vielen Blasinstrumenten und reichlich Percussion. Das klingt ein bisschen karnevalistisch. Die machen Mordsradau – dazu wurde ausgelassen getanzt. Und meine Band »Allewelt Ensemble« hat natürlich auch gespielt.

Wer hat das alles organisiert?

Vor allem drei Personen: Ilka Baum, die auch in Mülheim wohnt, vom Verein »LebeArt«. Sie hat im Vorfeld mit mir zusammen alles konzipiert und organisiert. Dann Andra Welkens, die die Räume optisch gestaltet und eine tolle Bühne gebaut hat. Die Ausstellung mit bildenden Künstlern aus dem Stadtteil zum Thema Pflanzen hat Ilka kuratiert. Besonders eindrucksvoll waren große Fahnen auf der Bühne von Anita Liebold. Ihre Kunstwerke versauerten im Keller, und wir fanden: Es ist doch schade, wenn so etwas, bloß weil es derzeit unverkäuflich ist, einfach von der Bildfläche verschwindet.

Macht ihr auch sonst Dinge zusammen?

Nö, eigentlich nicht. Wir kennen uns so ein bisschen über den Verein »LebeArt« – eine Plattform für Kreativschaffende, mittlerweile auch über Mülheim hinweg. Andra ist eine Freundin von Ilka. Vorher waren es nur Ilka und ich. Es wurde uns zu viel. Darum waren wir sehr froh, dass Andra dazu kam. Es war ja ein Riesenprogramm von drei Uhr nachmittags bis abends halb zwölf.

Das Motto auf dem Plakat hieß: »Eines Tages wird nur die Kartoffel überleben«. Was bedeutet das?

Wissenschaftler hatten eine negative Utopie entwickelt und ein Bild von einem Planeten entworfen, der quasi austrocknet. Und wenn alle Weltmeere vertrockneten, dann würde der Planet schrumpfen und aussehen wie eine Kartoffel. Das ist das Geheimnis dieses Bildes: man sieht die Erdkugel mit ihren Kontinenten verzerrt, verschrumpelt, deformiert.

Das war ja ein richtiger Hingucker! Eure Erwartungen sind aber nicht erfüllt worden?

Nicht ganz. Obwohl die Vorbereitung und die inhaltliche Struktur viel besser waren als die Male zuvor, hatten wir das Pech, dass viel zu wenig Besucher kamen. Vielleicht waren insgesamt 150 Leute da, so dass die beiden Projekte, die wir finanziell fördern wollten, leider leer ausgehen.

Hat die viele Arbeit sich dennoch gelohnt?

Ja, weil es Spaß macht. Das Zusammenarbeiten mit den vielen verschiedenen Leuten ist toll. Und besonders wenn die Zusagen kamen, dass diese und jene mitmachen wollen, war unsere Freude groß! Ich finde es sehr zufriedenstellend, wenn man sieht, was dann so wirklich zustande kommt. Trotz der Abstriche – des Besuchermangels – ist es einfach eine tolle Sache.

Haben die Mitwirkenden das ehrenamtlich gemacht?

Ja, alle. Es hat niemand einen Cent bekommen. Vielleicht zwei drei Cola oder auch mal Bier. Aber es wurde kein Geld ausbezahlt.

Was war denn eher ein Problem?

Zum einen hatten wir erwartet, dass das Benefizkonzert auch wirklich eins wird – aber es war leider keins, mangels Überschuss. Und dann gab es Probleme mit der Technik im Vorfeld. Der Kulturbunker hat leider keine große technische Ausstattung. Es hieß, die müssten wir uns für 550 Euro von einer Beschallungsfirma mieten. Das konnten wir nicht. Da habe ich hier und da und dort am Tag vorher noch mal herumtelefoniert, bis wir dann die Anlage hatten, die wir brauchten: Mikrofone, Ständer, Kabel, Boxen, Monitore – eine bunt zusammengewürfelte Technik, quasi alles von heute auf morgen. Das ist natürlich viel Stress gewesen, da haben wir reichlich improvisiert. Aber es hat geklappt.●

Anzeige

ArchivCD.5

10 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2011 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2013 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Auf die Straßen, für Freiheit und Würde!

»Wer keinen Pass hat, ist ein Hund.«
(Bert Brecht 1898-1956)

Seit September letzten Jahres protestieren Geflüchtete aus verschiedenen Lagern europaweit gegen Abschiebung, Flüchtlingslager und Residenzpflicht. Der 600 km lange »Marsch der Würde«, der in Berlin endete, immer wieder unterbrochen von rechtsradikalen Angriffen und Demonstrationen, war der Anfang. Ihm folgte der Widerstand in Form von Zeltlagern in vielen Städten Europas. In Berlin wurde am Oranienplatz und am Brandenburger Tor campiert. Während in Wien das Lager gewaltsam geräumt wurde, sollte das Camp am Brandenburger Tor vor allem durch Repressionen beseitigt werden. Zelte, Schlafsäcke, Isomatten und sogar warme Mäntel wurden den Streikenden weggenommen, um sie den Witterungsverhältnissen schutzlos auszusetzen. Nur Hungerstreiks der Geflüchteten zwangen VertreterInnen der Regierung zu Verhandlungen, führten zu rechtmäßiger Anerkennung der Kampagne und Bestätigung der Missstände der Asylpolitik. Trotzdem haben sich SPD und CDU gegen die Forderungen der Geflüchteten ausgesprochen.

Die Residenzpflicht ist lediglich in Hessen abgeschafft worden. Bis heute hat die Kampagne eine Vielzahl an Aktionen durchgeführt: Demonstrationen in Leipzig, Erfurt und Berlin mit bis zu 7.000 TeilnehmerInnen, Konsulate besetzt und stetig Aufklärungsarbeit geleistet, die von bundesweitem medialem Interesse begleitet wurde. Sie hat es geschafft, die menschenverachtenden Maßnahmen deutscher und europäischer Asylpolitik zu entlarven und öffentlich zu machen. Seit Dezember 2012 verlagerte sich der Protest vom Brandenburger Tor in die leerstehende Gerhard-Hauptmann-Oberschule in Kreuzberg, als Winterunterkunft. Der Widerstand will weiter wachsen, die europaweiten Flüchtlingsproteste werden weitergehen, um die Gesetze und Richtlinien, die die Freiheit und Würde verletzen, abzuschaffen.

Vor acht Jahren wurde Oury Jalloh ermordet

Seit acht Jahren sieht die Justiz keine Notwendigkeit die Tatumstände um Oury Jallohs Tod aufzuklären, trotzdem sollte jemand verurteilt werden, wenn auch nicht zu hart. Im Dezember letzten Jahres fiel das zweite Urteil in Magdeburg, nachdem der Freispruch für einen der Angeklagten vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben wurde. Auch in diesem Verfahren konnten oder wollten die Umstände von Oury Jallohs Tod nicht geklärt werden.

Von Beginn an ist von Unterlassung ausgegangen worden – aktives Tun wurde ungeachtet vehementer Indizien für eine Manipulation gezielt ausgeblendet. Aber der letzte Prozess hat auch Neues zu Tage gefördert. Die diensthabenden Polizisten hätten Oury Jalloh rechtlich gesehen gar nicht aufs Revier mitnehmen dürfen. Zudem hätten sie die Zustimmung eines Richters zur Gewahrsamnahme gebraucht. Das Magdeburger Gericht allerdings entscheidet, letzteres dem Angeklagten nicht anzulasten, schließlich wurde auf dem Dessauer Polizeirevier bei der Gewahrsamnahme noch nie ein Richter hinzugezogen. Woher sollte ein Polizeigruppenleiter rechtmäßige Polizeipraxis auch kennen?

So kommt es zum Urteil: 120 Tagessätze à 90 Euro wegen Körperverletzung mit Todesfolge und Übernahme der Prozesskosten. – Oury Jalloh von Polizisten ermordet – vom Staat vertuscht.●

Stella Napieralla

Mehr Informationen:
www.refugeetentaction.net/index.php?lang=de
http://initiativeouryjalloh.wordpress.com

Netzwerk Selbsthilfe – der politische Förderfonds
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, www.netzwerk-selbsthilfe.de

ANDALUSIEN: EIN BEISPIEL GEBEN

Erfolgreiche Landbesetzung in Somonte

Bereits seit elf Monaten verteidigt die Bewegung um die Besetzung des Landgutes Somonte in Palma del Rio ihre Positionen und entwickelt sie weiter. Hinter uns liegt ein Frühling intensiver Arbeit, in dem die Böden vorbereitet und ein Gemüsegarten angelegt wurden sowie ein besonders heißer Sommer – sowohl im buchstäblichen wie auch im übertragenen Sinn.

Von Florence Landriot, Somonte ● Begonnen hatte alles am 4. März 2012, als LandarbeiterInnen die Finca pública samt 400 Hektar Land besetzten, um den Verkauf des Hofes zu verhindern und um ihn zu bewirtschaften. Die Organisation der Besetzung steht inzwischen auf solidem Fundament: Die Bewirtschaftung der Ackerflächen, die das Herzstück des Projektes darstellt, wächst; die Idee und der Sinn der Aktion sind klar und präzise; die compañeras/os organisieren das Zusammenleben, die convivencia; die Unterstützung von Seiten der Gewerkschaft und von SympathisantInnen, sowohl aus Spanien wie auch international, lässt nicht nach.

Die getane Arbeit kann sich sehen lassen. Auf vier der 40 bewässerbaren Hektaren Land wird produziert. Es werden unterschiedlichste Pflanzen angebaut: Auf Paprika, Kürbisse und Sommeraubergine folgen verschiedene Sorten von Kohl. In einem Feld wurde Knoblauch gesät, um die für die Produktion von Biotreibstoff bestimmten Disteln zu ersetzen, deren Anbau dort vor Jahren von der andalusischen Regionalregierung in Auftrag gegeben wurde.

Der ausschlaggebende Motor, die Energie der Bewegung, ist unsere Vision, unser Ziel: Arbeit für die Bevölkerung, Lebensmittel für die Familien, Gerechtigkeit für alle. Das Ziel ist in Reichweite, sofern das Projekt nicht aufgrund kurzfristiger Interessen von PolitikerInnen zerstört wird.

Alltag

Der Tagesverlauf folgt dem Rhythmus der Arbeit und der gemeinsamen Mahlzeiten. Das Leben in der Gemeinschaft ist ein herausfordernder sozialer Lernprozess. In den Wohnungen, die gemeinschaftlich bewohnt werden, bieten inzwischen einige Möbel ein bisschen mehr Komfort. Die Privatsphäre ist sehr begrenzt. Dies liegt zum einen am Mangel von zur Verfügung stehendem Wohnraum, sobald die Anzahl der BewohnerInnen steigt. Zum anderen ist es aber auch wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Kampf noch nicht beendet ist (die Erinnerung an die Räumung manu militari am 26. April ist immer noch sehr frisch) und dass der Gedanke der Kollektivität bewahrt bleiben muss. Es ist wichtig zu lernen, die tausend kleinen Probleme zu lösen, die uns viel stärker trennen als die großen Probleme, die uns eher vereinen. Die Versammlungen sind der Platz, um diese kleinen Probleme zu behandeln.

Zu Fragen des Zusammenlebens wie auch zu anderen Themen haben wir zahlreiche Ratschläge von Gruppen erhalten, die unsere Bewegung unterstützen und die oft selbst politische Projekte verfolgen: SozialarbeiterInnen selbstverwalteter sozialer Zentren, Gruppen von UmweltschützerInnen, GewerkschafterInnen, SchülerInnen und Studierende, Lehrende und all die anderen Menschen, die sich um die Entwicklung von Gesellschaft und Umwelt sorgen. Diese von Beginn an internationale Unterstützung lässt nicht nach und ist wesentlich. Neben dieser direkten Unterstützung ist die Freude, Ideen und Arbeit zu teilen, eine ständige Energiequelle. Aus dem Besuch von annähernd hundertfünfzig Personen aus Madrid und der direkten Umgebung, die anfangs Oktober kamen, um zweihundert Olivenbäume zu pflanzen, wurde ein dreitägiges Fest. Und das trotz eines Stromausfalls, der uns die ersten Tage von der Wasserversorgung abschnitt. Im Gegenteil: Die Erinnerung wird durch diese gemeinsame Erfahrung umso eindrücklicher bleiben.

Ein Beispiel geben

Ein Beispiel gibt man nicht, ohne sich ein Beispiel an anderen zu nehmen: an den älteren Personen, die kommen, um die Erinnerung an vergangene Kämpfe zu teilen wie zum Beispiel mit Diego Cañamero und den compañeras/os der Sindicato Andaluz de Trabajadores (SAT), die sich bei der Besetzung von Marinaleda schweren Strafen aussetzten und trotzdem nicht nachließen. Somonte will auch ein Beispiel eines erfolgreichen Kampfes für eine bessere Zukunft geben.

Die Hoffnung, dies zu erreichen, ist wichtig für alle Bewegungen, die um ihre Rechte kämpfen oder versuchen, ungerechte Systeme zu verändern. Viele Augen sind jetzt auf diesen kleinen Punkt in Andalusien gerichtet. Aber das Beispiel Somonte richtet sich vor allem an die LandarbeiterInnen der umliegenden Dörfer. Nicht, um eine Lektion in Sachen Mut und Bewusstsein zu erteilen, sondern um jene Angst zu besiegen, die aus vielen Jahren sozialer Unterdrückung erwachsen ist. Es macht viel Freude, mit einem Auto voll frisch geerntetem Gemüse zum Markt zu fahren und sich mit den BewohnerInnen der Umgebung auszutauschen. Das ist auch ein guter Moment, um das Projekt zu erklären und die Fragen zu beantworten, die eine solche Aktion – die oft als radikal beurteilt, aber schnell als legitim anerkannt wird – nach sich zieht.

Die Würde wiedererlangen

Der Kampf, der in Somonte geführt wird, ist ein Kampf um die Würde. Die Würde der LandarbeiterInnen ist bedroht durch die massive Arbeitslosigkeit, welche für sie den Verlust sozialer Rechte und manchmal selbst des Wohnraumes bedeutet. Wie kann man in dieser Situation sein Recht auf ein besseres Leben in Anspruch nehmen? Indem man sich einem beschämenden System der Spekulation mit Agrarland widersetzt, das den LandarbeiterInnen ihre Perspektiven und den StadtbewohnerInnen den Zugang zu lokalen Lebensmitteln nimmt. Hunderte Journalistinnen und Journalisten sind nach Somonte gekommen und haben ihre Eindrücke in Schrift und Bild verbreitet. Meistens haben sie korrekt über unsere Vorstellungen berichtet: Umweltschutz, Ernährungssouveränität, Antikapitalismus, soziale Gerechtigkeit. Aber manchmal richtete sich der Fokus stark auf die Armut und stellte die Personen schnell als »arme Leute, die ein Dach über dem Kopf suchen«, dar. Auch wenn viele, die hier leben, nichts mehr zu verlieren haben, so sind doch alle aus Überzeugung hier. Sie haben ihr Familienleben, ihre Aktivitäten und manchmal auch ihre Arbeit zurückgelassen, um an dieser Bewegung teilzunehmen. Einige haben viel Erfahrung in der Gewerkschaftsbewegung und der Landwirtschaft wie zum Beispiel Lola und Javier, die SprecherInnen der Besetzung von Somonte und Mitglieder der SAT von Córdoba.

»Das Land ist, wie der Wind und das Wasser, keine Ware!« Diesen Slogan hört man jedes Mal, wenn der freie Zugang der Bevölkerung zu lebenswichtigen Gemeingütern behindert wird. Mehr aber als einen Slogan brauchen wir Rechte. Versammlungen, Treffen, Konferenzen vervielfachen sich, um verschiedene Möglichkeiten für die Legalisierung der Selbstverwaltung des besetzten Landes durch die ArbeiterInnen zu vergleichen und zu prüfen. Ziel ist es, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen und die lokale Wirtschaft zu entwickeln. Das ist mit breiteren politischen Forderungen verbunden, wobei das Ziel des Fortbestandes von Somonte nie aus den Augen verloren werden darf. Dabei sind alle Zwischenschritte wichtig, um voranzukommen.

Fotos: www.sindicatoandaluz.org/?q=node/903

Bäume pflanzen

Ich weiß nicht, ob der Satz, »Es gab eine Zeit, in der man Spanien im Schatten seiner Bäume durchqueren konnte«, Legende ist oder ob er sich tatsächlich auf vergangene Zeiten bezieht; heutzutage ist das Risiko eines Hitzeschlags jedenfalls groß. Als Konsequenz einer massiven Abholzung ist das Land von Somonte, wie viele andere Landstriche auch, fast wüstenartig. Außer an den südlichen und östlichen Grenzen des Geländes, die durch zwei, von Vegetation gesäumte Bäche gebildet werden, sind Bäume und Büsche sehr selten. Der Rand der Bäche stürzt ein, die Felder sind der Erosion durch Wind und Wasser und die arbeitenden Menschen sind ohne Unterbrechung der Sonne ausgesetzt. Aus diesem Grund wird in Zusammenarbeit mit dem Europäischen BürgerInnenforum, der Gewerkschaftsbewegung SOC/SAT, der Europäischen Kooperative Longo maï und Organisationen von UmweltschützerInnen aus Córdoba und Sevilla ein Aufforstungsprojekt vorbereitet. Es sollen heimische Baumarten ausgewählt werden, die ohne größere Probleme wachsen können. Hierfür kommen wilde Olivenbäume (Acebuche), Walnuss (Nogal), Johannisbrotbaum (Algarrobo), wilde Pistazie (Lentisco), Rosmarin (Romero), aber auch andere Sorten in Frage. Bald wird eine Kampagne beginnen, um Spenden für den Kauf von Bäumen (mit der Möglichkeit einer Patenschaft) zu sammeln, dazu Werkzeug und andere Materialien. Wir werden auch weiterhin verschiedene Gruppen und Netzwerke für die Unterstützung von Somonte mobilisieren, damit sie einerseits Kulturveranstaltungen und Konferenzen mit uns organisieren und andererseits, uns beim Bäumepflanzen tatkräftig helfen.

Alte Handgriffe, neue Kraft

Seit den ersten Tagen der Besetzung von Somonte wird das Land mit den Händen bewirtschaftet. Mit den Händen werden die Steine aus den Feldern entfernt, mit der Hacke in der Hand wird der Boden für den Anbau vorbereitet, das Heu wird mit der Sichel gemäht... Die älteren Leute entdecken alte Handgriffe wieder und erklären uns mit Eifer und Hingabe die Arbeitsweise einer traditionellen Landwirtschaft ohne Maschinen. Diese auf Körperkraft basierende Landwirtschaft hat sich bewährt, um der lokalen Bevölkerung Arbeit und Lebensmittel bereitzustellen. Sie ist ganz von sich aus kompatibel mit den Anforderungen des Umweltschutzes, der im Bewusstsein der LandarbeiterInnen von Somonte präsent ist. Außerdem erlaubt sie zum kapitalistischen Modell der Landwirtschaft, das seine Schädlichkeit schon bewiesen hat, alternative Ideen zu verwirklichen. Deshalb will Somonte, das schon ein soziales und landwirtschaftliches Experimentierfeld ist, auch Ausbildungszentrum für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft sein, die versucht, das Beste der Tradition zu bewahren und aktuelle Kenntnisse des Umweltschutzes umzusetzen.

Bei jedem Neuankömmling wiederholt Lola: »Unsere Türe ist für jeden offen; die kulturelle und soziale Herkunft ist nicht wichtig.« Allerdings müssen alle compañeras/os, die kommen, um ihre Energie und ihre Zeit in diesen Kampf zu stecken, dessen Grundlage und Disziplin respektieren. Es handelt sich um harte tägliche Arbeit mit genauen Arbeitszeiten und den Beschränkungen auf einen gemeinsamen Wohnraum. Doch die entstandene Dynamik lässt oft Zweifel und Müdigkeit vergessen. »Wenn wir den Zug in Gang gesetzt haben, werden wir jedem, der aufspringen will, unsere Hand reichen!«, fügt Lola selbstsicher hinzu. **SOMONTE HÄLT STAND!**●

Übersetzt aus dem Französischen von Tobias Zortea
Nachdruck aus Archipel – Zeitung des EBF, 11-2012

Land ist ein Recht des Volkes, keine Ware

ZWANGSVERKAMMERUNG

Alternative Ökonomie fest im Griff der Kammern

Das ist wohl zumindest das Letzte, mit dem enthusiastische Gründerinnen und Gründer von alternativen Wirtschaftsbetrieben rechnen. Ob Genossenschaft, Kollektivbetrieb, ob alternative Energien oder Medien, ob Handwerk oder Gewerbe – stets klopft gleich nach der Gründung eine Kammer an die Tür und verlangt nach Mitgliedschaft und Obulus. Da dies im Hinblick auf das laufende Jahr auch in den seltensten Fällen auf die Kalendermonate aufgeteilt wird, kann das auch ganz schön teuer sein. Bei Gründung in der Rechtsform einer GmbH z.B. im November können da auch innerhalb von weniger als 6 Monaten auch schon mal 400 Euro anfallen, wenn zu Beginn des Folgejahres gleich der nächste Beitrag fällig wird.

Von Kai Boeddinghaus, bffk e.V. ● Auch wenn sich gerade im Bereich der Alternativwirtschaft die wenigsten über den rein finanziellen Aspekt der Zwangsmitgliedschaft ärgern – im Mittelpunkt der Kritik stehen doch eher die wirtschaftspolitischen Positionen der Kammern, so sollte der Blick auf die Kammerfinanzen nicht völlig unterbleiben. Denn Geld ist Macht und von beidem haben die Kammern reichlich.

Nach Recherchen des Bundesverbandes für freie Kammern e.V. (www.bffk.de) haben alleine die Industrie- und Handelskammern bundesweit Rücklagen von mehr als 1,5 Milliarden Euro. Das ist eine prall gefüllte Kriegskasse, die einerseits die politische Propaganda der Kammern finanziert und andererseits noch genug Spielraum für üppige Gehälter, große Dienstautos und prächtige Kammerpaläste lässt. Die Handelskammer Hamburg errichtet zur Zeit in bester Innenstadtlage ein Bildungszentrum mit Kosten von weit mehr als 3.000 Euro pro Quadratmeter. Die Gehälter der Hauptgeschäftsführer, selten veröffentlicht, liegen teilweise im hohen sechsstelligen Bereich. Bei den Handwerkskammern werden auch gerne satte Aufwandsentschädigungen gezahlt. Auch als Pensionäre sollen die Kammerfunktionäre nicht zu kurz gekommen. Hier werden absurde Rückstellungen gebildet, die ebenfalls von den Zwangsmitgliedern zu finanzieren sind. Alleine im Bezirk der IHK Stuttgart sind dies mittlerweile mehr als 70 Millionen Euro.

Kurz, die Organisation der Wirtschaft, die gegenüber dem Staat gerne mit kernigen Forderungen nach Entlastung der Wirtschaft auftritt, nimmt es bei sich selbst nicht ganz so genau.

Für Menschen, die sich in der Alternativ-Wirtschaft engagieren, mag aber das eklatante Demokratie-Defizit in den Kammern ein noch größeres Ärgernis sein. Denn die völlige Abwesenheit demokratischer Mindeststandards hält die Kammern ja selten von einer aggressiven Öffentlichkeitsarbeit ab. Die Positionen, die dort dann vertreten werden (ProAtomkraft, Pro-Stuttgart21, gegen Mindestlöhne, zugunsten klassischer Industriepolitik) decken sich wohl nur höchst selten, mit den Ansprüchen und Ideen des alternativen Wirtschaftens. Wie steht es also um die Demokratie in den Kammern?

Bei den Handwerkskammern ist diese Frage kurz und knapp zu beantworten. Hier darf unter bestimmten Voraussetzungen die Wahl zur Vollversammlung (dem »Parlament der Wirtschaft«) entfallen. Passiert dies, so gelten die aufgestellten Listen ohne Wahlakt als gewählt – die sogenannte Friedenswahl. Was das Gesetz als Ausnahme beschrieben hat, ist Alltag. Seit Kriegsende ist es in 53 Handwerkskammern in Deutschland nur 3 Mal zu Wahlen gekommen. Tatsächlich werden die Listen in Hinterzimmern klandestin zusammengestellt. Nach außen wird allerdings dann regelmäßig das Ergebnis von »Wahlen« verkündet, um den demokratischen Schein zu wahren.

Aber auch in den Industrie- und Handelskammern geht es nicht wesentlich demokratischer zu. Hier wird zwar tatsächlich gewählt. Die Wahlbeteiligungen liegen aber regelhaft deutlich unter 10 Prozent. Das ist, auch wenn es gerne lautstark beklagt wird, konsequent und gewollt. Denn ein wesentliches Kernelement demokratischer Wahlen, der inhaltliche Diskurs und die inhaltliche Positionierung der Kandidatinnen und Kandidaten vor der Wahl, ist in Kammerland nicht vorgesehen. In der Regel werden die Namen oder Firmennamen veröffentlicht. Manchmal kommen noch ein paar Textbausteine aus dem IHK-Sprech dazu (»Förderung der gewerblichen Wirtschaft«, »im Interesse der Region«). Wer tatsächlich Wahlkampf mit Inhalten machen möchte, stößt beim Kammerapparat auf eine Mauer der Ablehnung. Dies gilt umso mehr, wenn versucht wird, mit Kandidatinnen und Kandidaten aus anderen Wahlgruppen als Liste anzutreten. In Berlin wurden Fotos mit gemeinsamem Logo zensiert und Hinweise auf weiterführende Informationen über die Angabe einer Internetadresse aus den Bewerbungstexten gestrichen.

Schon das Zensuswahlrecht der Kammern, welches die Kammer-Mitglieder nach Gewerbe und Regionen in die verschiedensten Wahlgruppen zersplittert, ist in seinem Wesen völlig undemokratisch. Denn es erlaubt, dass ein unterschiedliches Stimmengewicht zu Mandaten in der Vollversammlung führt. Während bei der letzten Wahl zur Vollversammlung der IHK Berlin z.B. in der Wahlgruppe der Banken schon 10 Stimmen zu einem Mandat führten, benötigte man dort in der Wahlgruppe der Immobilienwirtschaft 135 Stimmen. Dass das nichts mit Demokratie zu tun hat ist offensichtlich, weswegen die Kammern (bis auf zwei Ausnahmen) auch die Veröffentlichung der Wahlergebnisse verweigern. Damit dann aber vermeintlich wichtige Unternehmen oder Personen, die bei der Wahl auf der Strecke geblieben sind, doch noch zum Zuge kommen, wird in Kammerland vom Instrument der mittelbaren Wahl (Zuwahl oder Kooptation) reichlich Gebrauch gemacht. Hier wählt sich die Vollversammlung munter noch ein paar Gesinnungsgenossen dazu.

Die solcherart, abseits demokratischer Kultur installierte Vollversammlung hat dann aber überhaupt keine Hemmungen, sich als das Sprachrohr der regionalen Wirtschaft zu positionieren. Ob Verkehr, Umwelt, regionalpolitische Themen, gerne aber auch Allgemeinpolitisches oder Überregionales – überall melden sich die Kammern zu Wort. Dabei führen sie sich oft genug auf wie politische Parteien oder gar Bürgerinitiativen. Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um Infrastrukturprojekte wie Stuttgart21 oder der Godorfer Hafen in Köln, haben dies bewiesen. Dabei wäre nicht nur die mangelnde demokratische Legitimation durch die Wahlen ein guter Grund für ein Mehr an Zurückhaltung. Angesichts der Tatsache, dass alle Wirtschaftsunternehmen unter das Dach der Kammer gezwungen werden, ist klar, dass es hier eine große Vielfalt an Meinungen gibt. Aufgrund massiver Beschwerden und in der Folge höchstrichterliche Entscheidungen ist mittlerweile ein Regelwerk für solche Äußerungen der Kammern klar und verbindlich. Dies lässt sich leicht zusammen fassen. Gerade bei umstrittenen Themen müssen Minderheitenmeinungen berücksichtigt werden, ohne Beschlüsse in den Vollversammlungen geht nichts. Und selbstverständlich müssen öffentlichkeitswirksame Äußerungen ein besonderes Maß an Zurückhaltung wahren. Wer die Öffentlichkeitsarbeit der Kammern kennt, weiß, dass diese Maßstäbe oft genug mit Füßen getreten werden.

Der Bundesverband für freie Kammern e.V. bemüht sich auf unterschiedlichen Ebenen dieser Praxis der Geldverschwendung und unzulässiger politischer Betätigung der Kammern entgegenzutreten.

Auf europäischer Ebene ist dies eine Beschwerde bei der EU-Kommission und eine Petition an das Europäische Parlament. Dazu kommen etliche Unternehmen, die mittlerweile ihre Klageverfahren bis zum Europäischen Gerichtshof führen wollen. Eine Vielzahl von nationalen Klagen und Petitionen ergänzen dies. Diese richten sich aber nicht nur gegen das grundsätzliche Problem des Kammerzwanges, sondern auch gegen konkrete Missstände wie überhöhte Rücklagen, ungerechte Beitragsfestsetzungen und die oben beschriebene politische Propaganda der Kammern. Zum Selbstverständnis gehört dabei, dass sich der bffk als Unternehmensverband nur zum Thema der Kammern äußert.●

Kai Boeddinghaus ist Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes für freie Kammern e.V.

Kai Boeddinghaus

Der Bundesverband für freie Kammern e.V. (bffk)

Demokratisch verfasste, sich auf ihre Kernaufgaben konzentrierende Kammern sind das Ziel des bffk. Gegründet als »IHK-Verweigerer e.V.« setzt sich der Bundesverband für freie Kammern e.V. seit 1996 für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft ein.

Die Kammertätigkeit auf genau bestimmte Aufgaben zu begrenzen und in diesen Körperschaften des öffentlichen Rechts demokratische Wahlen durchzusetzen sind weitere Ziele.

Die Freiwilligkeit der Kammermitgliedschaft betrachten die bffk-Mitglieder als Grundvoraussetzung, um über Jahrzehnte verkrustete Strukturen von Misswirtschaft und Bürokratie zu überwinden und die Kammern wieder zu dem zu machen, was sie sein sollen und können: dienstleistungsorientierte Serviceunternehmen ihrer jeweiligen Berufsrichtungen bzw. in Handwerk, Industrie und Handel.

Kontakt:
Bundesverband für freie Kammern e.V.
Geschäftsstelle: Theaterstraße 1, 34117 Kassel
Tel. (05 61) 920 55 25, Fax 705 73 96
E-Mail: bffk@bffk.org
Web: www.bffk.org

Stellenwert der Kammern im öffentlichen Leben

Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und andere berufsständische Kammern sind als Körperschaften öffentlichen Rechts Teil der staatlichen Verwaltung und somit gegenüber der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig. Regional und überregional haben gerade die Industrie- und Handelskammern einen erheblichen Einfluss auf die politische Willensbildung und auch in den Bereichen Bildung und (Politik-)Beratung nehmen Kammern erheblichen Einfluss.

Für Mitglieder des betreffenden Berufsstandes in den berufsständischen Kammern können Kammer-Entscheidungen gar existenzielle Folgen haben. Gleichzeitig weiß die Gesellschaft über die Kammern sehr wenig. An den Sitzungen der »Parlamente der Wirtschaft« oder denen der berufsständischen Kammern nimmt die Öffentlichkeit nur in Ausnahmefällen teil. Während sich die gezielte Öffentlichkeitsarbeit der Kammern regelmäßig in einer umfänglichen Medien-Berichterstattung niederschlägt, finden Nachrichten über Kammer-Interna in der Regel nur dann den Weg in die Öffentlichkeit, wenn es über Skandale zu berichten gilt.

Aus: Kammerbericht 2012, bffk

NEUE GENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET: »FAIRNOPOLY«

Redaktion Heidelberg ● Passend zum Ausklang des »Internationalen Jahres der Genossenschaften« wurde im Dezember 2012 die Genossenschaft »Fairnopoly« gegründet. »Fairnopoly« basiert auf einem neuartigen, fairen Unternehmensmodell: Der Genossenschaft 2.0. Über den Kauf von Genossenschaftsanteilen kann jedeR die Geschicke des Unternehmens mitgestalten und wird an dessen Gewinn beteiligt. Auf GroßinvestorInnen wird dabei bewusst verzichtet. Ein Teil der Gewinne wird zudem gespendet. Für das Handeln auf der Plattform erhalten NutzerInnen automatisch Anteilspunkte, die sie zur Mitbestimmung darüber berechtigt, welche Organisationen die Spenden erhalten.

Über eine Crowdfunding-Kampagne können sich ab sofort alle finanziell am Start beteiligen. Für Beträge ab 50 Euro werden Genossenschaftsanteile ausgegeben. So wird aus dem Crowdfunding ein nachhaltiges Crowdinvestment. Doch anstatt Straßen, Häuser und Hotels zu kaufen, um anderen das Geld aus der Tasche zu ziehen, investiert man in ein faires Sozialunternehmen. Alle Interessierten können Anteile bis maximal 10.000 Euro erwerben, über die ihnen eine Beteiligung an den Gewinnen und Unternehmensentscheidungen zusteht.

Wie bei jeder Genossenschaft gilt pro Mitglied eine Stimme – unabhängig von der Zahl der Anteile. Zudem ist »Fairnopoly« konsequent transparent und verhält sich nach innen und außen fair. So wird z.B. die Geschäftsführung von den MitarbeiterInnen gewählt und das höchste Gehalt darf nicht mehr als dreimal so hoch sein wie das niedrigste.

»Fairnopoly« soll für alle da sein, weshalb praktisch alles gehandelt werden kann, was legal ist. Verantwortungsvoller Konsum gezielt gefördert: Für fair gehandelte Artikel gibt es vergünstigte Konditionen sowie spezielle Funktionen auf der Plattform. Im Sinne der Schonung von Ressourcen wird auch der Handel mit gebrauchten Dingen unterstützt. Und anstelle von Werbung, die die Menschen zu mehr blindem Konsum animiert, gibt es Informationen zu verantwortungsvollem Konsum.

Seit das Projekt vor gut einem Jahr gestartet wurde, ist das Team immer weiter gewachsen. Mittlerweile sind über 20 Personen aktiv dabei, gut ein Drittel davon Vollzeit. Das dahinter stehende Modell wurde mit einer breiten Zahl von Beratern und externen Personen diskutiert und ausgefeilt, so dass es in eine Satzung gegossen und am 12.12.2012 die Genossenschaft gegründet werden konnte.

In den nächsten Wochen wird eine Pionierversion online gehen, auf der HändlerInnen und Privatpersonen bereits Artikel einstellen können. ●

Mehr und Aktuelles unter:
http://info.fairnopoly.de

Quellen: Presseerklärung 14.1.2013/Internetpräsenz

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

LAP UND LDTC

FRANKREICH

Schule mal etwas anders

Pädagogische Selbstverwaltung – zwischen »reiner« Pädagogik und politischem Anspruch

Eine besondere Herausforderung für Selbstverwaltung und -organisation stellt nach wie vor der Bildungssektor dar. Gerade in Frankreich, wo noch stärker als in Deutschland die besuchte Schule und Hochschule über den künftigen Berufsweg des Heranwachsenden entscheidet, ist die Frage nach freien Schulen und ihren Konzepten von großer Brisanz. Neben den konfessionellen und Walddorfschulen existieren eine Reihe von Schulen mit alternativpädagogischen Ansätzen in Frankreich, deren Gründungsphase sich grob in zwei Zeitabschnitte aufteilen lässt.

Von Maurice Schuhmann ● Die erste Welle von Gründungen erfolgte Anfang der 80er Jahre aus einem politischen Impetus heraus, der durch den damaligen Wahlsieg der Sozialisten in Frankreich begünstigt wurde. In dieser Zeit entstand das »Lycée Autogéré de Paris« (LAP), welches als eine Art Vorzeigeprojekt für moderne libertäre Pädagogik gilt. In der gleichen Zeit entstanden auch »Centre experimentale de Saint-Nazare« und das »Collège-Lycée d'Hérouville-Saint-Claire«. Die drei Projekte bilden das Triumvirat jener Epoche und existieren heute noch als Alternativstrukturen.

Die zweite Welle war Anfang der 2000er Jahre zu verzeichnen. Im Gegensatz zur ersten Welle speiste sich diese zweite aus der Erkenntnis, dass die konventionellen Schulstrukturen den sich vermehrt stellenden bzw. den vermehrt wahrgenommenen pädagogischen »Problemen« nicht gewachsen waren. Als ein Vorläufer dieser Welle kann das in Paris gelegene »Lycée du Temps Choisi« (LDTC) betrachtet werden.

Die beiden Schulen LAP und LDTC sollen hier als Beispiele für alternative Ansätze in der Pädagogik vorgestellt werden. Im Falle des LAP handelt es sich um eine autonome und selbstverwaltete Struktur, d.h. eine klassische freie Schule, das LDTC ist hingegen eine alternative Struktur im konventionellen Rahmen.

Lycée Autogéré de Paris (LAP)

Das demokratisch organisierte Gymnasium LAP ist eine Schule, die man in Frankreich und insbesondere in Paris zumindest vom Namen her kennt. »Wie funktioniert das überhaupt? Das kann doch nicht gut gehen – eine Schule, in der die Schüler über alles mitbestimmen«, wunderte sich kürzlich einer meiner Nachhilfeschüler. Und auch mancher Genosse von der Anarchistischen Föderation schüttelt beim Gedanken an das z.T. chaotische Erscheinungsbild der Schule den Kopf, wenn man das Gespräch auf das Thema LAP lenkt. Eine Schule ohne Noten, Anwesenheitspflicht und feste Klassenstrukturen scheint vielen unvorstellbar zu sein. Das LAP ist aber nichtsdestotrotz ein Stück weit real gelebte und funktionierende Utopie – eine demokratische Schule, in der Selbstverwaltung und libertäre Ansätze der Bildungsvermittlung erprobt werden.

Von außen sieht man der Schule nicht unbedingt an, was sie im Inneren ausmacht. Hinter grauen Mauern in einem schmucklosen Viertel von Paris gelegen, wirkt sie auf den ersten Blick ausladend und erinnert eher an eine Kaserne als an eine freie Schule mit einem demokratischen Anspruch. Die Räume in der Schule selbst mit ihren bunten Wandfassaden passen da schon besser zum Bild einer freien Schule.

Lycée Jean-Lurçat (Außenansicht) Foto: Maurice Schumann

Von der Lektüre von A. S. Neills Texten über die Erfahrungen von Summerhill als auch von der »Ecole parallèle« in Marly (Frankreich) und der Versuchsschule in Oslo inspiriert, begann die Geschichte des LAP 1982 als Untermieter im Keller vom »Lycée François Villon im 15. Arrondissement« von Paris. Es ist der Beginn der Geschichte der Schule, die sich zum Leitspruch gemacht, dass man Schule anders organisieren kann. Dies setzt aber auch explizit den Willen der Beteiligten voraus. Aus diesem Grund werden bei den Bewerbungen um einen Platz an der Schule Bewerbungen seitens der Eltern für ihre Kinder obligatorisch abgelehnt. Die Kandidaten für einen Platz an der Schule müssen sich selbst und aus freien Stücken auf einen Platz an der Schule bewerben.

Das Interesse an der Schule ist generell größer als die Anzahl an Plätzen – und das keineswegs nur bei Schülern, die explizite Schwierigkeiten an den regulären Schulen haben. Momentan verfügt das LAP über 225 Plätze. E ist stolz auf seine sehr heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft, die sowohl aus Paris als auch aus weiter entfernten Banlieus kommen. Ihnen stehen 25 Lehrkräfte gegenüber, die kollektiv für die pädagogischen Belange und die Verwaltung verantwortlich sind.

Um den Einstieg in den selbstorganisierten Alltag am LAP zu erleichtern, werden den Neulingen Einführungstage angeboten, in denen andere Schüler ihnen die Funktionsweise der unterschiedlichen Gremien und ihre Funktion erklären. Ein Schulalltag wie der am LAP ist weniger strikt als an einer konventionellen Schule geregelt, aber gleichzeitig gilt es, eine Empathie für seine Mitschüler zu entwickeln. Die eigene Freiheit verantwortungsvoll und nicht auf Kosten anderer zu nutzen, ist ein Grundpfeiler des Systems LAP. Solidarität und Achtung gegenüber den anderen sind wie die aktive Partizipation an der gemeinsamen Struktur weitere Pfeiler des Konzepts.

Kreative Klassenraumgestaltung im LAP Foto von Webseite

Die Selbstverwaltung der Schule drückt sich in einer Reihe von Gremien aus – wie z.B. dem Assemblé Générale / AG (»Vollversammlung«) oder auch der réunion générale de gestion / RGG (»Generalversammlung für Verwaltung«), die sich im Gegensatz zur AG aus Delegierten zusammensetzt. In diesen Versammlungen werden gemeinsam die Angelegenheiten der Schule diskutiert und Entschlüsse gefasst. Es gibt aber auch z.B. separate Versammlungen der Lehrkräfte.

Die pädagogische Ausrichtung ist wie in vielen klassisch-libertären Ansätzen interdisziplinär ausgerichtet, d.h. das Themen fächerübergreifend gemeinsam vertieft werden, und erlaubt den Schülern auf kreative Art und Weise das Wissen zu erlangen und zu verarbeiten. Neben einem Literaturworkshop steht so z.B. die eine oder andere interne Veröffentlichung und auch ein Schulradio zur Verfügung sowie eine Reihe von Werkstätten, wo sie ihrer kreativen Ader freien Lauf lassen können. Künstlerische Betätigung ist ein integraler Bestandteil des Alltags am LAP.

Kreative Klassenraumgestaltung im LAP Foto von Webseite

Auch wenn die Schule nicht über Klassen verfügt, bietet sie in Form der Tutorien eine feste Organisation für die Schüler. Der Betreuungsschnitt liegt bei etwa 12 Schülern, die auf einen Lehrer als Tutor kommen – und er ist damit deutlich geringer als der an staatlichen Schulen. Im Rahmen der Tutorien wird jeder Schüler als Individuum wahrgenommen und anerkannt. Am Ende jenes Jahres, wo die Schüler auch auf eigene Anfrage hin eine Art von Zeugnis erhalten, wird mit jedem Schüler ein Gespräch geführt, was die Voraussetzung dafür ist, ein weiteres Jahr am LAP als Schüler akzeptiert zu werden.

Das LAP vertritt mit seinem Konzept aber nicht nur einen pädagogischen Anspruch, sondern tritt auch bewusst damit politisch in Erscheinung. Die Nähe zu anarchistischen Organisationen wird nicht geleugnet, sondern auch ein Stück weit forciert. Die Schule präsentiert sich und ihr Konzept regelmäßig im Rahmen anarchistischer Konferenzen – z.B. bei den Festen von der Wochenzeitung »Le Monde Libertaire« oder von »Radio Libertaire«. Das Verhältnis von Schule und Gesellschaft zu thematisieren, ist den Schülern und Lehrern vom LAP sehr wichtig.

Lycée du Temps Choisi (LDTC)

Wenig einladend wirkt auch das im 13. Arrondissement von Paris gelegene Schulgebäude vom »Lycée Jean-Lurcat«, in das täglich Horden von Schüler einkehren. Für den Außenstehenden ist es nicht erkennbar, wer von ihnen die reguläre Schullaufbahn am Jean-Lurcat bestreitet und wer von ihnen nach einer Unterbrechung in seiner Schullaufbahn (1) das »Lycée du Temps Choisi« besucht, welches hier als »Untermieter« seit einigen Jahren zu Hause ist. Für die Schüler ist das alles kein Problem – man hat kaum Kontakt miteinander, weil die Unterrichtszeiten sowieso nicht synchron sind. Antoine Baseilhac, der als pädagogischer Koordinator und Lehrer seit mittlerweile 12 Jahren das Projekt begleitet, antwortete auf meine diesbezügliche Frage trocken mit den Worten – »Das wäre vielleicht ein Problem, wenn wir Untermieter am Louis-Le-Grand oder Henri IV. (2) wären – aber nicht hier.« Mehr Probleme als die Schüler hatten am Anfang die Kollegen vom Jean-Lurcat. Die Struktur des LDTC wurde skeptisch als ein potentieller Konkurrent beäugt und auch die Ausrichtung auf Schüler mit Unterbrechung in der Schullaufbahn war für sie befremdlich. Zu jener Zeit, wo das LDTC seine Räume in der Schule bezog, war das Thema »Schulversager«, wie die betreffenden Schüler stigmatisiert wurden, noch nicht auf der Tagesordnung. Erst in den letzten Jahren rückten jene Schüler vor dem Hintergrund der sich verstärkt in gewaltsamen Ausschreitungen ausdrückende Probleme in den pädagogischen Fokus.

Momentan besuchen ca. 50 Schüler im Durchschnittsalter von 19 Jahren den Unterricht am LDTC. Wer hier zur Schule geht, hat diesen Weg bewusst gewählt. Vor der Aufnahme an der Schule steht ein gemeinsames Gespräch mit den pädagogischen Koordinatoren, in dem es nicht nur um Aufnahme oder Ablehnung der Bewerbung, sondern auch um die individuelle Situation und die individuellen Ziele des betreffenden Bewerbers geht. Es wird sehr großen Wert darauf gelegt, dass die Schüler nicht als Nummern gesehen werden, sondern als Individuen mit ihren Stärken, Schwächen und Problemen gesehen und gefördert werden. Als Lehrer am LDTC ist man in der Rolle eines »Unterstützers«, aber ist auch gleichzeitig eine Autoritätsperson, die den Schülern Grenzen setzt. Um diese nicht immer einfache Doppelrolle zu erfüllen, wird am LDTC die Kommunikation sowohl mit den beiden pädagogischen Koordinatoren, deren stetig geöffnetes Büro für Lehrkräfte und die Schüler eine wichtige Anlaufstelle ist, als auch unter den Lehrern selbst insgesamt groß geschrieben.

Die besondere Bedeutung der Kommunikation ergibt sich auch aus dem pädagogischen Konzept der Schule. Im Gegensatz zu anderen freien Schulen verweigert sich das LDTC einer festgeschriebenen pädagogischen Methode und lebt von dem Mut, neue Methoden auszuprobieren und gemachte Erfahrungen gemeinsam zu reflektieren. Dies erfordert von den Lehrkräften Mut, sich von den ausgetretenen pädagogischen zu entfernen, und die Offenheit, sich immer neuen Situationen zu stellen. »Der Unterricht am LDTC ist vergleichbar mit einer Jazz-Improvisation«, brachte es Antoine in einem Gespräch auf den Punkt. Es gibt kein feststehendes pädagogisches Programm oder Regelwerk, nach dem sich die Lehrer richten können.

Dabei geht es auch nicht in erster Linie darum, die Schüler möglichst gut – gut in Form von guten Noten – durch das Abitur zu schleifen, sondern den Schülern eine Hilfestellung zu geben, ihre eigene Persönlichkeit auszubilden. Dies wird u.a. durch interdisziplinäre Seminare mit Projektcharakter – als »histoire des idées« (Ideengeschichte) tituliert – gefördert. Bei jenen Seminaren wird eine Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln gemeinsam ein Jahr lang bearbeitet.

Fortsetzung auf Seite 8 unten

BETRIEBE

FRANKREICH

»La Conquête du Pain«

Die Eroberung des Brotes durch eine selbstverwaltete Bäckerei

»La conquête du pain« ist eine selbstverwaltete Bäckerei in Montreuil, einem Randviertel von Paris. Etwa 1,7t Mehl werden hier pro Woche verarbeitet und der monatliche Umsatz beläuft sich auf etwa 40.000 Euro. Der namentliche Bezug auf ein Werk Kropotkins wurde mit Absicht gewählt und im Betrieb wird auf Selbstverwaltung gesetzt. Er ist eine Referenz auf Kropotkins gleichnamiges Werk und zeigt die libertär-kommunistische Grundhaltung des Projektes.

»La Conquête du Pain« mit Bäckersleuten, die das Brot erobern Foto: Olaf Wilde

Von Olaf Wilde ● Im Jahr 2010 wurde auf einem Kongress der »Fédération Anarchiste« die Idee geboren, eine selbstverwaltete Bäckerei zu gründen, um »Amaps« (Kooperative zwischen Bauern und Städtern) mit Brot zu beliefern. Es wurde ein Lokal in Montreuil ausfindig gemacht und der Kontakt mit den Anwohnern gesucht, auf deren Wunsch hin auch ein offener Verkaufsraum eingerichtet wurde. Momentan gibt es vier fest Angestellte und zwei Auszubildende. Drei Azubis haben hier bereits ihre Ausbildung zum Bäcker vollendet. Daneben gibt es jede Menge Praktikanten.

Nicht alle Mitarbeiter sind politisch aktiv, aber manche sind es geworden. Der Anspruch der Betreiber ist es, ein politisches Projekt aufzubauen, dass nicht nur politisch aktive Menschen ansprechen soll. Wichtig ist ihnen dabei, ohne Chef und Hierarchie auszukommen. Außerdem erhalten alle den gleichen Lohn. Alle zwei Wochen gibt es eine Vollversammlung und zweimal pro Jahr wird über größere Projekte diskutiert.

Politisch nimmt die Bäckerei mit einem permanenten Infostand und einer kleinen Bibliothek im Verkaufsraum Stellung zu grundlegenden und aktuellen Themen (Anarchie, Antifaschismus etc.). Darüber hinaus wird »La conquête du pain« regelmäßig zu Viertelfeiern, Schul- und Vereinsfesten eingeladen, wo sie ihre politische Meinung vertritt.

Als Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen gibt es »Sozialtarife« und es werden regelmäßig Brotspenden gemacht. Außerdem gibt es mittags Suppe für zwei Euro die Portion. Für Streiks oder besetzte Häuser gibt es Solikassen und kostenlose Brotlieferungen. Darüber hinaus unterstützt die Bäckerei soziale Kämpfe in und um Paris und beliefert zahlreiche »Amaps« mit Brot.

Die Bäckerei wird von den im Viertel lebenden Menschen und vom Staat akzeptiert. Auch das Verhältnis zum Rathaus ist gut und in der Regel wird auf die Anfragen der Bäckerei positiv geantwortet. Nach Pierre, einem der Bäcker, »bietet die Conquête du pain für den Staat eine Möglichkeit sich als moralisch darzustellen. Die Parteien prügeln sich regelrecht um unsere Gunst«. Die Bäcker sehen sich selbst als legale Logistikeinrichtung, nicht als revolutionäres Kampfobjekt. Darüber hinaus betrachten sie das Projekt als Möglichkeit der Vernetzung, müssen aber feststellen, dass es nicht allzu viel gleichartige Projekte gibt. Aber auch über die Praktikanten und Kunden werden die Ideen verbreitet.

Zum Thema Selbstverwaltung wird festgestellt, dass sie wunderbar funktioniert, solange alles läuft. Treten Probleme auf, wird es schwierig. Personen verfallen schnell in autoritäre Verhaltensmuster oder werden zu Autoritäten gemacht, indem sich alle bei einer Person danach erkunden, was denn nun zu tun sei. Doch in Bezug auf dieses Problem wurden schon einige Fortschritte erzielt und Probleme werden inzwischen kollektiv bewältigt. Als Ratschläge an andere Selbstverwaltete Projekte gibt uns die Conquête du Pain mit auf den Weg:

- Das Unternehmen muss ökonomisch stabil sein. Alle müssen sich auf sehr viel Arbeit einstellen. Der Arbeitsaufwand in einem selbstverwalteten Projekt ist höher als in vergleichbaren, hierarchisch organisierten Betrieben.
- Die Beteiligten sollten sich möglichst gut kennen und kennen lernen.
- Es muss sich unbedingt an die selbst aufgestellten Regeln gehalten werden, um die Bildung informeller Autoritäten zu verhindern. Darauf müssen alle Beteiligten achten. Nur so kann der Zustand der Selbstverwaltung bewahrt werden.
- Der Betrieb ist ein Lernprozess, auf den sich alle Beteiligten einlassen müssen.

Die »Conquête du pain« ist ein erfolgreiches Beispiel horizontaler Organisationsformen und kann einem die Selbstverwaltung richtig schmackhaft machen.●

DAS FAHRRADATELIER DYNAMO

Vive le vélo!

Die Anfänge des Fahrradateliers DYNAMO reichen bis in die Häuserszene Nancys des Jahrs 2007 zurück. Ein paar Freunde begannen gemeinsam alte Fahrräder wieder Instand zu setzen und zu verkaufen. In diesem Zusammenhang boten sie auch öffentliche Workshops an, in denen das Reparieren von Fahrrädern erlernt werden konnte. Nach einer »Tour de France« zogen sie in eine 20 qm kleine Garage im Zentrum Nancys und eröffneten das Atelier Dynamo.

Die DYNAMO-Fahrradwerkstatt – Innenansicht Foto: DYNAMO

Von Olaf Wilde ● Für einen Jahresbeitrag von 15-25 Euro kann hier nach Lust und Laune an Fahrrädern herumgebastelt und das vorhandene Werkzeug genutzt werden. Außerdem gibt es jede Menge Ersatzteile. Die Idee ist, dass Radfahren für alle zugänglich sein soll, unabhängig vom Einkommen. Bereits Ende 2007 zählte Dynamo rund 250 Mitglieder. Heute sind es über 1.100 und ein 300qm großes Lokal wurde bezogen. Zur Stammbesatzung gehören drei Festangestellte, zwei Zivildienstleistende und mehr als zehn Freiwillige. Über 600 Fahrräder werden hier jedes Jahr vor dem Müll gerettet und für niedrige Preise (um die 35 Euro) verkauft. Das Lokal hat an fünf Tagen pro Woche geöffnet. DYNAMO ist kein kommerzielles Fahrradgeschäft sondern.... Es wird kein Reparaturservice, dafür jedoch jede Menge Hilfestellung angeboten. »Der Mechaniker bist du« ist ein Hauptmotto in dieser Fahrradwerkstatt. Die Mitglieder tauschen ihr Wissen untereinander aus und lernen voneinander. Dabei soll von allen eine möglichst große Unabhängigkeit erlangt werden.

Darüber hinaus ist DYNAMO ein toller Treffpunkt, um Kontakte zu knüpfen. Hier können auch voll ausgerüstete Fahrräder für Reisen und ein Fahrradanhänger gemietet werden. Für Radtouren wurde auch ein Austauschsystem für Radwanderkarten zwischen den Mitgliedern eingerichtet.

Jeden Donnerstag und Sonntag veranstaltet DYNAMO ein Fahrradpolo in Maxéville, einem Außenviertel von Nancy. Mittwochs gibt es im ehemaligen Lokal Schweißerkurse, bei denen Tandems, Anhänger und jede Menge verrückter Projekte realisiert werden.

Mit einer mobilen Fahrradwerkstatt zieht DYNAMO nach wie vor durch die Gegend und nimmt an Stadtfesten und sonstigen Veranstaltungen teil, um auch denjenigen Möglichkeiten zur Fahrradreparatur zu geben, die es noch nicht bis zum Lokal im Stadtzentrum geschafft haben. Daneben gibt es jede Menge künstlerische Darbietungen rund ums Fahrrad.

Fahrradatelier DYNAMO – Außenansicht Foto: DYNAMO

DYNAMO ist Teil des Netzwerkes »L'heureux cyclage« (glückliches Radfahren, gesprochen ähnlich wie »Recyclen«). Das Fahrrad ist ein umweltfreundliches und freies Fortbewegungsmittel. Deshalb tritt DYNAMO für dessen Förderung ein. Neben der Teilnahme an Festivals auch mit der regelmäßig stattfindenden »Velorution« (eine critical mass action) und vielem mehr.

Darüber hinaus wird die Idee des Recyclings aktiv umgesetzt. Alte Fahrräder werden entweder repariert oder ausgeschlachtet. Aus den Abfällen werden unter anderem Schmuck, Gürtel, Rucksäcke und Lampen hergestellt und alter Kaffe wird als prima Scheuermittel für fettige Hände eingesetzt. Neben dem Reparieren von Fahrrädern wird eine regelrechte »Fahrradkultur« gelebt; Vorträge und Treffen werden organisiert, Filme vorgeführt etc..●

Infos: www.atelierdynamo.fr
Kontakt: contact@altelierdynamo.fr
Adresse: DYNAMO, 35 Grande Rue, 54000 Nancy

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Inwieweit dieses Konzept von Erfolg gekrönt ist, lässt sich schwer in Zahlen messen – und die Schule wurde bezüglich des Verbleibs der Schüler nach ihrem Abschluss noch nicht evaluiert. Fakt ist, dass manch ein Schüler noch mal vorbeischaut, um sich Tipps für das Studium oder Bewerbungen zu holen. »Es ist auch nicht wichtig, dass alle Schüler ihr Abitur machen. Wenn sie in der Zeit am LDTC ein eigenes Projekt für sich entwickeln, dann ist das wichtiger«, resümiert Antoine.

Resümee

So unterschiedlich jene beiden Schulprojekte auf den ersten Blick zu sein scheinen, so sehr verbindet sie doch der Anspruch, den Schüler als Individuum zu sehen, seine Persönlichkeit zu achten und ihm den Freiraum für die eigene Entfaltung zu bieten. Ebenso ist ihnen gemein, dass der Lehrer eine Rolle als Unterstützer einnimmt, was auch ihn selbst anders fordert als an einer regulären Schule. Die Bedeutung jener Ansätze kann man allerdings erst richtig einschätzen, wenn man sich das noch sehr autoritätshörige Bildungssystem in Frankreich vor Augen führt. Schulen wie das LAP und auch das LDTC stehen mit ihren freieren Ansätzen der Pädagogik diametral dem Mainstream der französischen Bildungspolitik entgegen. In ihrer Gegensätzlichkeit zeigen sie aber auch die unterschiedlichen Möglichkeiten auf, Schule anders zu gestalten – sei es im Falle des LAPs als »klassische« freie Schule, oder im Falle vom LDTC als ein alternativpädagogischer Ansatz im Rahmen der regulären Institution als Alternativstruktur.●

1) Die Gründe für eine Unterbrechung in der Schullaufbahn sind bei den Schülern zahlreich und vielfältig. Sie reichen von gesundheitlichen und persönlichen Problemen, über Schwierigkeiten sich in der regulären Struktur zurechtzufinden bis hin zu Gefängnisaufenthalten.
2) Beide Schulen gelten in Frankreich als Eliteschulen und Nachwuchsreservoir der französischen Führungsschicht.

Links:
Centre experimentale de Saint-Nazare
http://lycee.experimental.pagesperso-orange.fr/

Lycée Autogéré Paris
393, Rue de Vaugirard, 75013 Paris
www.l-a-p.org

Lycée du Temps Choisi
48, Avenue de Gobelins, 75015 Paris
www.ac-paris.fr/portail/jcms/p1_72258/le-lycee-du-temps-choisi-ldtc

Collège-Lycée d'Hérouville-Saint-Claire
http://lcs.cle.lyc14.ac-caen.fr/~spipc/

Literatur

Collectif d'élèves et de professeurs: Une fabrique de Libertés. Le Lycée Autogéré de Paris, Editions Repas Valence 2012.

Marie-Anne Hugon: Rescolariser et préparer au baccalauréat des jeunes en rupture: l' experiénce du Lycée du Temps Choisi (www.inrp.fr/Acces/Innova/Savoirs_nouveaux/Etudes_de_cas/Egalite_chances/F rance_1_08.htm)

Hugues Lenoir: Précis d'éducation libertaire, Edition du Monde Libertaire Paris 2011.

Maria Papantaoniou: Elements d'une analyse institutionnelle du Lycée Autogéré de Paris (LAP): réflexion théoretique et recherche ethnographique, Dissertation Paris VIII 2010. (http://1.static.e-corpus.org/download/notice_file/1568298/PAPANTONIOU.pdf)

M. L. Viaud: »Des collèges et des lycées différents«, Presse Universitaire de la France Paris 2005.

DIY / NANCY

FRANKREICH

»Nancy bastelt«

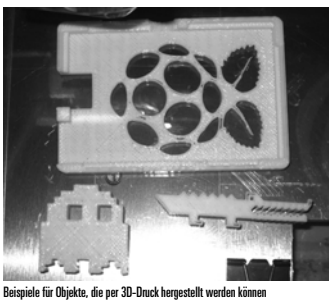
Sich die geistigen und materiellen Produktionsmittel zurückerobern

Für die Schaffung einer emanzipierten Gesellschaft ist der Besitz der Produktionsmittel unerlässlich, sowohl der materiellen, als auch der geistigen. Zu den materiellen Produktionsmitteln gehören neben Rohstoffen auch die Werkzeuge und Maschinen, die zu deren Verarbeitung notwendig sind und uns den Alltag erleichtern. Geistige Produktionsmittel sind unter anderem das Wissen, diese Maschinen zu bedienen und Baupläne der Objekte, die hergestellt werden sollen oder Programme.

Von Olaf Wilde ● Und genau hier setzen die Ideen des DIYs (Do it yourself – mach es selber) und der Hackerspaces an. Wissen soll gemeinsam erarbeitet und verbreitet werden. Pioniere auf diesem Gebiet sind der Chaos-Computer-Club (CCC) und verschiedene »Hackerspaces«. Ein weiterer Startpunkt sind so genannte Fab-Labs (fabrication laboratory), die auf die Idee eines Professors des Massachusetts Institute of Technology (MIT) zurückgehen und sich nach dem Schneeballprinzip ausbreiten.

Das Herz von NYBI, Versammlungs- und Bastelort Fotos: Olaf Wilde

NYBI steht für »NancY BIdouille« (übersetzt ungefähr »Nancy bastelt«) und gesellt sich in diesen Kontext. Die Geschichte von NIBY begann im Jahr 2010, als sich verschiedene Leute zusammenfanden, in deren Köpfen seit einiger Zeit die gleiche Idee herumschwirrte. Bereits beim ersten Treffen waren zahlreiche Personen anwesend. Ein Verein wurde gegründet und ein Lokal angemietet und über mehrere Monate, ganz in DIY-Manier, von den Bastlerinnen und Bastlern selbst renoviert. Es handelt sich um ein Haus mit etwa 300qm Nutzfläche, das von mehreren Organisationen geteilt wird. Im September 2011 wurde das Projekt dann mit einem Tag der offenen Tür eröffnet. Neben NYBI gibt es noch die Kleinstbrauerei »Grenaille«, die künstlerische Meditationsgruppe »Atelier des Traverses« und die Fahrradwerkstatt »Dynamo« (siehe Seite 8), die hier zwei Lagerräume hat. Die Mietkosten werden aus den Beiträgen der Vereinsmitglieder gedeckt. Hinzu kommen punktuelle Spenden und ab und zu Fördermittel für bestimmte Projekte. Die Unabhängigkeit von staatlichen Subventionen ist ein erklärtes Prinzip des Vereins.



Beispiele für Objekte, die per 3D-Druck hergestellt werden können

Die Organisationsstruktur von NYBI ist die eines eingetragenen Vereins. Es gibt einen Vorsitzenden, der jedoch nur eine organisatorische Rolle ausübt und nicht assoziation an mehr Macht, als alle anderen Mitglieder. Es wird sich stark an den Prinzipien der freien Software, der »Duokratie« orientiert. Entscheidungen werden nach dem »weichen Konsensprinzip« gefällt. »Weicher Konsens« bedeutet, dass es sich um einen Konsens aus den ausgesprochenen Meinungen handeln soll. Essentielles Werkzeug hierfür ist eine Diskussionsliste, auf der in der Regel zwei Wochen lang über anstehende Entscheidungen diskutiert werden kann. Besteht nach dieser Frist Uneinigkeit wird die Entscheidung verschoben. Bei den Diskussionen haben die Stimmen der Leute, die die Arbeit ausführen, ein größeres Gewicht, als die derjenigen, die am Arbeitsprozess nicht beteiligt sind. Wer nicht betroffen ist und über kein entsprechendes Fachwissen verfügt, soll den Entscheidungsprozess nicht unnötig aufhalten. Hierbei soll keine Hierarchie entstehen, aber es soll vermieden werden, dass sich Diskussionen unnötig in die Länge ziehen, weil sich Unbeteiligte einmischen. Um Blockadehaltungen zu verhindern soll bei Abweisung eines Vorschlages gleichzeitig ein Gegenvorschlag eingebracht werden. Sollte dennoch einmal keine Einigkeit erzielt werden können, sollen die Entscheidungen per 2/3 Mehrheit gefällt werden können, was bisher jedoch noch nicht der Fall war. Bisher funktioniert dieses Organisationsmodell recht gut.

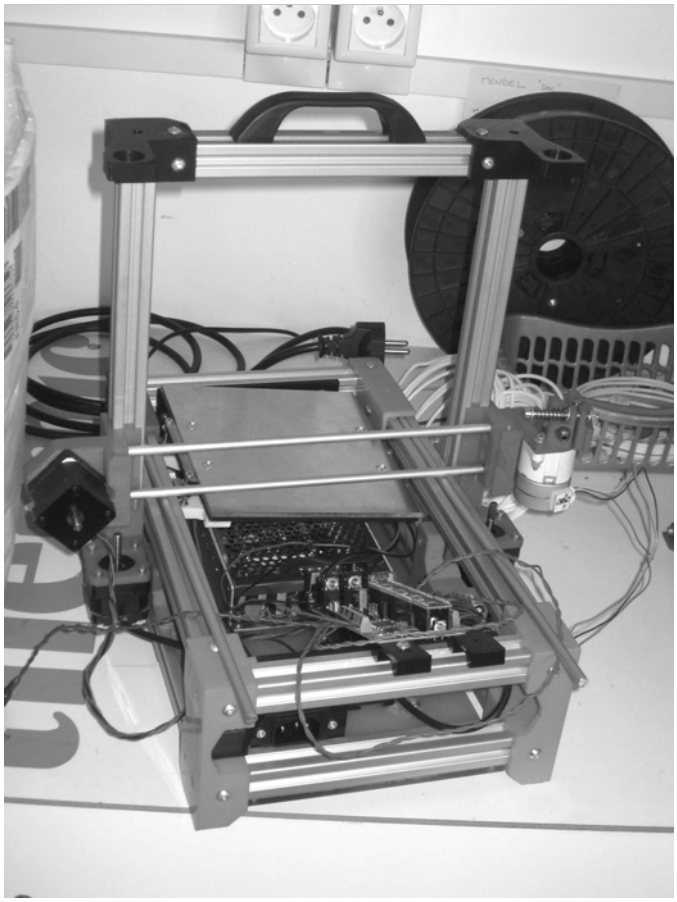
Das Ziel von NYBI ist es, ein Lokal zu teilen, in dem Ressourcen, Produktionsmittel und Fähigkeiten geteilt werden. Außerdem werden eigene Ideen entwickelt und deren Baupläne veröffentlicht. Es handelt sich um die Übertragung des Open-Source-Gedankens von Software auf Hardware, also von einer digitalen in eine materielle Welt.

Eine politisch einheitliche Position wird von NYBI nicht vertreten, allerdings treffen sich hier viele verschiedene, engagierte Personen und diskutieren miteinander. Der Mangel an einer gemeinsamen Theorie wird jedoch durch direkte Aktionen ausgeglichen. Das Motto dabei: »Deine Theorie muss aus deinen Taten hervorgehen«. Das NYBI ist also sehr praxisorientiert. Da im Teilen und Verbreiten von Wissen sowie dem Aneignen von Fähigkeiten ein großes emanzipatorisches Potential liegt, entsteht dabei eine eigene emanzipatorische Theorie, die sich ständig weiterentwickelt. Ein weiteres Ziel liegt darin, die vorhandenen Produktionsmittel zu reproduzieren und zu reparieren. Außerdem sollen diese robust und in ihrem gesamten »Lebenszyklus« möglichst umweltfreundlich sein. Durch den direkten Schaffungsprozess ist der Produktionszyklus der Gegenstände, die im NYBI hergestellt werden sehr kurz und überschaubar, was die Transparenz bezüglich des Lebenszyklus der Produkte enorm erhöht und es ermöglicht, ressourcen- und umweltschonend in den Produktionsprozess einzugreifen. Und natürlich kommt dabei die Freude am selbst geschaffenen Objekt nicht zu kurz!

Abgesehen von einem Nachbarschaftsstreit mit einem Pärchen, dem es gar nicht gefiel, dass das seit 15 Jahren leerstehende Objekt plötzlich wieder mit Leben erfüllt wurde, ist das Verhältnis zur Umgebung äußerst gut. Jeden Mittwoch gibt es ein offenes Treffen und es erscheinen fast immer neue Leute, die meistens über Mund-zu-Mund-Propaganda von NYBI erfahren haben und neugierig geworden sind. Manchmal bringen sie auch defekte Geräte mit, die dann gemeinsam repariert werden. Neben eigenen öffentlichen Veranstaltungen nimmt das NYBI auch an verschiedenen Konferenzen und (DIY)Festivals teil und begeistert dabei jedes mal wieder aufs Neue.

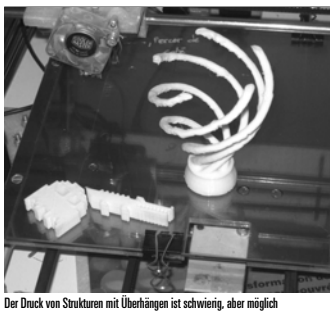
Ein besonderes Highligt ist ein selbst konstruierter und gebauter 3D-Drucker, der Objekte aus biodegradablem Plastik »drucken« kann. Das Prinzip des Druckers ist eigentlich recht einfach: Zunächst wird mit Hilfe eines CAD-Programmes ein Modell des gewünschten Objektes erstellt, was dann Schicht für Schicht vom Druckkopf aus auf eine Platine gegossen wird. Ein Mitglied des NYBI ist zugleich Entwickler und Produzent des ersten faltbaren 3D-Druckers der Welt! Selbstverständlich sind die Baupläne dafür frei im Netz zu finden. Notwendige Bauteile sind ein paar Standard-Alurahmen, ein paar leicht erhältliche elektronische Komponenten und ein paar Halterungen, die mit einem 3D-Drucker hergestellt werden können. Es handelt sich also um eine Maschine mit Fähigkeit zur Selbstreproduktion. Alles in allem liegen die Materialkosten für einen solchen DIY-3D-Drucker bei etwa 500-600 Euro. Und genau deshalb liegt das NYBI das erste mal unter Beschuss durch große Unternehmen, die 3D-Drucker herstellen. Diese Technologie existiert seit etwa 20 Jahren, der Handelspreis liegt jedoch selbst heute noch bei etwa 2.000 bis 20.000 Euro!

Die Copyrightproblematik stellt das NYBI, wie auch die gesamte DIY- und Hackerszene, vor eine ziemliche Herausforderung, die jedoch recht zuversichtlich angenommen wird. Es ist juristisch schwer, einen Prozess gegen jemanden wegen freiem Informationsaustausch zu führen, der daraus keinen Profit schlägt. Ein Polizeieinsatz, um den Computer eines 10-jährigen Mädchens zu beschlagnahmen, mit dem zwei Lieder illegal heruntergeladen wurden, ist einfach lächerlich. Doch genau in diese Richtung stoßen Gesetzesinitiativen wie das abgeschmetterte ACTA (1), was nun in aller Stille als CETA (2) eingeführt werden soll. Widerstand gegen solche Gesetze ist notwendig, wenn wir Handlungsfreiheit erlangen und behalten wollen.



Der weltweit erste faltbare 3D-Drucker wurde von einem Mitglied des NYBI konstruiert. Im Sinne des Open-Source-Gedankens sind die Baupläne frei verfügbar

Große Industrien zeigen sich besorgt darüber, dass es uns gelingen könnte, uns Produktionsmittel und Wissen neu anzueignen. Einzig eine große Baumarktkette zeigt sich erfreut über die aufkommenden Fab-Labs und überlegt sogar solche Bastelecken in ihren Filialen einzurichten. Fakt ist, dass Ideen nicht durch Gerichtsprozesse vernichtet werden können und dass es immer Menschen geben wird, die mit Kreativität und Schaffensfreude an einer emanzipatorischen, freien Welt basteln werden!



Der Druck von Strukturen mit Überhängen ist schwierig, aber möglich

Als Ratschlag für andere Projekte gibt uns NYBI mit auf den Weg, dass es wichtig ist, sich zu vernetzen und auszutauschen. Daneben ist der Kontakt mit der Nachbarschaft sehr wichtig. So gibt es beispielsweise gut funktionierende »Hackerlands«, also »Hackerspaces«, die aus der Stadt aufs Land gezogen sind und auf selbstverwalteten Höfen frei herumbasteln. Dabei entsteht so manche futuristisch anmutende Landwirtschaftsmaschine. Das Verhältnis solcher Projekte zu ihrer Nachbarschaft ist meistens sehr gut, solange die Projekte offen sind und respektvoll mit den Menschen umgehen.

Und um mit einem Zitat zu enden: »Es ist besser um Entschuldigung zu bitten, als nach einer Erlaubnis zu fragen. Es gibt immer eine Möglichkeit, sich zu arrangieren, solange alle Beteiligten verantwortungsvoll handeln«.●

1) **ACTA:** Anti-Counterfeiting Trade Agreement (=Anti-Produktpiraterie-Abkommen), geplantes internationales Handelsabkommen gegen Produktpiraterie. Da der Entwurf gegen zahlreiche Menschenrechte verstieß (u.a. Informationsfreiheit, Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit, Zugang zu Medikamenten, Achtung der Privatsphäre, Recht auf angemessenes Verfahren) und es zahlreiche Protestbewegungen gab, wurde ACTA am 4. Juli 2012 vom Europäischen Parlament abgelehnt.

2) **CETA:** Comprehensive Economic and Trade Agreement ist ein geplantes europäisch-kanadisches Abkommen. In einigen Teilen entspricht CETA dem ACTA-Text bis auf's Wort. CETA ist nicht der einzige Versuch, ACTA wieder auferstehen zu lassen (z.B.: TPP, IPRED), Wachsamkeit ist also angesagt!

Weiterführende Links:
NYBI: http://nybi.cc
Eine Liste mit Hackerspaces:
http://hackerspaces.org/ wiki
Maschinen für den Bau einer bäuerlich-technischen Gesellschaft:
http://opensourceecology.org/wiki/Global_Village_Construction_Set

NOTRE DAMES DES LANDES

FRANKREICH

Platz für Experimente

Den Gegnern des französischen Flughafens »Notre Dames des Landes« geht es nicht nur um Ökologie und Fluglärm – sie verteidigen derzeit gegen Militär und Polizei ihre eigens geschaffene »antikapitalistische Insel«.

Von Susanne Götze, Notre Dame des Landes ● In Frankreich wird die größte besetzte Zone Europas geräumt. Doch Bauern, Autonome und Umweltschützer leisten Widerstand. Seit mehr als vier Jahren leben über 200 Aktivisten zusammen mit Einheimischen auf dem Gelände des zukünftigen Flughafens »Notre Dames des Landes« (Gemeinde in der Region Pays de la Loire). Seit zwei Wochen räumt die Regierung Hollande mit 500 Militärs – die Bewohner jedoch sind entschlossen zu bleiben.

Ganz Frankreich ist im Hollandefieber. Ganz Frankreich? Nein! Ein von unbeugsamem »Zadisten« bewohntes Gebiet im Norden von Nantes leistet Widerstand. In der »ZAD« (Zone à Defense – die zu verteidigende Zone) leben auf 1.600 Hektar Land rund 200 Gegner von Hollandes Vorzeigebauprojekt: Dem Großflughafen »Notre Dame des Landes«. Auf dem Gelände des Flughafenbetreibers Vinci geht so einiges vor sich: Barrikaden, Straßenkämpfe, Tränengas, Räumungen. In den letzten zwei Wochen waren hier hunderte Militärs und Polizisten im Einsatz. Von der bretonischen Stadt Nantes aus nähert man sich über kleine verschlafene Dörfer dem »ZAD«. Es gibt keinen »Einschlammigen Boden watend, muss über aufwendig gestapelte Bretter, Drähte, Autoreifen und sonstigen Müll gestiegen werden. Das »Sabot« ist ein Ort wie aus Henri David Thoreau's Roman »Walden«: Eine ausgebaute Laube vor der sich ein riesiger Garten erstreckt.

»Die Ernte können wir nun vergessen«, erklärt Sabot-Bewohnerin Lisa, »Das Tränengas hat uns den Boden und das Gemüse zerstört«. Letzte Woche seien auf diesem Boden vier Stunden lang hunderte Tränengasbomben niedergegangen. Lisa lebt hier schon seit sieben Monaten. Die 31jährige aus dem Rheinland kam eher durch Zufall ins ZAD und ist dann »hängengeblieben«. Geld habe sie zwar keines mehr aber im Sabot komme man mit sehr wenig aus: »Hier habe ich gelernt, wie man Ackerbau betreibt, Gemüse anbaut und sich fast vollständig selbst versorgt – wir sind zu 80 Prozent autonom«. In der Laubenküche sitzt das »Sabot-Kollektiv«. Es wird Gemüsesuppe gekocht, Kaffee getrunken, geraucht und wild diskutiert. »Der Flughafen ist nur ein Symbol, uns geht es um viel mehr«, erklärt Lisa, die sich in ihren dicken Wollpulli kuschelt. Kapitalismus, das sei ewiges Wachstum, Konsum, Druck, Schnelligkeit – kurz ein Wahnsinn für Mensch und Natur. »Hier wird nicht nur das ZAD-Gelände einbetoniert, sondern es werden Hochgeschwindigkeitstrassen verlegt, Straßen und Einkaufszentren gebaut – alles was das System am Laufen hält«. Die Zadisten wollen der kapitalistischen Ökonomie ein Leben der Selbstbestimmung, Autonomie und der Gemeinschaft entgegensetzen.

gang« oder eine Grenzlinie aber dennoch merkt man schnell, dass hier etwas nicht stimmt. Auch stürzen keine wilden Gallier mit Holzknüppeln aus dem Dickicht der Straßenböschung, doch nach dem ersten Kilometer in der »Zone« tauchen die ersten Barrikaden auf. Diese versperren vor allem die Seitenarme der Hauptstraße und wollen so gar nicht in die malerische Landschaft passen. »Stopp l'aeroport« (Stoppt den Flughafen), »ralentir« (verlangsamen) oder auch Sprüche wie »Être des cons pressé ou être décompresser« (entweder ein gestresster Depp sein oder relaxen) wurden von eifrigen Aktivisten auf Straßen, Häuser und Schilder gesprüht.

Seit 40 Jahren wehren sich die Bewohner schon gegen die Pläne, auf den malerischen Wäldern, Wiesen und Ackerflächen Landebahnen und Terminals zu bauen. Die ersten Aktivisten und Besetzer kamen 2007. Was jahrzehntelang am Widerstand der Bewohner und finanziellen Engpässen scheiterte, soll nun unter der neuen Regierung Hollande endlich umgesetzt werden. Gegen das zwei Milliarden teure Projekt wird aber nicht mit herkömmlichen Methoden protestiert: Statt nur Demonstrationen zu organisieren, Unterschriftenlisten oder Flugblätter zu verteilen, haben viele Gegner des Projektes das Terrain seit mehr als vier Jahren besetzt. Sie wohnen in Wohnwagen, Bauhäusern und auf verlassenen Gehöften.

An einer Weggabelung mitten im Nirgendwo stehen leere Tische und Stühle, niemand ist zu sehen. Doch schon nach wenigen Minuten taucht der erste »Zadist« auf: Eine Heugabel in der Hand und ein Tandem schiebend, geleitet Marcel Besucher gerne ins nahegelegene »Sabot« – einem der dreißig Stützpunkte der Aktivisten. Der Weg ist nicht leicht: Durch den

Auch wenn die Zone komplett dezentral organisiert ist und jede Zelle ihre eigenen Regeln hat, werden gemeinsam Demos, Plenas und Konzerte organisiert. Auch ein Theater soll es gegeben haben, bevor die Polizei das Gebäude zerstörte. Eine kollektive Radio-AG hat die Frequenz des Unternehmensradios Vinci »gesquattet«. Im ZAD-Radio »Klaxon« laufen alte Aufnahme von Brechtliedern: »Denn für dieses Leben ist der Mensch nicht schlau genug«. Die Stimmung im ZAD ist trotz endlosem Regen, Schlamm und Kälte entschlossen. In der »Vacherie«, einem Ort für Neuankömmlinge und geräumte Zadisten, ist die Stimmung leicht angespannt. Niemand weiß, wann die Polizei wieder kommt, wen sie als nächstes räumt, festnimmt oder welche Strafen sie verhängen wird.

Es ist Sonntagmorgen, dicke graue Wolken ziehen am Himmel, es nieselt leicht. »Heute ist gutes Wetter«, meint Sam, der gerade aus der Gemeinschaftsküche der »Vacherie« stolpert. Seit Wochen habe es nur geregnet, alles sei durchnässt, die Sachen würden gar nicht mehr trocken. Sams Gummistiefel sind voll braunem Schlamm. Um sich ein wenig zu wärmen geht er rüber zum gemeinsamen Lagerfeuer, das hier rund um die Uhr vor sich hin fackelt. Küche, Feuer, Waschzuber und Wäscheausgabe – alles unter dem Vordach der alten Scheune. In der »Küche« türmen sich Kochutensilien, in der Mitte stehen Kisten voller frischem Gemüse der Saison: Kartoffel, Karotten und enorm große Zuccini und Kürbisse. Wo jetzt rund 30 junge Leute campen, stehen sonst die Maschinen des Besitzers, der ihnen Platz gemacht hat. Die 80jährige Mann hat eigentlich nicht viel mit Hausbesetzern, Autonomen oder Umweltschützern zu tun. Doch auch er soll geräumt werden – das schweißt zusammen. Der

Fotos: Adrien Tasic

alte Mann habe sogar schon mit seinem Trecker Baumstämme für die Barrikaden rangeschafft, erzählt Sam. Der 27jährige Franzose ist wie viele hier erst vor ein paar Wochen zu den Besetzern gestoßen. »Unsere Körper sind das einzige, was wir denen entgegenstellen können«, erklärt er entschlossen. Doch das sei nicht alles: »Auch wenn ich hier nicht geboren oder aufgewachsen bin, will ich dieses Stück Erde hier bis zum letzten verteidigen«. Er sei hier, um wie Lisa aus dem Sabot zusammen mit den anderen »Zadisten« eine Alternative zum Kapitalismus aufzubauen: Zeigen wie es anders geht, ohne Geld und in Gemeinschaft alles zu teilen.

Die Nachbarin Marie sieht das ein wenig anders. Die Angestellte ist Ende Dreißig und hat eigentlich keine Lust »alles zu teilen«, ohne Geld zu leben und ihr Privateigentum aufzugeben: »Ich brauche meinen Comfort und könnte nicht in Wohnwagen oder Baumhäusern leben«, meint sie bei einem abendlichen Rotwein vor ihrem Kamin. Sie wohnt im Gegensatz zu Sam und Lisa schon seit 20 Jahren hier und ist mit Land und Leuten verwurzelt. »Trotzdem habe ich von diesen engagierten jungen Leuten eine Menge gelernt«, gesteht sie ein. Zwar wohnt sie noch »ganz normal« in ihrem Bauernhaus, doch bei ihr gehen die Besetzer ein und aus: Wäsche waschen, Werkzeug ausleihen, duschen oder einfach nur auf ein gutes Glas Wein. »Sie haben mir beigebracht, die Dinge etwas lockerer zu sehen und ich habe ihnen das Weintrinken angewöhnt«, sagt sie und schmunzelt verschmitzt. Ganz am Anfang im Jahr 2009 sei das Zusammenleben nicht ganz so einfach gewesen. Beide Seiten hätten erst aufeinander zugehen müssen. Mittlerweile könne man sich das Leben aber gar nicht mehr ohne einander vorstellen, meint Marie – nicht ohne ein wenig Angst in der Stimme. »Es liegt gerade etwas in der Luft hier und die Leute rücken noch enger zusammen«. Im Garten von Maries kleiner Familie steht seit den ersten Räumungen ein riesiger Wohn-LKW. Dort wohnen nun fünf »Zadisten«, die bei ihr ein und aus gehen. Sie hat gegen die Räumung geklagt und hofft das Unvermeidliche noch einige Monate aufschieben zu können. Hinter Maries Garten ist ein Feld und ein kleines Wäldchen. Dort leben die Zadisten in Baumhäusern. Doch auch hier wurde schon geräumt und das Gemeinschaftsbaumhaus abgerissen.

Doch kaum haben die Polizisten ein Haus mit Gewalt geräumt, niedergebrannt oder einen Wohnwagen zerstört, wird gleich der nächste Platz besetzt. Seit den Räumungen habe sich die Zahl der Besetzer auf dem »ZAD« nicht verringert, sondern durch neue Unterstützer erheblich erhöht, erklären Lisa vom Sabot und ihre Mitstreiter. Ende November kamen zehntausende, um die Besetzer mit einer Demo zu unterstützen. »Ich hoffe, dass noch viele Leute aus ganz Europa kommen«, hoffen Lisa und auch ihre Mitstreiter. Immerhin ist der Flughafen mittlerweile auch in den großen Medien voll angekommen und auch die Regierung kann dank der Besetzer das Projekt nicht einfach ungestört durchziehen. Wie lange die besetzte Zone noch den ständigen Räumungen und Repressionen standhalten wird, weiß auch im ZAD niemand. Klar ist nur, dass der Winter hart wird und die »Zadisten« mehr als einen Schluck vom Zaubertrank brauchen, um durchzuhalten.●

VERANSTALTUNG

Anarchie dans la France aujourd'hui
– Anarchie im heutigen Frankreich

Seit jeher richtete sich der Blick der deutschen Revolutionäre auf Frankreich – sei es bezogen auf die praktischen Erfahrungen von der 1789er Revolution, der Pariser Commune von 1871 und dem Mai 1968 der französischen Hauptstadt, oder auf die theoretischen, sozialistischen Traktate, aus denen nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels kräftig schöpften und Anregungen übernahmen. Frankreich gilt neben Spanien und der Ukraine als eines der Länder, in denen anarchistische Utopien erprobt wurden und wo sich eine lange entsprechende Tradition gehalten hat. Auch heute noch verfügt das Nachbarland über eine im Vergleich zu Deutschland sehr mitgliederstarke und lebendige libertäre Subkultur, die sich sowohl in den traditionellen Strukturen wie der anarcho-syndikalistischen CNT und der Fédération Anarchiste als auch in Kollektivbetrieben und Basisstrukturen spiegelt.

Margot Verdier und unser ehemaliger A-Laden-Mitstreiter Maurice Schuhmann – mittlerweile französischer Hochschuldozent, beide Mitglieder der Fédération Anarchiste in Paris, berichten über die aktuelle Situation der anarchistischen Szene im Nachbarland Frankreich und stehen für eine Diskussion zur Verfügung. Dabei geht es sowohl um den subkulturellen Anarchismus als auch selbstverwaltete Strukturen und Gruppen.

Termin: 27. Februar, 19 Uhr im Baiz, Torstrasse / Christinenstrasse 1, 10119 Berlin

KOMMUNE LOSSEHOF

Mein Ausstieg

Das »Los Geht's« Treffen 2011 für Kommune-Interessierte fand auf einem Gelände in der Nähe der Kommune Niederkaufungen statt, dem Lossehof. Dieser war mit einer Kaufoption versehen und es bildete sich schnell eine Gruppe, die auf dem Lossehof ihre Vorstellungen von gemeinschaftlichem Leben und Arbeiten verwirklichen wollen.
Im Frühjahr 2012 ging es tatsächlich los! In unseren Ausgaben vom Sommer und September 2012 stellte unsere Autorin Claudia das Projekt in der Aufbruchstimmung vor und CONTRASTE vereinbarte, in loser Folge über den weiteren Fortschritt des Projektes zu berichten. Leider ist unsere Autorin mittlerweile aus dem Projekt ausgestiegen, sie berichtet nachfolgend über ihre Gründe. CONTRASTE möchte das Projekt weiterhin begleiten und hofft nun, dass ein Kommunemitglied die Berichterstattung übernimmt.

Foto: Lossehof e.V.

Von Claudia Herbst ● Seit dem Start im Frühjahr 2012 hat sich die Gruppenstruktur verändert. Fünf Personen sind ausgestiegen (zwei Frauen, ein Mann und zwei Kinder). Es sind jetzt noch fünf Frauen, zehn Männer und fünf Kinder in der festen Gruppe. Dazu kommen eine Frau und ein Mann, die in eine einjährige Probezeit gegangen sind. Eine weitere Frau beginnt im Frühjahr 2013 ihre Probezeit. Es gibt für weitere Einstiege eine Geschlechterquote. Es müssen mindestens zwei Frauen kommen, bevor der nächste Mann einzieht.

Ich selbst habe die Kommune im September 2012 nach zweieinhalb Monaten Mitgliedschaft verlassen. Damit sind einige Träume für mich vorerst geplatzt: das Erdbeerbeet, das Baumhaus für die Kinder, die Obstwiese, viele Abende am Lagerfeuer. Und natürlich das Zusammenleben in einer größeren Gemeinschaft, wo sich die verschiedenen Menschen gegenseitig ergänzen und was sie haben, teilen.

Mein persönlicher Kontakt zu einigen in der Gruppe ist gut und auch die Kinder sind mit Kommunekindern befreundet. Sie haben Paten, mit denen sie einen Nachmittag die Woche verbringen. Das erleichtert mir den Alltag und es haben alle Spaß daran. Trotz aller netten Kontakte möchte ich die Kommune als Institution mit ihren derzeitigen Strukturen nicht mehr unterstützen.

Hoffnungsvoll stürzte ich mich im Sommer ins Abenteuer Kommune. Den Umzug durch die halbe Republik, die Trennung der Kinder von ihrem Vater und eine provisorische Wohnsituation nahm ich dabei in Kauf, weil ich glaubte, ein Projekt zu finden, wo ich erstens besser und zweitens konsequenter nach meinen politischen Vorstellungen leben könnte.

Den Umzug nach Kaufungen bereue ich nicht. Es hat sich dadurch für mich vieles positiv entwickelt. Zusätzlich nach meinem Ausstieg aus der Kommune, denn jetzt habe ich mehr Zeit. Vorher wurde meine spärliche Freizeit als alleinerziehende Mutter von Plena, Kommunediensten und allerlei (Kommune-)organisatorischem aufgefressen. Nun kann ich auch die Kontakte zu mir lieben Menschen aus der Kommune mehr genießen.

Was meine politischen Vorstellungen angeht: Ich war davon ausgegangen, dass wir uns Strukturen aufbauen würden, die Hierarchien möglichst vermeiden. Aber im Gegenteil wurde mit einer zentralen Verwaltung, die keine regelmäßigen Arbeitsberichte vorstellt und noch nicht einmal ein klares Arbeitsprofil besitzt, eine Struktur etabliert, die zu einer klaren Informationshierarchie führt.

Einer kennt so gut wie alle entscheidungsrelevanten Daten – die anderen müssen nachfragen. Oder selbst nachrecherchieren. Das können sie immerhin, da der Zugang zur Verwaltung allen offen steht. Daneben gibt es einen regelmäßigen Verwaltungsnewsletter, der allerdings wenige neutrale Daten enthält, sondern zum großen Teil aus persönlichen Interpretationen von Wirtschaftsdaten, Meinungsäußerungen und Mitteilungen über die Befindlichkeit des Verwaltungschefs besteht. Wer unter solchen Voraussetzungen unabhängige Entscheidungen treffen kann, weiß ich nicht.

Immerhin sind nun Reformen in Sicht: ein Verwaltungsbeirat als Kontrollgremium und die Abgabe kleinerer Verwaltungsaufgaben an andere KommunardInnen. Da die Organisation der Verwaltung selbst nicht transparent ist (fehlendes Arbeitsprofil, keine regelmäßigen Arbeitsberichte), wird nun ein Kontrollgremium als etwas besser informierte Mittlerinstanz zwischen Verwaltung und Gruppe eingerichtet. Bemerkenswert finde ich, dass die Verwaltung Assistenz bei ihren Aufgaben erhalten soll, obwohl nicht einmal geklärt ist, welchen Umfang die Verwaltungstätigkeiten haben.

Auch am Sozialplenum hat mich einiges gestört: Es werden dort Elemente aus der Radikalen Therapie praktiziert – ein individualpsychologischer Ansatz, der den Fokus auf die persönlich-zwischenmenschliche Ebene richtet. In den Sitzungen sprechen die TeilnehmerInnen über sich selbst und wie sie sich fühlen. Dazu gibt es die Möglichkeit, Rückmeldungen zu geben und zu erhalten. Das kann sinnvoll sein, um sich gegenseitig besser kennen zu lernen und über persönliche Themen und Konflikte zu sprechen, ist, wenn man zusammen lebt, sicher gut und richtig. Allerdings erlebte ich diese individualisierende Methode als unzureichend für andere Themen des sozialen Miteinanders.

Ich hätte mir eine Ergänzung der sozialen Methoden um ein gruppenpsychologisch orientiertes Element und die regelmäßige Überprüfung der internen Strukturen in ihren Auswirkungen auf die Einzelnen gewünscht.

In einer E-mail an die Kommune schrieb ich, dass ich überlegte, auszusteigen, wenn sich an der Verwaltungsstruktur und den Methoden im Sozialplenum nichts ändert. Ich machte mir die Mühe ein Konzept zu erstellen, wie die Gruppe zu einer Verwaltung mit einem klaren Aufgabenprofil kommen könnte. Die Gruppe wollte aber an der bestehenden Verwaltungsstruktur und zunächst auch an den individualisierenden Methoden des Sozialplenums festhalten. Mir wurde klar, dass sich meine Vorstellungen vom Zusammenleben hier nicht verwirklichen ließen und entschied mich, auszusteigen. Ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, dass es auch persönliche Konflikte gab, die sich zwar als lösbar erwiesen, mich in meinem ohnehin stressigen Alltag aber immer wieder zusätzlich belasteten. Ein weiterer Grund, mich zu distanzieren, denn ich fand zu wenig Erholung.

Nach meinem Ausstieg zog ich in eine andere Kommune-WG um. Die alte Wohnung war zu feucht und kalt und es waren einige Baumaßnahmen angekündigt. Außerdem fühlte ich mich dort allein, da es kaum gemeinsamen Alltag mit den anderen BewohnerInnen gab und ich wollte mit der anderen Alleinerziehenden aus dem Projekt zusammen ziehen. Das Haus gehört nicht der Kommune, sondern ist angemietet und soll längerfristig aufgegeben werden, wenn genügend Wohnraum auf dem Lossehof geschaffen wurde.

Ursprünglich als Übergangslösung bis zu meinem Auszug aus der Kommune geplant, entwickelte sich die neue WG immer mehr zu einem Zuhause. Ich würde gern dort bleiben und auch die anderen im Haus wohnen gern mit mir und den Kindern zusammen. Mit einer Ausnahme: Ein Mitbewohner fühlt sich in der neuen Konstellation nicht wohl, ist aber damit einverstanden, wenn wir bleiben und würde in eine andere Kommune-WG ziehen. Meine Mitbewohnerin hat dem Plenum der Kommune den Vorschlag gemacht, dass wir bleiben können, solange es mit der restlichen WG passt. Das wurde abgelehnt. Es ist nicht klar, wie eine Lösung des Konflikts aussehen kann. Ich habe jedenfalls nicht vor, unser soziales Umfeld und die gegenseitige Unterstützung mit einer anderen Alleinerziehenden einfach aufzugeben.

Nachtrag Ende Dezember 2012:

Ein Kommunarde hat sich bei der CONTRASTE-Redaktion gemeldet, um gegen das Erscheinen dieses Artikels vorzugehen. Die Redaktion hat sich entschieden, ihn so wie er ist, zu veröffentlichen und dem Lossehof einen Artikel in der Folgeausgabe angeboten, den ein Kommunemitglied schreiben wird.

Außerdem neu: Vor ein paar Wochen ist unser unzufriedener Mitbewohner in eine andere Kommune-WG gezogen. Die anderen haben sich nun entschieden, gemeinsam aus der Kommune auszusteigen. Damit gehört ein Standort nicht mehr zur dezentralen Kommune. Es bleiben: drei Lossehof-WGs (vier Frauen, neun Männer und vier Kinder) und unser SeparatistInnengrüppchen (zwei Frauen, ein Mann, drei Kinder).●

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Land muss Umweltaktivistin Schmerzensgeld zahlen
Am 15. Juli 2009 wurde die Kletteraktivistin Cécile Lecomte in Gießen verhaftet und bis zum nächsten Tag festgehalten – zur »Verhinderung politisch motivierter Aktionen«, wie es in einem Polizeibericht zur Begründung hieß. Ihr Vergehen war ein Kreidespruch gegen die Gentechnik an der Fassade das Landgerichtes Gießen in vier Meter Höhe (Prozess gegen Feldbefreier von 2006). Die Polizeimaßnahme wurde sowohl durch das Frankfurter Oberlandesgericht als auch das Gießener Verwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt, die beteiligten Polizeibeamten jedoch nie belangt. Das Verfahren gegen sie wegen Freiheitsberaubung wurde von der Staatsanwaltschaft wegen Geringfügigkeit eingestellt – was für Empörung sorgte. Cécile Lecomte gab sich mit der Entscheidung ohne Folgen für die Polizei nicht zufrieden und verklagte das Land Hessen zivilrechtlich auf 1.500 Euro Schmerzensgeld. Jetzt setzte sie sich durch (Az. 4 O 298/12, Landgericht Gießen, Quelle: http://blog.eichhoernchen.fr/post/Schmerzensgeld-fuerKletteraktivistin-nach-rechtswidrigem-Freiheitsentzug und Gießener Allgemeine, 17.12.2012).

Lange Leitungen: Genfelder-Verfahren aus 2008
Das Strafurteil gegen drei der sechs FeldbefreierInnen von Gatersleben (21.4.2008) wird in Kürze in letzter Instanz entschieden. Sollte die Revision Erfolg haben, dürfte eine Wiederholung der Beweisaufnahme und damit der Klärung folgen, ob ein rechtfertigender Notstand (§ 34 StGB) bestand. Wegen der Genversuchsfeldbesetzung im Jahr 2008 in Groß Gerau (www.projektwerkstatt.de/gen/2008.htm) hingegen wird es kein Verfahren mehr geben. Es wurde mit Verweis auf höhere Verurteilungen der Angeklagten in anderen Fällen eingestellt. Viereinhalb Jahre brauchte das Gericht für diesen bemerkenswerten Schritt.

Dokumentation der Urteile zu Pit Scherzl
In der vorletzten Ausgabe berichteten wir über den politisch aktiven Gefangenen Pit Scherzl, der zum zweiten Mal nicht die sonst übliche vorzeitige Entlassung auf Bewährung erhielt – unter anderem, weil er andere politisch aktive Menschen kennt, die Vorstrafen haben. Die Dokumente (Gerichtsbeschlüsse usw.) sind nun alle auch Original einsehbar unter
http://de.indymedia.org/2012/12/339157.shtml.

Flüchtlingsprotest in Berlin
Im Oktober 2012 erreichte der »Refugee Protest March« Berlin. Die AktivistInnen wollten dort solange bleiben, bis die BRD ihre Forderungen nach besseren Lebensbedingungen erfüllt: »Wir, Asylsuchende, Flüchtlinge, Migranten und Aktivisten sind Teil der Protestbewegung, die sich aus den Lagerunterkünften über ganz Deutschland ausbreitet. Wir werden auf der Straße kämpfen bis unsere Rechte und Forderungen erfüllt sind. Wir gehen nicht zurück ins Lager!« Seitdem ist es in der Hauptstadt zu etlichen Aktionen und Protestcamps gekommen. Mehr unter
http://refugeetentaction.net.

»Konzept« für Lagerhaltung von AsylbewerberInnen
Berlins Sozialsenator Mario Czaja (CDU) hat dem Rat der BezirksbürgermeisterInnen ein 5-seitiges »Konzept zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Berlin« vorgelegt, nach einem Jahr Wartezeit. Dabei geht es vornehmlich um eine gleichmäßige Verteilung (nach Bevölkerungszahl) von Gemeinschaftsunterkünften (derzeit 27) in der Stadt und die Koordinierung durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) bzw. die dort angesiedelte Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL). Grund für eine Neukonzeptionierung seien die veränderten Rahmenbedingungen (z.B. Verweildauer in Gemeinschaftsunterkünften aufgrund der Wohnungsknappheit). Dabei beschränkt sich Czaja auf die Asylsuchenden für die das Land zuständig ist und lässt Flüchtlinge, für die die Bezirke allein sorgen müssen (z.B. Flüchtlinge mit Duldung), außer Acht. Kritische Anmerkungen und mehr Infos unter
http://de.indymedia.org/2012/12/339047.shtml.

Polizeiregime an den EU-Grenzen
Am 19. und 20. Februar treffen sich die Strategen der autoritären Politik in Berlin zum 16. Internationalen Polizeikongress. Unter http://de.indymedia.org/2012/12/339517.shtml findet sich eine Liste von Dokumenten zum Thema, mit vielen Ansätzen für Widerstand gegen die todbringenden Einsätze europäischer Polizeikräfte. Mehr Infos:
http://polizeikongress2013.blogsport.de.

Zwei Buchvorstellungen zur Sache
Karl-Ludwig Kunz/ Martino Mona: »Rechtsphilosophie, Rechtstheorie, Rechtssoziologie« (2006, Haupt Verlag in Bern, 308 S., 19,90 EUR)

Schon die Paragrafen der unzähligen Gesetze können einem den Kopf verdrehen. Wer sich dann noch in die philosophischen und theoretischen Hintergründe der Rechtsbegründungen vertieft, mag endgültig aufgeben, in Recht und Gesetz etwas Festes und Verlässliches zu sehen. Dabei zeigt das vorliegende Buch, dass genau das seit Jahrhunderten als zentrales Ziel behauptet wird: Recht und Gesetz würden auf unangreifbaren Fundamenten ruhen – sei es das Naturrecht, eine göttliche Ordnung oder die aufgeklärte Vernunft. Doch schon der Kampf zwischen den verschiedenen Erklärungsmodellen zeigt reine Willkür. Denn tatsächlich ist der Versuch, Recht auf etwas Unantastbares zu gründen, der Gegenspieler emanzipatorischer Ideen. Genauer betrachtet ist nämlich alles, was gilt, Ergebnis eines Vereinbarungs- und Aushandlungsprozesses. Nichts Gesellschaftliches existiert von sich aus. Das vorliegende Buch gibt Auskunft über die vermeintlich objektiven Quellen des Rechts, zeigt aber auch die Widersprüche einschließlich aktueller Streitereien darum, ob Recht wirklich so absolut ist, wie es – auch aus Machtgründen – hingestellt wird.

Marianna Schwandter: Das Opfer im Strafrecht (5. Auflage 2011, Haupt Verlag in Bern, 305 S., 37,90 EUR)

Entlang der Gesetzestexte stellt die Autorin minutiös die Lage des Opfers nach dem (Schweizer) Recht vor. Es steckt in widersprüchlichen Situationen – einerseits der Hoffnung auf Wiedergutmachung oder gar Rachegelüste, andererseits dem Problem, in gerichtlichen Auseinandersetzungen noch einmal bedrängt oder an die Geschehnisse erinnert zu werden. Die Beschränkung auf die gesetzliche Lage gibt dem Buch gleichzeitig eine Präzision als auch deutliche Scheuklappen. Denn grundlegende Bedenken gegen die Organisierung zwischenmenschlichen Miteinanders durch eine autoritäre Gewalt finden keinen Raum in den Erörterungen. Angesichts der eher wie eine Behinderung von Kommunikation wirkenden Gerichtsverfahren und des geringen Vorteils, den das Prozedere für die Opfer selbst im günstigsten Fall bringt, wäre eher eine Neuorientierung mit Verzicht auf Formalisierung und Sanktionierung nötig.

In eigener Sache: Die Projektwerkstatt und ich haben einen neuen PGP-Schlüssel ... zu finden unter www.projektwerkstatt.de/feedback.html.●

Jörg Bergstedt

KRITIK DER VEREINFACHTEN WELTERKLÄRUNGEN (DEN KOPF ENTLASTEN? – TEIL 4)

Mythen über Deutschland

Deutschland – ein Land der Mythen. Ob es an der besonderen Neigung zu Staatsverbrechen, am immerwährenden Anspruch, am deutschen Wesen die Welt genesen zu lassen oder an der letztlich fehlenden Geschichte liegt, sei dahin gestellt. Jedenfalls ranken sich um Deutschland und seine Stellung in der Welt bemerkenswert viele Gerüchte, in denen aus der großen, historischen Verbrechernation ein armes Opfer geformt werden soll. Drei solcher zur Zeit immer wieder vorgetragenen Mythen sind bereits in der zurückliegenden Ausgabe beschrieben und widerlegt worden. Hier folgen weitere, die nicht nur im Detail aufklären, sondern auch insgesamt zu kritisch-skeptischem Denken anregen sollen. Sie sind Teil einer Serie von Abhandlungen zu vereinfachten Welterklärungen, die in der nächsten CONTRASTE-Ausgabe mit einer Zusammenfassung mit Hinweis auf die Webseite mit weiteren Informationen (www.kopfentlastung.de.vu) beendet werden wird.

4. Von fehlenden Unterschriften bis zur Missachtung der tollen Gesetze

Damit nicht genug: Die VerschwörungstheoretikerInnen kommen bei ihrer fortwährenden Suche nach Beweisen für ihre Theorie, mit Deutschland sei etwas nicht in Ordnung, auf immer neue skurrile Gedanken. So wird behauptet, dass im Kaiserreich geschaffene Gesetze ein »wahres Meisterwerk« seien, aber leider die heutigen »Richter und Staatsanwälte mit Hilfe auch der Rechtsanwälte unsere erstklassigen Gesetze umgehen und aushebeln« (Zitate aus Beowulf von Prince u.a.: »Tue Deine Pflicht ...«). Hier wird das Recht als Quelle des Guten und seine Nichtanwendung als Ursache für das Böse betrachtet. Dabei geht es nicht nur um Einzelvorgänge, sondern auch um eine vermeintlich systematische Missachtung der geltenden Gesetze. Als Indiz für diese und einige andere Annahmen (z.B. dass die RichterInnen formal gar nicht im Amt sind, weil die BRD oder wesentliche Gesetze nicht mehr existieren) wird angeführt, dass Urteile und gerichtliche Beschlüsse nicht von den RichterInnen unterschrieben werden. Sie seien folglich auch nicht wirksam.

Anzeige

Neu! Nummer 72:

- Nachrichten aus Chiapas, Mexiko & mehr -

Nobelpreis für die Europäische Union * PRI 2.0: jüngere Akteure - alte Strukturen * Die Bevölkerung aufgeweckt: #Yo Soy 132 * Interview mit Antonio und Alejandro Cerezo * Mobilisierung zum "Weltuntergang" * Der neue Gouverneur von Chiapas * Psychologische Kriegsführung und Solidarität * Indigene gegen Windpark * Was hat der zapatistische Aufstand in den Gemeinden verändert? * Das Rebellische Zusammentreffen 2012 * Kaffeekollektiv Aroma Zapatista stellt sich vor * Begleitung von ZeugInnen in Guatemala * Nichts passiert in Honduras? * Deutsche "Entwicklungshilfe" unter der Lupe u.v.m.

Bestellungen:
abolandundfreiheit@riseup.net
2,- Euro inkl. Porto

www.tierra-y-libertad.de
www.ya-basta-netz.de.vu

Die Frage, ob eine solche juristische Argumentation der Unwirksamkeit nicht unterschriebener Schriftstücke (wie Urteile) stichhaltig ist, ist erneut irrelevant. Der Grund ist der gleiche wie schon unter Punkt 1. in der vergangenen Ausgabe der CONTRASTE: Ein Staat braucht keine Legitimation – seine Handlungen und Handelnden daher auch nicht. Es kommt allein darauf an, ob er die Mittel hat, sein Recht und dessen Anwendung durchzusetzen. Ob ein Urteil unterschrieben ist oder nicht, ist für die Frage, ob eine darin verhängte Freiheitsstrafe vollzogen wird oder nicht, völlig ohne Bedeutung. Denn Menschen einsperren kann, wer das Gewaltmonopol hat und einsetzt: Die Knarre, Handschellen, Überwachungskameras, Computer voller Daten und vergitterte Räume spielen die Hauptrolle, nicht die Unterschrift.

Zudem lohnt ein Blick in die einschlägigen Gesetze. Dort ist ausgeführt, dass Ausfertigungen (Abschriften, Kopien u.ä.) von Ladungen, Urteilen usw. tatsächlich nicht von den RichterInnen abgezeichnet werden, sondern nur das Original, was im Gericht verbleibt. Da Betroffene Akteneinsichtsrecht haben, lässt sich einfach nachgucken, ob ein Urteil unterschrieben ist – und von wem. Ausgerechnet an diesem Nebenschauplatz das Gerichtswesen in Frage zu stellen, stellt eine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber der brutalen Wirkung von Strafe und Inszenierungen staatlicher Machtfülle dar. Sie existiert – ob mit oder ohne Unterschrift.

Stimmt aber wenigstens die Legende vom guten Recht und seiner schlechten Anwendung?

• Der allmähliche Übergang von klerikaler oder kaiserlich-fürstlicher Willkürherrschaft zum modernen Rechtsstaat ist aus bestimmten Blickwinkeln ein Gewinn, z.B. an Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns. Doch dass die Gesetze dem Schutz der Angeklagten dienen sollten und auch tatsächlich dienten, ist eine Legende. Diese dient einigen vereinfachten Welterklärungen als Grundlage, dem heutigen Staat nachzusagen, er hätte Errungenschaften vernichtet. Dabei zeigt schon die oberflächliche, deutsche Geschichtsschreibung, z.B. in Schulbüchern, dass es immer ohne Probleme möglich war, Menschen zu unterdrücken, Recht zu beugen usw. Weder das Kaiserreich mit seiner Sozialistenverfolgung noch die Schreckensära der Nazis mussten die bestehenden Gesetze aufheben. Gesetze standen Willkür noch nie im Weg. Ob krasseste Diktatur, verträumte Monarchie oder Demokratie im Dauerwahlkampf – sie alle ähneln sich hinsichtlich der Existenz von Gesetzen und Gerichten.

• Dass es bei Recht und Unrecht nur auf die Frage der Durchsetzungsgewalt ankommt, erkannte schon Gustav Radbruch – immerhin einer der wichtigsten Rechtstheoretiker dieses Landes. Er sagte das so: »Die Rechtsordnung gilt, die sich faktisch Wirksamkeit zu schaffen vermag ... Wer Recht durchzusetzen vermag, beweist damit, daß er Recht zu setzen berufen ist.« Oder anders gesagt: Recht und Faustrecht sind kein Gegensatz, sondern Recht ist eine Formalisierung des Faustrechts. So drückte es auch Georg Büchner in »Der Hessische Landbote« aus: »Das Gesetz ist das Eigentum einer unbedeutenden Klasse von Vornehmen und Gelehrten, die sich durch ihr eigenes Machtwerk die Herrschaft zuspricht.« Da ist es kein großer Schritt mehr zur folgenden Formulierung: »Recht bekommt, wer sich im Daseinskampf durchzusetzen versteht.« Sie stammt nun allerdings aus einem 1939 verfassten Vorwort von Richard Donnevert zum Nazi-Propagandabuch »Wehrmacht und Partei«. Es gilt also immer und zu allen Zeiten: Das Recht des Stärkeren und die Stärke des Rechts sind ein- und dasselbe. Gebrauch und Missbrauch von Recht, Gerechtigkeit und Willkür sind in der gesetzesbasierten Herrschaftsstruktur Staat Begriffe für das Gleiche. In dieser Logik nähern sich auch Recht und Unrecht. Alles wird zu Recht, wenn die Mächtigen handeln. Die Enthüllung der Propaganda vom guten Recht ist wichtig. Aber es bedarf keiner Verschwörungstheorie, um zu begründen, warum Rechtsprechung immer Willkür ist. Das ist, herrschaftsanalytisch gedacht, nie anders zu erwarten gewesen.

5. Deutsche Geschichte – werde selbst deren Manipulator?

Geschichtsschreibung ist Herrschaft. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, aber wenig präsent. Wer definieren kann, was die Menschen als Vergangenheit an- und hinnehmen, kann darüber bestimmte Gegenwartspolitiken durchsetzen. Geschichte ist Diskurs. Es ist daher aus herrschaftskritischer Sicht sinnvoll und notwendig, die dominante Geschichtsschreibung in Frage zu stellen. Wenig Sinn macht es jedoch, die eine interessengeleitete, d.h. durch Interpretation, Erfindung und Weglassen gesteuerte Geschichtswahrnehmung durch eine andere zu ersetzen, die selbst auch wiederum engstirnig eine vorgegebene Wahrheit oder Ideologie pseudo-argumentativ untermauern soll. Das aber ist in Verschwörungstheorien weit verbreitet.

Foto: Veritas et Justitia (2007), George E. Edgecomb Courthouse

Beispiel: Nach mehreren Vorträgen über deutsche Gentechnik-Seilschaften (»Monsanto auf Deutsch«) wurde von BesucherInnen, zum Teil aber sogar von den VeranstalterInnen im Auditorium oder später am Kneipen- bzw. Frühstückstisch in Zweifel gezogen, dass der zweite Weltkrieg durch Deutschland angezettelt oder Juden im Dritten Reich umgebracht wurden. Kritische Nachfragen konnte niemand beantworten. Stattdessen wurde wiederholt, es hätte noch niemand beweisen können, dass ... Benannte mensch Fotos, Berichte und auch logische Fakten, so folgte darauf: »Haben Sie das selbst gesehen oder überprüft?« Natürlich nicht – und schon war manch nach einfachen Modellen suchender Kopf befriedigt.

Dabei soll hier nicht für die Anerkennung von Wahrheiten gestritten werden. Auch für die deutsche Geschichte gilt, dass Skeptizismus nichts als feststehend und unverrückbar anerkennt. Nichts ist nur deshalb, weil es schon immer so war. Doch aus solch skeptischem Blick folgt nicht die gegenteilige Wahrheit, sondern der analytische Blick auf das vorhandene Wissen. Die hinter Theorien, Informationen und Geschichtsschreibung stehenden Interessen werden kritisch beäugt, bei Bedarf argumentativ zerpflückt. Endgültige Klarheiten haben keinen Selbstwert – aber aus der ständigen Offenheit gegenüber neuen Erkenntnissen abzuleiten, dass alles nur erfunden ist, was nicht in den eigenen (ideologischen) Kram passt, wäre die gleiche Leichtgläubigkeit – nur umgekehrt. Zumal viele derer, die vereinfacht die Welt erklären, gar keine so abweichenden Auffassungen von Staat und Gesellschaft haben. »Ordnung und Wirtschaftswachstum« wünschen sich z.B. die Deutsches-Reich-AnhängerInnen um Beowulf von Prince im bereits genannten Buch.

Die ganzen Mythen über Deutschland lassen sich nicht nur im Detail wiederlegen. Sie verstellen vor allem den Blick auf die Mechanismen, die in modernen Herrschaftssystemen vorherrschen – angefangen vom Staat, über die globalen Netze konkurrierender Nationen, einer kapitalistischen Wirtschaft bis ins von patriarchalen, rassistischen und sonstig diskriminierenden Logiken durchzogenen Alltagsleben. Sie verursachen die Probleme, die von den VerschwörungstheoretikerInnen – oftmals gut begründet – angeprangert, für die aber dann manipulativ vereinfachte Erklärungen hergeleitet werden. Vereinfachungen bieten den Reiz, schneller gedanklich erfassbar zu sein und sich zudem durch den nachfolgenden selektiven Blick auf Abläufe und Ursachen selbst zu bestätigen. Sie sind damit aber tatsächlich selbst zum Teil des Problems geworden. Denn sie lenken ab von einer scharfen, herrschaftskritischen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse, vom notwendigen Ringen um Verbesserungen und neue gesellschaftliche Modelle sowie vom Kampf gegen die Verteidigung des Bestehenden. Verschwörungstheorien helfen den Institutionen, Organisationen und Mechanismen, die die Welt aktuell dominieren – weil sie verwirren, Ohnmacht schüren und höchstens mal zufällig Teile der VerursacherInnen oder ein strukturelles Detail des Problems treffen. »Blindes Huhn find' auch mal ein Korn«, wird dann zur Theorie umgedeutet – wie ein schlechtes Horoskop. Eine weitergehende Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse wird so nicht nur verschwiegen, sondern durch den vereinfachten Blick selbst vertuscht. Das ist im Sinne derer, die eigentlich kritisiert werden sollten, weil sie von den Verhältnissen profitieren bzw. diese zur Zeit privilegiert steuern können.●

Jörg Bergstedt

Genauere Zitate und Quellen zu allen Ausführungen unter: www.kopfentlastung.de.vu.

GENOSSENSCHAFTSGESETZ

Abbau von Benachteiligungen für Kleinstgenossenschaften

Gründungsboom weiter stärken

Nach der Genossenschaftsnovelle 2006 gibt es neue Aktivitäten, die Gründung von Genossenschaften zu erleichtern. Benachteiligungen gegenüber anderen Rechtsformen sollen abgebaut werden. Dies ist nicht immer ganz einfach, da der Grundsatz zu berücksichtigen gilt »Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten«. D.h. die Besonderheit dieser Rechtsform vom Förderauftrag bis hin zur Mitgliederdemokratie gilt es mit den Prinzipien der Vereinigungs- und Gestaltungsfreiheit der Gründer/innen in Einklang zu halten.

H.-G. Nottenbohm/Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ●
Im Genossenschaftssektor tut sich was. Nachdem eine kleine Gründungswelle dazu geführt hat, dass im Internationalen Jahr der Genossenschaften mehr Neugründungen als Abgänge in der Statistik ausgewiesen werden, ergreifen Grüne, SPD und Linke die Initiative, diese Gründungswelle zu stärken. Ihre Vorschläge führten am Freitag, den 14. Dezember 2012 dazu, dass im Plenum des Deutschen Bundestages eine einstündige Debatte stattfand. Auslöser sind jeweils ein Antrag der Fraktionen SPD (1), Die Linke (2) und Bündnis 90/Die Grünen (3).

Allen drei Anträgen der Oppositionsfraktionen ist gemein, dass Genossenschaften gefördert werden sollen. Die Sitzung wurde live im Parlamentsfernsehen und im Internet auf www.bundestag.de übertragen (4).

Die Anträge greifen in zahlreichen Punkten Forderungen auf, die seit Jahren vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) aber auch der innova eG genannt werden. Nachfolgend der Ansatz der innova eG, die Vorschläge inhaltlich weiter zu fundieren.

Stärkung der Mitgliederrechte

In dem Zusammenspiel der Gremien der Genossenschaft: Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung, sind die Mitgliederrechte und die Kontrolle durch die Mitglieder im Genossenschaftsgesetz zu stärken. Dazu gehören:

- die Wahl einer unabhängigen Innenrevision für diejenigen Genossenschaften, die von der genossenschaftlichen Pflichtprüfung befreit sind;
- das Recht der Generalversammlung mit einfacher Mehrheit eine genossenschaftliche Pflichtprüfung zu verlangen;
- die Wahl eines externen Gründungsprüfers durch die Mitglieder der Gründungsversammlung.

Alternativen zur Gründungsprüfung

Grundsätzlich ist es für Genossenschaftsgründungen, wie für andere Unternehmensgründungen auch, sinnvoll, die Gründerinnen und Gründer dazu anzuhalten, die Tragfähigkeit ihres Unternehmenskonzepts zu überprüfen. Bei Genossenschaftsgründungen geschieht das zurzeit durch eine Prüfung des Gründungsvorhabens durch einen anerkannten genossenschaftlichen Prüfungsverband. Die Kosten dieser Prüfung stellen ein Gründungshindernis dar. Darüber hinaus kommt es im Zusammenhang damit häufig zu einer nicht zumutbaren zeitlichen Verzögerung des Gründungsvorhabens. Die Prüfung besteht aus einer Überprüfung der Satzung, der Eignung der Gründerinnen und Gründer und der Tragfähigkeit des Unternehmens anhand des Geschäftsplans.

Da eine Überprüfung der Eignung der Gründerinnen und Gründer nicht mehr zeitgemäß ist und eine Überprüfung der Satzung bereits durch die Registergerichte erfolgt, ist die Prüfbescheinigung des genossenschaftlichen Prüfungsverbandes durch eine reine Tragfähigkeitsbescheinigung zu ersetzen. Zusätzlich zu den genossenschaftlichen Prüfungsverbänden können diese Bescheinigungen auch durch weitere sachkundige Stellen wie z.B. Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Fachverbände, berufsständische Kammern (z.B. Innungen), Gründungszentren, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Kreditinstitute (etc.) ausgestellt werden. Diese Tragfähigkeitsbescheinigungen werden auch gemäß § 57 Abs. 2 SGB III für die Gewährung eines Gründungszuschusses der Agentur für Arbeit gefordert. Gründungszentren der öffentlichen Hand gewähren entsprechende Tragfähigkeitsbescheinigung gegen eine Gebühr von bis zu 100 Euro innerhalb von fünf Tagen.

Eine Übertragung der Regelung gemäß SGB auf Genossenschaftsgründungen könnte eine erhebliche Erleichterung für Genossenschaftsgründungen darstellen, ohne den notwendigen Schutz der Genossenschaftsmitglieder vor leichtfertigem Handeln zu vernachlässigen. Bereits heute gibt es genossenschaftliche Prüfungsverbände, die kostenlose Gründungsprüfungen durchführen. Die fehlende Rechtssicherheit dieser Praxis trägt allerdings zur Verunsicherung bei und bedarf einer eindeutigen Regelung, die für alle Genossenschaftsgründungen gleich ist.

Steuerbefreite gesetzliche Rücklage

Aus der Genossenschaft als offene Gesellschaftsform ist den Mitgliedern jederzeit ein Austritt aus der Genossenschaft zu ermöglichen. Die Bildung der gesetzlichen Rücklage dient in diesem Zusammenhang der Stabilisierung des haftenden Eigenkapitals der Genossenschaft. Das bedeutet, die Rücklagenbildung und die stillen Reserven einer Genossenschaft führen nicht zu einer automatischen Vermögensmehrung bei den Mitgliedern der Genossenschaft. Scheiden Mitglieder aus der Genossenschaft aus, erhalten sie nur die von ihnen eingebrachten Genossenschaftsanteile ggfs. abzüglich der Verlustvorträge (Auseinandersetzungsguthaben) der Genossenschaft ausbezahlt. Bei Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) haben die Anteilseigner in der Regel einen prozentualen Anteil am Vermögen der Gesellschaft und ihnen steht eine Beteiligung am inneren Wert des Unternehmens bzw. den Rücklagen der Gesellschaft zu.

Aufgrund dieses grundsätzlichen Unterschieds der Genossenschaft zur Kapitalgesellschaft erscheint es gerechtfertigt, zumindest den Teil des Jahresüberschusses, der in die gesetzliche Rücklage eingestellt wird, von der Unternehmensbesteuerung zu befreien. Kommt es zu einer Auflösung der Genossenschaft und wird dabei ein das Geschäftsguthaben bei der Genossenschaft übersteigender Auflösungserlös ausgeschüttet, so erfolgt grundsätzlich eine Versteuerung nach dem Einkommenssteuergesetz. Ergänzend ist dann auch eine Nachbesteuerung in Form von Unternehmenssteuern durchzuführen. Außerdem: Kommt es bei einer durch die Genossenschaft genehmigten Veräußerung eines Genossenschaftsanteils zu einem Gewinn, ist durch entsprechende Bestimmungen zu sichern, dass die Veräußerung ebenfalls nicht nur einkommenssteuerpflichtig, sondern auch unternehmenssteuerpflichtig ist, wenn die Beteiligung mindestens 1% beträgt.

Mitgliedergeschäfte anders bewerten

Die Genossenschaft dient der gemeinsamen Selbsthilfe ihrer Mitglieder. Zahlen die Mitglieder im Rahmen der gemeinsamen Selbsthilfe in einer Genossenschaft dieser einen zu hohen Beitrag an den gemeinsamen Kosten, kann die Genossenschaft den Mitgliedern diesen Überschuss aus dem Geschäft mit ihren Mitgliedern vor Steuern den Mitgliedern zurückerstatten. Dies wird entsprechend als genossenschaftliche Rückvergütung bezeichnet. Vor diesem Hintergrund ist bei Vermietungsgenossenschaften und bei Genossenschaften in anderen Ländern der Europäischen Union, die mindestens 90% ihrer Umsätze mit ihren Mitgliedern tätigen, die Genossenschaft insgesamt von der Körperschaftssteuer befreit. Diese Regelung sollte in Deutschland auch auf Genossenschaften in Branchen außerhalb der Wohnungswirtschaft ausgedehnt werden.

Die Grundlage für eine solche steuerliche Regelung ist die gesetzlich vorgeschriebene Mitgliederförderung einer Genossenschaft. Um sicherzustellen, dass eine solche Steuererleichterung gerechtfertigt ist, ist die Überprüfung der Umsetzung der Mitgliederförderung (im Unterschied zum Kundengeschäft) bei Genossenschaften gesetzlich vorzuschreiben, die entsprechend ihrer Größenmerkmale der Prüfungspflicht unterliegen. Aufgrund eventueller Unklarheiten der Finanzämter hat in den Fällen, in denen sich eine Abgrenzung der Mitgliederförderung zur verdeckten Gewinnausschüttung nicht eindeutig bestimmen lässt, eine entsprechende Klarstellung zu erfolgen.

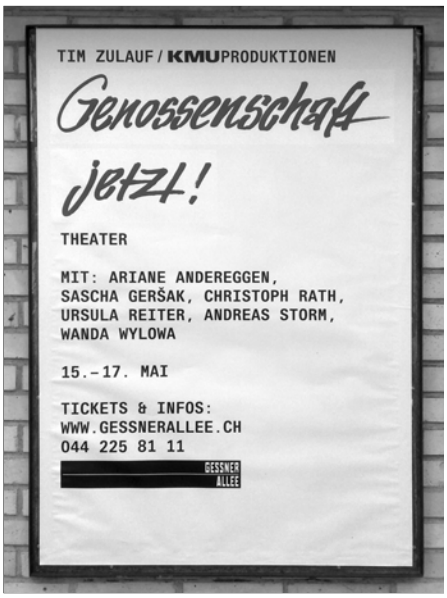


Foto: W. Haas

Viele genossenschaftliche Neugründungen wie die Heide Service eG mit Sitz in Doberschütz benötigen in der Aufbauphase Entlastungen von bürokratischen Auflagen und bei den Gründungskosten. Hier Genossenschaftsmitglieder bei der Energieberatung

Förderung von Gründungsagenturen

Bis vor wenigen Jahren war die Anzahl eingetragener Genossenschaften in Deutschland rückläufig. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu der Entwicklung in den anderen großen Volkswirtschaften der Europäischen Union. Eine Reformierung der rechtlichen Grundlagen einer Genossenschaft hat in Deutschland erst im Jahr 2006 begonnen. In den anderen großen europäischen Ländern fanden diese Reformen bereits 20 Jahre früher statt. Durch die versäumten Reformen blieb die genossenschaftliche Rechtsform in den einschlägigen Regelungen für kleine und mittlere Unternehmungen und in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unberücksichtigt. Z.B. dauerte es über zehn Jahre, bis durch Bemühungen der innova eG die Aufmerksamkeit der KfW auf Genossenschaften in der Unternehmensgründungsförderung gelenkt werden konnte.

Dieses Versäumnis beinhaltet nur die »Spitze eines Eisberges«. Im Zuge des wieder Aufkeimens der genossenschaftlichen Rechtsform werden – nach und nach – weitere Benachteiligungen der Genossenschaften beruhend auf gesetzliche Änderungen in der Vergangenheit deutlich. Um hier gegensteuern zu können und um die genossenschaftliche Selbsthilfe wieder bekannter zu machen, ist die Förderung von Gründungsagenturen sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene im Rahmen geeigneter Programme zur Unterstützung von Genossenschaftsgründungen notwendig.

Microrichtlinie für Kleinstgenossenschaften

Unternehmen bis 350.000 Euro Bilanzsumme, 700.000 Euro Umsatz und mit bis zu 10 Beschäftigten sind im Sinne der Europäischen Union Kleinstunternehmen, die von bürokratischen Auflagen befreit werden sollen, wenn an zwei Abschlussstichtagen zwei der drei Kriterien nicht überschritten werden. Angewandt auf Kleinstgenossenschaften sind deshalb folgende Regelungen umzusetzen:

- keine Pflichtprüfung durch einen genossenschaftlichen Prüfungsverband;
- Verzicht auf die Erstellung eines Anhangs;
- Verringerung der Gliederungstiefe im Jahresabschluss;
- Befreiung von der Pflicht zur Veröffentlichung des Jahresabschlusses im Bundesanzeiger.

Insbesondere die genossenschaftliche Pflichtprüfung ist für Kleinstgenossenschaften häufig eine finanzielle Belastung, die wirtschaftlich nicht tragbar ist. Anstelle dessen soll der Nachweis einer geeigneten Innenrevision treten (siehe Stärkung der Rechte der Mitglieder).●

1) http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/099/1709976.pdf

2) http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/118/1711828.pdf

3) http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/115/1711579.pdf

4) www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=2066247&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Kritik der Religion und Esoterik

Der Soziologe Manuel Kellner hat im Schmetterling-Verlag ein Buch zur Kritik der Religion und Esoterik herausgebracht. In einer Zeit religiöser Renaissance ist dies nichts Alltägliches und verdient besondere Beachtung.

Kellner schreibt aus der Sicht eines agnostischen Atheisten. Eines Atheisten also, für den Religion nicht reiner Humbug ist, sondern einfach eine unentscheidbare Sache. Ob Gott sei, ist nach agnostischem Dafürhalten unentscheidbar. Dieser eher postmoderne Zug drängt die traditionelle Religionskritik eines Ludwig Feuerbach, eines Karl Marx oder eines Siegmund Freud aber keineswegs in die Ecke, sondern gibt ihr einen neuen, einen zeitgemäßen Ausdruck. Es geht nun nicht mehr nur um die Ablehnung irrationaler oder unverständlicher Glaubensvorstellungen, sondern darüber hinaus um die akzeptablen Seiten verschiedener Glaubensausrichtungen.

So geht Kellner auch von den Religionsanalysen von Feuerbach, Marx und Freud aus und hält deren drei Kritiken für nach wie vor zutreffend. Religion als Wunschprojektion in den Himmel (Feuerbach), als Entfremdung des Menschen von sich selbst und vom anderen Menschen (Marx) und als banales Ausweichmanöver vor dem Sinnlosen (Freud) spielten auch für die Gegenwart nach wie vor eine äußerst wichtige Rolle. Dass Kellner unter der Hand die eher objektivere Sichtweise eines Karl Barth gegen die eher subjektivere Sichtweise eines Martin Luther ausspielt, zeigt den eher hier unreflektierten Siegeszug subjektiver Sichtweise postmoderner Philosophie, auch bei Kellner. Der Esoterik kann Kellner noch weniger Gutes als der Religion abgewinnen. Seiner Auffassung nach ist diese im wesentlichen Scharlatanerie und wird überdies bestimmt von neuheidnischen oder gar rechtsextremen Einflüssen. Kellner wird so unfreiwillig zum Verfechter religiöser Orthodoxie gegenüber esoterischer Erweiterung und Ergänzung.

Womit Kellner viel anfangen kann, sind die widerständigen Potentiale von Religion. Auch Scham und Mitleid mit dem Leiden der Geschöpfe dieser Welt und die Besinnung auf unentfremdete Erfahrungen des materiellen wie seelisch-geistigen Lebens hält Kellner nach wie vor für außerordentlich wichtig. Diese Aufgaben und Funktionen von Religion hält Kellner für sehr modern und für unaufgebbar.

Fazit: einerseits müsste man in einem Buch über Religionskritik die Analyse der Wissenschaft der Religion, der Theologie, noch schärfer fassen. Zudem kommt die fokussierte Situation des Einzelnen vor Gott (»coram deo«) nicht zur Sprache. Andererseits: aus sozio-politischer Sicht ist Kellner mit seinem Beharren auf den widerständigen Potentialen der Religion etwas gelungen, was auf Demonstrationen und Kundgebungen immer wieder zu spüren ist: der Schulterschluss der das Leben Liebenden, seien sie nun religiös oder nicht. Dadurch bemerkenswert und lesenswert!●

Martin Block, Theologe und Dozent aus Göttingen

Manuel Kellner: Kritik der Religion und Esoterik, Stuttgart 2010, Schmetterling-Verlag Stuttgart, 239 Seiten, 10 EUR

Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rassenwahn

Anlässlich des 150. Geburtstages des zweifelhaften Ökonomen Silvio Gesell, dessen Ideen und Vorstellungen in Zeiten der zunehmenden ökonomischen Krise eine Renaissance erleben, hat der linke Journalist Peter Bierl seine über Jahre oder gar Jahrzehnte gesammelten Erkenntnisse über die Theorie Gesells und dessen rechter Anhängerschaft beim konkret Buchverlag publiziert. Nachdem er bereits mit »Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister« (1998) ein Standardwerk geschrieben hat, das sich mit rechten Tendenzen in der Philosophie Rudolph Steiners auseinandersetzte, könnte dieses Buch ein weiteres werden. In der Einleitung schreibt er: »Das vorliegende Buch will einen Beitrag zur Orientierung leisten, indem es sich mit Ideen auseinandersetzt, die seit 200 Jahren verbreitet sind, eine Marktwirtschaft ohne die negativen Seiten des Kapitalismus wäre möglich. Im Zentrum steht die Freiwirtschaftslehre des Kaufmanns Silvio Gesell (1862-1930). Diese Bewegung existiert seit mehr als hundert Jahren und hat, obwohl zahlenmäßig klein, in verschiedene politische Spektren ausgestrahlt und Bewegungen beeinflusst« (S. 15).

Faktenreich, wenn auch streckenweise wissenschaftlich nicht ganz sauber analysiert, erhärtet die Arbeit die seit Jahren / Jahrzehnten in der linken Szene diskutierten Vorwürfe gegenüber dem Ökonomen. Er bezeichnet ihn darüber hinaus aus seinem marxistischen Background heraus als einen Vordenker des rücksichtslosen »Manchester Kapitalismus« (S. 101). Peter Bierl vertritt die These, dass es sich bei Gesell um einen frauenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und sozialdarwinistischen Denker handele, dessen Werk Anknüpfungspunkte für rechtes Gedankengut offeriert. Im Gegensatz zu den meisten Gesell-Gegnern hat er sich glücklicherweise die Arbeit gemacht, Gesell zu lesen und auch den von ihm erhobenen Antisemitismusvorwurf auszudifferenzieren. Er beweist auf der einen Seite profunde Kenntnisse über den Forschungsgegenstand, rutscht aber leider wiederholt in polemische Plattitüden, nicht belegte Vorwürfe und gar in von ihm bekämpfte Verschwörungstheorien. »Anfang 1924 kritisierte Gesell die Rentenmark und forderte eine 'Indexmark', ohne zu würdigen, dass Reichsregierung und Reichsbank die schwindelerregende Inflation gestoppt hatten. Da mochten Rechthaberei und Enttäuschung mitschwingen, denn Gesell und seine Anhänger glaubten bis Anfang 1924, sie könnten als Krisengewinnler die politische Macht übernehmen« (S. 105).

Zeitweilig hat man das Gefühl, dass Bierl dieses Buch nicht zur Aufklärung geschrieben hat, sondern auch die Chance zu nutzen sucht, um seine generelle Anarchistenschelte zu verteilen. Diese findet sich vor allem in dem Kapitel über die frühsozialistischen Vorläufer Gesells wieder – und ist leider in manchen Hinsichten methodisch symptomatisch für seine Schwachstellen. So verweist er auf den »Cercle Proudhon«, aus dem die »Action Française« entstanden ist, um die Anknüpfungspunkte von Proudhon für rechtsextreme Bewegungen zu belegen – ohne zu hinterfragen, inwieweit diese Adoption auf einer Fehlinterpretation Proudhons beruhte. An manchen Stellen scheint bei ihm die Ideologie die wissenschaftliche Erkenntnis zu überblenden. So unterstellt er an einer Stelle, dass es Friedrich Nietzsche um die Gesunderhaltung der weißen Rasse ginge – und wirft im verstaubten KP-deutsch mit diesem Begriff kleinbürgerlich herum.

Da, wo er sich jedoch auf einer analytischen Ebene bewegt, bietet sein Werk einige grundlegende Fakten, die für die Urteilsbildung und kritische Auseinandersetzung mit der Theorie Gesells und seiner Schüler unabdingbar sind. Besonders in der Auseinandersetzung mit der ökonomischen Theorie weist er einige Mythen – die sich hartnäckig halten – nach und entzaubert diese. So thematisiert er u.a. den Wörgl-Mythos und Stam Scrips sowie kontextualisiert auch die Würdigung Keynes für Gesell. Ebenso hat er in der Darstellung des Antisemitismus und des Rassismus sehr gute Arbeit geleistet – auch wenn ich mir streckenweise eine stärkere, historische Einordnung dessen gewünscht hätte. Bezogen auf die Aspekte »Sozialdarwinismus« und »Frauenfeindlichkeit« scheint mir Peter Bierl zeitweilig über das Ziel hinauszuschießen bzw. die Gedankenführung Gesells misszuverstehen.

Bei der Thematisierung der nationalsozialistischen Gesell-Rezeption vermisse ich auch die eine oder andere Position. So hat zwar Gottfried Feder, von »Brechung der Zinsknechtschaft« geschwafelt, aber gleichzeitig hat er sich gegen Gesells Theorie ausgesprochen, was in diesem Kontext auch von Relevanz ist.

Trotz einiger Kritikpunkte ist dieses Buch fraglos ein wichtiger Beitrag zur Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Kapitalismuskritik und der ökonomischen Lehre von Silvio Gesell, die sich u.a. in vielen modernen Tauschringen weltweit wiederfindet.●

Maurice Schuhmann

Peter Bierl: Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rassenwahn. Kapitalismuskritik von rechts: Der Fall Silvio Gesell, herausgegeben von Friedrich Burschel, kvv konkret Hamburg 2012, 252 S., 24,80 EUR

Die Ordnung des Raums

15 Jahre nach der Veröffentlichung seiner gleichnamigen Diplomarbeit bei Edition Ergon hat Jürgen Mümken seine Arbeit grundlegend überarbeitet, zu einem Großteil neu verfasst und beim Verlag Edition AV publiziert. Den Überlegungen zur Bedeutung des Raums in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, des Philosophen Michel Foucaults und seines Landmanns, dem Stadtsoziologen Henri Lefévbre folgend, untersucht Jürgen Mümken in vier Kapiteln jenes Konzept in Relation zur »Macht« und Herrschaft (im Sinne von Ordnung, Kontrolle und Disziplinierung).

Der erste Teil von Mümkens Arbeit widmet sich dem Verhältnis von »Macht und Raum«. Darin thematisiert er den Raum als historisches Projekt, um ihn anschließend Foucault folgend im Zusammenhang mit Macht und Wissen zu analysieren – sowie mit einem Exkurs zu den Überlegungen von den beiden französischen Philosophen Deleuze und Guattari zu unternehmen.

Im Zuge des zweiten und dritten Kapitels behandelt er – ebenfalls auf Foucault referierend – die Fragen und Zusammenhänge von »Disziplinierung, Regulierung und Normalisierung durch die Ordnung des Raums« und von »Macht, Raum und Kontrolle«. Als Beispiele greift er dabei spannenderweise die Stadtentwicklung in Paris zwischen der Französischen Revolution und der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts heraus, anhand derer er den Zusammenhang von Macht und Raum sehr plastisch darstellt. Auch ist die Verbindung von Hygiene und Raum ein sehr spannender Aspekt, den er herausgreift und darstellt, ebenso wie Fragen bezüglich Militarisierung des öffentlichen Raums. Hier hätte man sich manchmal mehr Mut zu eigenen Thesen gewünscht – statt der »reinen« Wiedergabe der bereits von anderen Autoren untersuchter Phänomene. Jene Abschnitte, die wie er selbst im Vorwort schreibt, hat er fast unverändert aus seiner Diplomarbeit übernommen, was man ihnen passagenweise auch anmerkt. An manchen Stellen würde ich mir da gelegentlich mehr eigene Thesen wünschen.

Der letzte Teil wagt einen Ausblick und Übertragung auf das spätestens seit den 70er Jahren verstärkt fokussierte Thema der »Umkämpften Räume«, wie sie sich u.a. in der Form von Gentrifizierung und Protest gegen Gentrifizierung konstituieren. Hierin geht es ihm auch darum den von der »Macht« produzierten Widerstand gegen selbige zu thematisieren.

Insgesamt hat er damit eine gut lesbare Darstellung des Themenkomplexes vorgelegt, die sich, wie mir scheint, auch gerade für Laien eignet, sich mit dem Themenkomplex Raum und Bedeutung von Raum in Bezug auf Macht- und Herrschaftsstrukturen zu beschäftigen sowie einen Einstieg in die Auseinandersetzung mit Foucaults Begriff der Macht zu ermöglichen.●

Maurice Schuhmann

Jürgen Mümken: Die Ordnung des Raums. Foucault, Bio-Macht, Kontrollgesellschaft und die Transformation des Raumes in der Moderne, Verlag Edition AV Lich 2012, 231 S., Preis: 16 EUR

Wilder Streik – Das ist Revolution

Im Jahre 1973 fand in der Automobilzulieferungsfirma Pierburg in Neuss ein Streik statt, der in vielen Hinsichten besonders war. Einerseits handelte es sich um einen erfolgreichen wilden Streik, andererseits war es auch ein Streik von ausländischen Arbeiterinnen, die bislang in der Forschung zu Streiks in der Bundesrepublik weitgehend marginalisiert wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund ist die Beschäftigung mit jenem Streik auch aus heutiger Sicht noch sehr spannend – und in mancherlei Hinsicht sicherlich auch sehr lehrreich. Dieter Braeg, der damals als Mitglied des Betriebsrates in jenem Werk diesen Streik miterlebte, hat nun eine Reihe von zeitgenössischen Texten (einer literarischen Verarbeitung des Streiks, gewerkschaftliche und sozialistische Publikationen, Interviews) zusammengetragen und gemeinsam mit der damals entstandenen Dokumentation »Ihr Kampf ist unser Kampf« publiziert. Eine Ausnahme bildet dabei lediglich der Beitrag der damaligen Jugendvertreterin Gabi Schemann, die diesen erst kurz vor Erscheinen des Buches verfasste.

Obwohl diese Zusammenstellung, wie der Herausgeber selber selbstkritisch bemerkt, im damaligen gewerkschaftlichen und sozialistischen Jargon verfasst ist, bietet die Lektüre einige Anregungen. Es ist eine Dokumentation und ein Zeugnis der daran Beteiligten. Auf wissenschaftliche Analysen dessen wird zu Gunsten des dokumentarischen Gehalts des Buches verzichtet.

Erschienen ist jenes Buch beim Verlag »Die Buchmacherei«, der einer Berliner Medienwerkstatt angehört, die sich auf soziale Kämpfe, konkrete Utopien und Lebenswege gegen den Strom spezialisiert hat. Neben jenem Titel finden sich weitere zu Selbstorganisation und betrieblichen Arbeitskämpfen im Sortiment des Verlages.●

Maurice Schuhmann

Dieter Braeg (Hrsg.): Wilder Streik – Das ist Revolution. Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973, Die Buchmacherei Berlin 2012, 175 S. + DVD, 13,50 EUR

Feminismus im Niemandsland

Feministin? Für viele Frauen, gerade wenn sie jünger, selbstbewusst und eigenständig sind, ist das keine positive Selbstbezeichnung, sondern ein Schimpfwort. Dass die Frauenbewegung in Deutschland heute so unbedeutend, verbohrt und wenig innovativ erscheint, wird vor allem Alice Schwarzer zugeschrieben. Der alles erdrückenden »Übermutter« des deutschen Feminismus hat jetzt die Konstanzer Historikerin und Journalistin Miriam Gebhardt ein unfreundliches Geschenk zum 70. Geburtstag gemacht, eine kritische Bestandsaufnahme des Schwarzerschen Gleichheits- und Gesinnungsfeminismus, der sich in Theoriebildung und Themen immer noch in den Siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts bewegt.

Gebhardt ist nicht die Erste, die sich an Schwarzer abarbeitet. Sie tut es kleinteilig und scharfsinnig, aber ohne Häme und Polemik. Biografische Selbststilisierungen Schwarzers entlarvt Gebhardt ebenso wie Geschichtsklitterungen: Die berühmte Selbstbezichtungskampagne »Ich habe abgetrieben« sei zwar von der Journalistin Schwarzer im Jahr 1971 in der Zeitschrift »Stern« genial initiiert worden, das Abtreibungsthema sei bei Feministinnen aber schon vorher präsent gewesen und Schwarzer habe somit auch nicht die neue Frauenbewegung erfunden.

Ihren universalistischen Gleichheitsfeminismus hat Schwarzer laut Gebhardt von Simone de Beauvoir übernommen. Er geht davon aus, dass Frauen sich von der Herrschaft des Mannes nur durch autonomes Handeln, vor allem eigene Berufstätigkeit, befreien könnten. Frauen erscheinen als permanente Opfer des allumfassenden Patriarchats, das seine Gewaltverhältnisse durch Zwangsheterosexualität, Hausfrauenehe, Pornografie und Prostitution fortschreibe. Es ist gut, dass Gebhardt in der Nachzeichnung des seit 40 Jahren »im Niemandsland« verharrenden Feminismus der Alice Schwarzer nicht stehen bleibt. Was das Buch spannend macht, ist zum einen der fundierte historische Bezug: Gebhardt stellt ausführlich die Geschichte der Frauenbewegungen seit dem 19. Jahrhundert, ihre Heterogenität, Internationalität und Innovationskraft und ihre Einbettung in die allgemeine Entwicklung der Moderne dar.

Zum anderen ist das Buch auch ein aktuelles Debattenbuch: Das Gut-Böse-Schema, dass Männer zu Tätern und Frauen zu Opfern mache, sei nicht mehr zeitgemäß. Die individuellen Lebensentwürfe von Frauen (und Männern) seien so heterogen und ambivalent, dass es nicht die eine feministische Lösung für alle gebe. Statt eines heroischen Feminismus Schwarzers Prägung, der alle in ein Gleichheitskorsett zwinge, plädiert Gebhardt für einen modernen Feminismus, der widersprüchliche Wünsche – z. B. nach Autonomie *und* Bindung – aushalte.●

Frauke Klinge

Miriam Gebhardt: Alice im Niemandsland. Wie die deutsche Frauenbewegung die Frauen verlor, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2012, 349 S., 19,99 EUR

Hartz IV-Möbel

»This Chair can change your Life« steht auf dem Buch des jungen Berliners Van Bo Le-Mentzel. Denn Möbel selber bauen ist für ihn mehr als eine handwerkliche Tätigkeit, sondern ein Schritt zu einer inneren Haltung, mit der er hofft, die Welt zu verbessern. Ein Heimwerker-Volkshochschulkurs sei der Startpunkt zu seinem Hartz IV-Möbel-Projekt gewesen, erzählt Le-Mentzel meist, wenn man ihn auf sein in diesem Sommer erschienenes Buch anspricht.

Seine Fähigkeit tatsächlich selbst ein Möbelstück herstellen zu können, muss für den Kopfmenschen eine Art Erweckungserlebnis gewesen sein. Denn im Anschluss entwarf er selbst den »24-Euro-Chair« und startete eine Internet-Community, mit der er Selbstbaupläne austauschte und anderen öffentlich zugänglich machte. Ideen wie den »Open Source«-Gedanken oder »Schwarmintelligenz«, die aus dem Computer- bzw. Internet-Bereich stammen, versucht er auf das Handwerk bzw. Möbeldesign zu übertragen. Auf diese Weise, so seine Überzeugung, kann sich jeder mit wenig Geld und begrenztem handwerklichen Geschick selbst stilvoll die eigene Wohnung einrichten.

Das jetzt erschienene Buch ist so etwas wie das Extrakt der Aktivitäten im Internet. Die darin enthaltenen Baupläne sammelte er auf seiner Homepage hartzivmoebel.com und die Inhalte des Buches wurden zuvor mit seiner Facebook-Community ausdiskutiert. Neben den Plänen ist ein ganzes Kapitel mit Fotos von Menschen enthalten, die diese erfolgreich umgesetzt haben und mehrere Texte, in denen Le-Mentzel versucht die Philosophie zu erläutern, die hinter seinem Hartz IV-Möbel-Projekt steckt.●

Uwe Ciesla

Van Bo Le-Mentzel: Hartz IV-Möbel, Hartje Cantz-Verlag, 12,90 EUR

Anzeige

VERKAUF

Bremen: Bio-Gastronomie mit Catering, Kunst und Kultur in historischem Ambiente zu verkaufen. Pachtfrei!
Kontakt: info@mundart-bremen.de

PROJEKTE

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎ (02 21) 31 57 83

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über den CONTRASTE e.V., Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverteandnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de und Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Kongress Solidarische Ökonomie
Vor dem Hintergrund der derzeitigen Krisensituation wird die Frage nach Alternativen immer drängender gestellt. Zugleich erleben wir eine Vielfalt an lebendigen globalisierungskritischen Bewegungen und registrieren eine wachsende Anzahl an Projekten Solidarischer Ökonomie.
Der Kongress soll

- Projekte auf lokaler, regionaler und globaler Ebene sichtbar machen;
- Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis vorantreiben;
- Zur aktiven Mitarbeit in Projekten solidarischer Ökonomie motivieren.

Mehr als 100 Veranstaltungen, Workshops, Diskussionsrunden, Infostände, usw. aus den unterschiedlichsten Themenfeldern wurden bereits angemeldet und bieten viel Raum für gemeinsames Lernen, Arbeiten und Feiern. Bringt Euch ein, demonstriert, diskutiert, kocht, schreibt, tanzt!
Termin: 22.- 24.02.2013
Ort: Universität für Bodenkultur, Gregor-Mendel-Straße 33 A, 1180 Wien
Mehr Info:
www.solidarische-oekonomie.at
Kontakt und Newsletter:
info@solidarische-oekonomie.at

KOMMUNEN

Los Geht's 2013
Das Los Geht's 2013 für Kommuneinteressierte und Kommunen findet vom **17. bis 21. Mai 2013** statt. Diesmal geht es in die Gemeinschaft »Quecke« östlich von Berlin.
Info: www.losgehts.eu

ANARCHISMUS

Anarchie dans la France aujourd'hui – Anarchie im heutigen Frankreich
Seit jeher richtete sich der Blick der deutschen Revolutionäre auf Frankreich – sei es bezogen auf die praktischen Erfahrungen von der 1789er Revolution, der Pariser Commune von 1871 und dem Mai 1968 der französischen Hauptstadt, oder auf die theoretischen, sozialistischen Traktate, aus denen nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels kräftig schöpften und Anregungen übernahmen. Frankreich gilt neben Spanien und der Ukraine als eines der Länder, in denen anarchistische Utopien erprobt wurden und wo sich eine lange entsprechende Tradition gehalten hat. Auch heute noch verfügt das Nachbarland über eine im Vergleich zu Deutschland sehr mitgliederstarke und lebendige libertäre Subkultur, die sich sowohl in den traditionellen Strukturen wie der anarcho-syndikalistischen CNT und der Fédération Anarchiste als auch in Kollektivbetrieben und Basisstrukturen widerspiegelt.

Margot Verdier und unser ehemaliger A-Laden-Mitstreiter Maurice Schuhmann – mittlerweile französischer Hochschuldozent, beide Mitglieder der Fédération Anarchiste in Paris, berichten über die aktuelle Situation der anarchistischen Szene im Nachbarland Frankreich und stehen für eine Diskussion zur Verfügung. Dabei geht es sowohl um den subkulturellen Anarchismus als auch um selbstverwaltete Strukturen und Gruppen.
Termin: 27.2.2013, 19 Uhr
Ort: Baiz, Torstr. / Christinenstr. 1, 10119 Berlin

BUKO

EU zwischen Blackbox und Fragmentierung
Die EU galt lange als »Blackbox«: Obwohl es Kritik und Widerstand gab und gibt gegen Migrationspolitik, ausbeuterische, neo-koloniale Wirtschaftspolitik im globalen Süden, Sicherheits- und Militärpolitik etc., blieb oft im Dunkeln, wie diese Politiken entstanden sind, wer die AkteurInnen sind und welche Widersprüche zwischen Zentrum & Peripherie innerhalb der EU existieren.

So konnten auch die z.T. divergierenden Interessen der verschiedenen Fraktionen der politischen Eliten innerhalb der EU nicht verstanden werden. Heute, im Zuge der tiefen Krise, treten diese Widersprüche und die unterschiedlichen Interessen sichtbar auf. Die sozialen Konflikte, v.a. in den südeuropäischen Ländern, werden massiver, gleichzeitig erstarken soziale Bewegungen, wenn auch in den jeweiligen Ländern unterschiedlich. Die Auswirkungen der EU-Politik in den Ländern des globalen Südens sind dagegen derzeit weniger sichtbar.

Wir fragen im Seminar: Wie lässt sich also die Blackbox EU aufknacken und so Licht ins Dunkel der verschiedenen Ebenen der EU-Politik bringen? Was wäre die Grundlage für eine Vernetzung der verschiedenen Protestbewegungen innerhalb der fragmentierten EU? Wie können AktivistInnen hierzulande auf die Krisenproteste reagieren, angesichts dessen, dass Deutschland die Krisenkosten recht erfolgreich auf die Länder des EU-Südens abladen kann? Darüber hinaus wollen wir einen Blick über die Grenzen Europas hinaus werfen.
Inputs: u.a. Ismail Küpeli zu den Krisenprotesten in Europa; Gerhard Klas zu den Auswirkungen des EU-Freihandelsvertrags in Indien; Mag Wompel zur Senkung der Lohnniveaus und Privatisierung der Daseinsvorsorge.
Termin: 23.2.2013, Bochum
Anmeldung und weitere Infos:
www.buko.info

GARTENBAU

»Pflanz dir die Welt, so bunt sie dir gefällt...!«
Lust auf eigenes frisches Gemüse? Bio soll es sein? Mehr Bewegung an der frischen Luft? Ein Garten hinterm Haus? Oder nur ein Balkon? Aber wie fängt man am besten an?

In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit dem Anfang eines eigenen Bio-Gartens. Ob nun Balkon, Hausgarten oder Baumscheibe in der Stadt, die Grundlagen sind für alle GartenanfängerInnen wichtig zu wissen. So wird das Wochenende im Zeichen des praktischen Übens und Ausprobierens von gärtnerischem Wissen und Techniken stehen. Unter fachkundiger Anleitung wird gesät, pikiert, getopft und gepflanzt. Es wird um den Boden und dessen Bearbeitung gehen, um Düngung und Bewässerung. Auch Kenntnisse über Wildkräuter und deren Zubereitung werden vermittelt. Am Ende sollte jede/r TeilnehmerIn ein kleines gärtnerisches Grundwissen mit nach Hause nehmen, das den Anfang erleichtern soll. Weitere Fragen können dann im Folgeseminar im August beantwortet werden.
Termin: 12.-14.04.2013
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

BERLIN

**hier und jetzt!
Entwürfe für eine politische Kultur der Achtsamkeit**
Wir wollen anti-hierarchische (queere, feministische, anarchistische, anti-rassistische...) Politiken mit Achtsamkeit verbinden. Wir wollen einen radikalen gesellschaftlichen und persönlichen Wandel. Achtsamkeit ist eine Praxis, die uns hilft, destruktive Strukturen in der Welt und in uns selber zu erkennen und zu überwinden, ohne dabei auszubrennen oder uns in Identitäten und Emotionen zu verfangen.

Die Logik von Herrschaft beruht auf binärem Denken, das die Welt in völlig voneinander getrennte Kategorien einteilt: AusländerIn/InländerIn, weiß/schwarz, krank/gesund, Frau/Mann, FreundIn/ FeindIn... Achtsamkeit kann uns helfen, dualistische Sichtweisen, normative Gedanken und gewohnheitsmäßige Reaktionsweisen zu überwinden. Sie kann uns aber auch helfen, besser in unseren Polit-Gruppen miteinander zu kommunizieren und mit unseren Emotionen umzugehen. Achtsamkeit ist ein Bewusstseinstraining, das zu Klarheit und Stabilität führt.

Nachdem wir im Sommer (2012) auf dem »no border camp« in Köln und im Herbst bei den anti-sexistischen Praxen in Berlin einen Workshop zu diesem Thema angeboten haben, wollen wir uns jetzt mit allen Interessierten ein Wochenende lang treffen, um mehr Zeit miteinander zu haben. Wir möchten unsere Erfahrungen und Visionen der Verbindung von politischer Praxis und Achtsamkeit vorstellen – und sind gespannt auf eure Erfahrungen.

Alle, die die Idee, eine politische Kultur der Achtsamkeit zu entwickeln spannend finden, laden wir herzlich dazu ein, vom **15. bis 17. Februar 2013** nach Berlin zu kommen. Wir treffen uns am Freitag um 19 Uhr in der K9 (Kinzig Str. 9). Ende wird am Sonntag gegen 15 Uhr sein. Anmeldungen unter 8sameaktion@riseup.net sind hilfreich, aber nicht notwendig.
Weitere Infos:
www.8sameaktion.wordpress.com

STUTTGART OPEN FAIR

Open-Air-WeltSTATTMarkt am 23.3.2013 auf dem Stuttgarter Schlossplatz: Straßen-Aktionen, Straßentheater, Spiele, Themenzelte, Infostände, Ausstellungen etc...
Info:
www.stuttgartopenfair.de

JAHRESTAGUNG

Gewaltfrei im Schatten von Gewalt
Wir möchten uns auf unserer Jahrestagung anhand von drei sehr unterschiedlichen Ländern (Belarus, Syrien und Ägypten) mit der Frage beschäftigen, wie AktivistInnen mit politischer Repression und mit der eigenen Gefährdung umgehen, welche Strategien sie entwickelt haben und welche Rolle internationale PartnerInnen in Unterstützung und Schutz spielen können.

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) hat in den vergangenen Jahren im Rahmen seiner internationalen Arbeit u.a. eng mit AktivistInnen in Belarus zusammengearbeitet, einen Kriegsdienstverweigerer aus Ägypten unterstützt und eine Vertreterin in den Beirat der Initiative »Adopt a revolution« entsendet, die den zivilen Widerstand in Syrien zu unterstützen sucht.

Als Mitglied von »Nonviolent Peaceforce« hat der BSV darüber hinaus Erfahrungen in zivilen Schutzmaßnahmen in Krisengebieten des globalen Südens gesammelt. Diese Erfahrungen spiegeln sich in dem Programm und wir hoffen, einige unserer PartnerInnen auf der Tagung als ReferentInnen begrüßen zu können.
Termin: 22.-24.3.2013, Würzburg
Info: www.soziale-verteidigung.de

SEMINARREIHE

Eine Woche intensiv – Theorie der Herrschaftsfreiheit
Wie kann eine herrschaftsfreie Welt aussehen? Diese Frage beschäftigt PhilosophInnen, manch zukunftsorientierte PolitikerInnen oder AktivistInnen, Roman- und Sachbuchschreiberlinge. Doch ein kritischer Blick zeigt meist: Zukunftsdebatten sind eher ein Abklatsch heutiger Bedingungen mit netteren Menschen in der Führung. »Freie Menschen in freien Vereinbarungen« ist radikal anders: Mit scharfem, analytischen Blick werden die Bedingungen seziert, unter denen Herrschaft entsteht, wie sie wirkt und was sich wie ändern muss, damit Menschen aus ihrem Streben nach einem besseren Leben (Eigennutz) sich nicht nur selbst entfalten, sondern genau dafür die Selbstentfaltung aller Anderen brauchen und deshalb mit herbeiführen. Der Anspruch an das Seminar ist nicht weniger als der Versuch, eine Theorie der Herrschaftsfreiheit darzustellen, zu diskutieren und, wo nötig und möglich, weiterzuentwickeln. Die Länge des Seminars ermöglicht es, alle Formen der Herrschaft und ihrer Wirkung zu klären und die Aspekte einer herrschaftsfreien Welt zusammenzutragen.
Termin: 30.3.-6.4.2013 in Berlin
Ort: Kubiz, Bernkasteler Str. 78
Informationen und Anmeldung unter
www.projektwerkstatt.de/termine

Gentechnik
Risiken und Nebenwirkungen, emanzipatorische Kritik und Aktionen
Ein Seminar für alle, die ihre Kritik inhaltlich schärfen wollen: Was ist Gentechnik eigentlich, wie funktioniert und was bewirkt sie? Wo bestehen die Gefahren? Dabei wird klar, dass verschiedene Begründungen gegen die Gentechnik existieren – von Umweltschutz über Gesundheitsgefahren bis zur Herrschaftsförmigkeit dieser Technik. Aber auch von rechten Gruppen wird Gentechnik kritisiert. Viele kritisieren die Gentechnik prinzipiell. Andere prangern vor allem ihre konkreten Ausformungen und die Bedingungen, unter denen sie entwickelt wird, an. Im Seminar sollen die verschiedenen Standpunkte geklärt und diskutiert werden. Einblicke in die Gesetzeslage, Tipps zu Infoquellen (welche Felder sind wo?) und Aktionsideen runden das Wochenende ab.
Termin: 26.-28.4.2013
Ort: Projektwerkstatt Saasen
Informationen und Anmeldung unter
www.projektwerkstatt.de/termine

Den Kopf entlasten – von vereinfachten Welterklärungen bis zu rechter Ökologie
Monsanto ist schuld. Nein, die Bilderberger. Quatsch, das Finanzkapital macht alles kaputt. Die Überbevölkerung bedroht unseren Planeten. Gentechnik ist Frankenstein. Gegen Schächte – auch mit Nazis. So oder ähnlich klingen viele politische Forderungen. Was sie gemeinsam haben: Sie blenden Machtebenen aus, verkürzen komplexe Herrschaftsanalysen und spielen mit den Mitteln des Populismus. Das Seminar soll für skeptisches und genaues Denken werben – mit drei Schwerpunkten:
1. die Merkmale von einfachen Welterklärungen und rechten Denkmustern zu klären,
2. konkrete Beispiele (gern auch auf Wunsch von Teilnehmenden) zu hinterfragen,
3. wie kann mensch sich vor vereinfachtem Denken schützen und solche »Theorien« entlarven?
Termin: 3.-5.5.2013
Ort: Projektwerkstatt Saasen
Informationen und Anmeldung unter
www.projektwerkstatt.de/termine

JUNGE LINKE

Gentrifizierung
Das Stichwort beschreibt eine Stadtentwicklung, in der im Zusammenspiel von Staat, Kapital und Bevölkerungsbewegungen, arme Menschen nachhaltig verdrängt und dem linken Milieu Experimentierfelder genommen werden. Proteste dagegen gibt es nicht nur in Berlin.

Wir wollen auf der Veranstaltung ein Erklärungsangebot für solche Entwicklungen zur Diskussion stellen. Im ersten Teil soll es grundsätzlicher um die Ökonomie von Grund, Boden und Mieten gehen. Im zweiten Teil geht es um die Rolle der Politik bei dieser Sache. Während häufig die Reichen und das kreative Milieu als Mietentreiber angeprangert werden, behaupten wir, dass eine erfolgreiche Standortpolitik das kapitalistische Geschäft befördert, auf dessen Grundlage die Grundeigentümer die Mieten anziehen können. Weiter soll begründet werden, warum nicht die Kommune, die Stadt oder der Senat die richtigen Ansprechpartner für das Problem, sondern dieselben die Verursacher der ganzen Misere sind. Und: Warum nicht wir Berlin sind, sondern Berlin sterben muss, damit wir leben können.
Termin: 18.2.2013, 19 Uhr
Ort: Cafe Morgenrot, Kastanienallee 85, Berlin

»I don't like the drugs but the drugs like me« (M. Manson)
Was sind Drogen und was machen sie mit dem Bewusstsein der Menschen, die sie konsumieren? Warum verbietet der Staat bestimmte Substanzen als Betäubungsmittel und erlaubt andere als Genussmittel? Was hat es mit der viel diskutierten Sucht auf sich? Warum teilen selbst viele Linke das Ressentiment gegen Drogen und ihre KonsumentInnen, und worin hat es seinen Grund?
Termin: 11.3.2013, 20 Uhr
Ort: UJZ Korn, Kornstraße 28-30, Hannover
Info: www.junge-linke.org

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.